
BACHELORARBEIT

Frau
Angelina Niederprüm

Die Causa Nikolaus Brender und die politische Intervention in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Eine Untersuchung der
Berichterstattung regionaler und
überregionaler Zeitungen und
Zeitschriften

2015

BACHELORARBEIT

Die Causa Nikolaus Brender und die politische Intervention in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Eine Untersuchung der
Berichterstattung regionaler und
überregionaler Zeitungen und
Zeitschriften.

Autorin:
Frau Angelina Niederprüm

Studiengang:
Angewandte Medien

Seminargruppe:
AM11wJ1-B

Erstprüfer:
Prof. Dr. phil. Otto Altendorfer

Zweitprüfer:
Dipl. Sportwissenschaftler Holger Tromp

Einreichung:
Bad Rappenau, 23.01.2015

BACHELOR THESIS

The Case of Nikolaus Brender and the political intervention in public broadcasting.

A study about the coverage in
regional and national
newspapers and magazines.

author:

Ms. Angelina Niederprüm

course of studies:

applied media

seminar group:

AM11wJ1-B

first examiner:

Prof. Dr. phil. Otto Altendorfer

second examiner:

Qualified Sports-Academic Holger Tromp

submission:

Bad Rappenau, 23.01.2015

Bibliografische Angaben

Niederprüm, Angelina:

Die Causa Nikolaus Brender und die politische Intervention in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Eine Untersuchung der Berichterstattung regionaler und überregionaler Zeitungen und Zeitschriften.

The case of Nikolaus Brender and the political intervention in public broadcasting. A study about the coverage in regional and national newspapers and magazines.

100 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2015

Abstract

Die hier vorliegende Arbeit befasst sich mit der politischen Intervention in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Hierbei werden vor allem die Staatsferne und die Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten infrage gestellt. Die Causa Nikolaus Brender gab hier den Anstoß, die Berichterstattung in diesem Zeitraum, zu analysieren. Die Häufigkeitsanalyse findet bei dieser Arbeit Anwendung und untersucht die Meinungen und Bewertungen von Journalisten, die sich zu diesem Fall äußerten. Es werden vier Hypothesen aufgestellt, die am Ende beantwortet werden sollen.

Für das allgemeine Verständnis wird zunächst der Begriff Rundfunk und der Grundgedanke des staatsfernen Rundfunks beschrieben und erklärt. Danach widmet sich ein weiteres Kapitel den Rundfunkurteilen und dem ZDF-Staatsvertrag, bevor das Unternehmen ZDF und die Personalia Nikolaus Brender erläutert werden. Die empirische Forschung, die Beurteilung und Auswertung der Ergebnisse sowie das Fazit bilden den Schluss dieser vorliegenden Arbeit. Ferner soll die Inhaltsanalyse Anregung für weitere Forschungen geben.

Inhaltsverzeichnis

Bibliografische Angaben.....	VI
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	IX
Abbildungsverzeichnis.....	XI
Tabellenverzeichnis	XII
Vorwort	XIII
1 Einleitung	1
1.1 Anlass der Untersuchung	1
1.2 Ziel der Arbeit	2
1.3 Methodik	3
2 Der Rundfunk in Deutschland	5
2.1 Der Begriff Rundfunk	5
2.2 Der Rundfunk und dessen Chronologie	5
2.3 Grundvorstellung des staatsfernen Rundfunks	10
2.3.1 Der Rundfunkstaatsvertrag	13
2.3.2 Die Rundfunkurteile.....	15
3 Der Untersuchungsgegenstand: Causa Nikolaus Brender.....	22
3.1 Das Unternehmen ZDF	22
3.1.1 Beschreibung des Unternehmens.....	22
3.1.2 Organisationsstruktur des Unternehmens.....	23
3.2 Chronologie der Causa.....	27
3.2.1 Der Chefredakteur.....	27
3.2.2 Bewertung der Rundfunkfreiheit.....	30
3.3 Empirische Analyse	33
3.3.1 Berichterstattung zur Causa.....	33
3.3.2 Materialstichprobe	38
3.3.3 Kategorienbildung	45
3.3.4 Kodierung.....	49
3.3.5 Erhebung.....	50
3.3.6 Bewertung der Untersuchung: Zeitraum 1	58
3.3.7 Bewertung der Untersuchung: Zeitraum 2	60
4 Fazit.....	61

Literaturverzeichnis	XI
Anlagen	XVI
Eigenständigkeitserklärung	XXXVII

Abkürzungsverzeichnis

§	Paragraf
%	Prozent
&	Und
a.D.	außer Dienst
Abs.	Absatz
AG	Arbeitsgemeinschaft
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ARTE	Association Relative à la Télévision Européenne
BVerfGE	Bundesverfassungsgesetz
BVerG	Bundesverfassungsgericht
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIAS	Drahtfunk im amerikanischen Sektor
Dipl.	Diplom
DPA	Deutsche Presse Agentur
Dr.	Doktor
DRadio	Deutschlandradio
DRL-StV	Deutschlandradio-Staatsvertrag
DS-Kultur	Deutschlandsender-Kultur
DTV-Lexikon	Deutscher Taschenbuch Verlag-Lexikon
Ebd.	Ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
et al.	Et alii (und andere)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FRAG-Urteil	Freie Rundfunk AG in Gründung
GG	Grundgesetz
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Komman- ditgesellschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HNA	Hessische/Niedersächsische Allgemeine
JMSch-StV	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
KEF	Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs
KiKA	Kinderkanal
LMG	Landesmediengesetz

LPG	Landespressegesetz
mbH	mit beschränkter Haftung
Mo.	Montag
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
o.A.	Ohne Autor
o.J.	Ohne Jahr
o.V.	Ohne Verlag
ORF	Österreichischer Rundfunk
Prof.	Professor
RGeb-StV	Rundfunkgebührenstaatsvertrag
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
RTL	Radio Télévision Luxembourg
Sa.	Samstag
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
SWF	Südwestfunk
SWR	Südwestrundfunk
SZ	Süddeutsche Zeitung
Vgl	Vergleiche
WDR	Westdeutscher Rundfunk
z.B.	Zum Beispiel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZDF-StV	Zweites Deutsches Fernsehen - Staatsvertrag

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Ausschüsse des Fernsehrates	25
Abbildung 2: Nikolaus Brender, ehemaliger Chefredakteur beim ZDF	28
Abbildung 3: Anzahl der Artikel zum Stichwort "Nikolaus Brender + ZDF" bei der Google-Suchfunktion.....	35
Abbildung 4: Anzahl der Artikel zur Causa nach dem Rundfunkurteil 2014.....	36

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Artikelauswahl der FAZ	39
Tabelle 2: Artikelauswahl der Süddeutschen Zeitung	40
Tabelle 3: Auswahl der Spiegel-Artikel	41
Tabelle 4: Auswahl der Rheinpfalz-Artikel	42
Tabelle 5: Finale Auflistung der FAZ-Artikel.....	43
Tabelle 6: Finale Auflistung der Artikel der Süddeutschen Zeitung	43
Tabelle 7: Finale Auflistung der Spiegel-Artikel	44
Tabelle 8: Finale Auflistung der Rheinpfalz-Artikel	44
Tabelle 9: Finale Zusammensetzung aller verwendeten Artikel.....	45
Tabelle 10: Auflistung des Kategoriensystems	49
Tabelle 11: Aussagen der Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.....	51
Tabelle 12: Prozentualer Anteil der Aussagen (Frankfurter Allgemeine Zeitung)	52
Tabelle 13: Aussagen der Artikel der Süddeutschen Zeitung	53
Tabelle 14: Prozentualer Anteil der Aussagen (Süddeutsche Zeitung)	54
Tabelle 15: Aussagen der Spiegel-Artikel	55
Tabelle 16: Prozentualer Anteil der Aussagen (Der Spiegel).....	55
Tabelle 17: Aussagen der Rheinpfalz-Artikel	56
Tabelle 18: Prozentualer Anteil der Aussagen (Die Rheinpfalz)	57

Vorwort

Durch das Studium der Angewandten Medien und durch die Fachrichtung Sportjournalismus/ Sportmanagement erweitern sich die eigenen Horizonte. Man lernt die Ordnungen der Medienwelt zu verstehen, entwickelt ein großes Interesse an den Strukturen und erkennt die eigenen Möglichkeiten. Gerade deshalb sind oft die Menschen, die dir auf dem Weg begegnen, die Geschehnisse die dich prägen und die Entscheidungen, die du triffst, Meilensteine im Leben. Aus diesen ziehst du die Erkenntnis, dass dein eingeschlagener Weg, der absolut Richtige ist. Diese Arbeit ist ein Meilenstein, mit dem ich mein Studium nun abschließe und gleichzeitig ist sie ein Neuanfang für alles Zukünftige.

Das Wort „Danke“ ist nicht ausreichend um meine Dankbarkeit für die Unterstützung und Hilfe vor, während und nach der Bachelorarbeit auszudrücken. Dennoch muss dies hier leider ausreichen. *Danke!*

In der Zeit, in der die vorliegende Arbeit angefertigt wurde, überschatteten die Ereignisse in Paris die eigenen Gedanken. Es wird einem schmerzlich bewusst, welchen Gefahren sich Journalisten, Freunde und Bekannte jeden Tag aussetzen. Und gerade deshalb ist die Meinungsfreiheit, Rundfunkfreiheit und die Pressefreiheit ein so kostbares Gut in unserer Gesellschaft. Meine Meinung spiegelt sich in den Worten von Voltaire wieder, mit denen ich hier enden möchte:

„Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.“

1 Einleitung

1.1 Anlass der Untersuchung

Weil er etlichen Politikern und Repräsentanten zu unbequem war, verlor Nikolaus Brender 2009 seinen Job als Chefredakteur beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF). Der Fall mutierte von einer internen Personalpolitik zum Politikum in den Medien. Wortführer dieser Personalentscheidung war der damalige hessische Ministerpräsident Roland Koch. Sie wurde von CDU-Mitgliedern, welche die Mehrheit im Verwaltungsrat besaßen, befürwortet. Damals war ein neuer Vertrag eigentlich nur reine Formsache, da der frühere Intendant des Senders, Markus Schächter, gewillt war, seinen Chefredakteur weiter zu beschäftigen. Als Begründung für den Personalwechsel gab man unter anderem die sinkenden Quoten der Nachrichtensendungen an. Es ist jedoch zu vermuten, dass dem damaligen hessischen Ministerpräsidenten Koch die Unabhängigkeit Brenders nicht willkommen war, denn der widersetzte sich konsequent der parteipolitischen Einflussnahme. Brender ist zum Opfer einer politischen Demonstration von Macht geworden. Dieser Fall löste die Debatte aus, wie staatsfern die Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Sender wirklich sind und eigentlich sein sollten.

Das Wissen um die Rundfunkstaatsverträge und deren Bedeutung und Einhaltung von Gesetzen und Regelungen halfen in diesem Fall nicht explizit weiter. Offenbar wurden die Regelungen des Verwaltungsrates nicht verfassungsgemäß im ZDF-Staatsvertrag (ZDF-StV) ausgeformt und eingehalten. Die Causa ging vor das Verfassungsgericht und das Urteil fiel zu Brenders Gunsten aus. Dieses Urteil gibt nun anderen Journalisten eine gewisse Sicherheit und schützt diese vor parteipolitischem Einfluss. Durch das Urteil soll es den Politikern schwer gemacht werden, Angelegenheiten, welche die öffentliche Meinungsbildung betreffen, untereinander zu entscheiden. Das Gericht fordert nun eindeutig mehr Transparenz in den Ausschüssen, dem Fernseh- und Verwaltungsrat und sogar bei den Freundeskreisen der Politiker. Zwar wird das 14. Rundfunkurteil auch weiterhin nicht die ewigen Probleme zwischen staatlichem Einfluss und politischer Unabhängigkeit von Journalisten beseitigen können, doch hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur numerische Grenzen gesetzt, sondern legt nun großen Wert auf die Vielfalt der Aufsichtsgremien. So sollen neue gesellschaftliche Gruppen eingesetzt werden und die neue Zusammensetzung soll es zukünftig den Politikern unmöglich machen, ihre Machtdemonstrationen durchzusetzen.

Aus diesen Ausführungen spricht der Zweifel der Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien und zwangsläufig auch an deren Existenz. Es ist nämlich Aufgabe der Medien, Fehler zu entlarven und sich für die Öffentlichkeit zu Wort zu melden.¹ So steht „die Frage im Mittelpunkt, ob und inwieweit Presse, Hörfunk, Fernsehen und inzwischen auch das Internet ihren Funktionen gerecht werden“². Diese lauten nach Hermann Meyn, „zu informieren, an der Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken, zu kritisieren und zu kontrollieren“³. Dadurch und durch die Attraktivität dieses Falls wurde über Wochen hinweg die Causa Nikolaus Brender in den Medien behandelt. Meist waren es die privaten Medien, die in diesem Fall ausführlich berichteten und das Wort kritisch erhoben. So ist es interessant, zu erfahren, worauf die Berichterstattung abzielt, ob sie die Konkurrenten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verteidigt oder sie infrage stellt. Des Weiteren sollen die Unterschiede der Berichterstattung zwischen den einzelnen Medien aufgezeigt werden. Konsequenterweise ist hier auch die Frage nach der Selbstverteidigung der Medien und des Journalismus zu klären.

Angesichts der Defizite, die im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem aufgetreten und durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts offensichtlich geworden sind, wurde die hier vorliegende Arbeit verfasst. Ferner war die Frage nach den Inhalten der Artikel Anlass für eine Analyse der Berichterstattung und das Thema Rundfunkfreiheit ein persönliches Anliegen der Verfasserin.

1.2 Ziel der Arbeit

Die wissenschaftliche Arbeit soll anhand einer Analyse die Berichterstattung während des Falls untersuchen. Hierbei werden unter Berücksichtigung folgender Fragestellung verschiedene Hypothesen aufgestellt und beantwortet: Wie berichten überregionale gegenüber den regionalen Print- und Onlinemedien über die politische Einflussnahme beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Fall Nikolaus Brender? Um eine größtmögliche und für das Ergebnis relevante Validität zu erreichen, wurden fünf Zeitschriften und Zeitungen ausgewählt. Hierbei wurde zugunsten der drei auflagenstärksten Zeitungen und Zeitschriften entschieden. Um auch den Unterschied zwischen überregionalen und regionalen Artikeln zu behandeln, wurden zwei regionale Zeitungen für die Analyse ausgewählt. Zur Forschung stehen Der Spiegel, die Süddeutsche Zeitung, die Frank-

¹ Vgl. MEYN *et al.*, 2012, Seite 16

² Zitat.: *ebd.*, 2012, Seite 9 ff.

³ Zitat.: *ebd.*, 2012, Seite 10

furter Allgemeine Zeitung, die Rheinpfalz und die Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Durch die Behandlung regionaler und überregionaler Zeitungen/Zeitschriften ergibt sich eventuell auch ein Ergebnis, das den regionalen Bezug der Zeitung zum jeweiligen Repräsentanten aufzeigt. So wurde die Rheinpfalz durch ihren Bezug zu Mainz und dem ZDF und die HNA für den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch ausgewählt.

Ziel der Arbeit ist es, die in die Artikel einfließende Meinung von Journalisten überregional zu vergleichen. Anhand der Ergebnisse soll dargestellt werden, worauf die Journalisten in ihren Berichten am meisten Wert gelegt haben und welche Meinung sie eventuell sogar persönlich vertreten.

1.3 Methodik

Zu Beginn der Arbeit werden für das allgemeine Verständnis der Begriff Rundfunk und dessen Chronologie erklärt. Hierbei bezieht sich die Verfasserin auf das eventuelle Unwissen der Leser und bietet die Hintergrundinformationen hierfür an. Des Weiteren wird im zweiten Kapitel auch auf die Grundvorstellung von staatsfernem Rundfunk eingegangen. Dabei bilden der Rundfunkstaatsvertrag, der ZDF-Staatsvertrag und die vom Bundesverfassungsgericht gefällten Rundfunkurteile die Gesamtheit dieses Kapitels. Um den Überblick nicht zu verlieren, werden in Kapitel drei das gesamte Unternehmen und die Causa erklärt, bevor es zum Forschungsgegenstand kommt. Zunächst steht hier die Zusammenfassung der verwendeten Zeitungen und Zeitschriften an, bevor die folgenden Hypothesen beantwortet werden. In Kapitel fünf dieser Arbeit lassen sich das Fazit und die damit verbundenen Änderungen und Neustrukturierungen in den öffentlich-rechtlichen Aufsichtsgremien finden. In diesem Unterkapitel soll die Methodik der Forschung jedoch noch andeutungsweise Anwendung finden.

Zuerst werden die folgenden Hypothesen formuliert:

Hypothese 1: Medien kritisieren tendenziell die Unabhängigkeit und die Staatsferne in der Zusammensetzung der Gremien. Grund für diese Hypothese war die Frage, ob und wie Journalisten den politischen Einfluss kommentieren und ob sie hierbei einen Zusammenhang zu den Gremien sehen.

Hypothese 2: Medien kritisieren tendenziell die Politiker und die staatliche Einflussnahme im Allgemeinen. Diese Hypothese wurde erstellt, um zu klären, ob die Journalisten in ihren Beiträgen die Politiker und deren Einflussnahme kritisieren und wie sie diese beschreiben.

Hypothese 3: Medien verteidigen tendenziell den ehemaligen Chefredakteur Nikolaus Brender und seine Arbeit. Grund für die Erstellung dieser Hypothese war die Frage, ob die Journalisten (privater Zeitungen) die Personalie Nikolaus Brender verteidigen oder selbst infrage stellen.

Hypothese 4: Medien kritisieren tendenziell den intervenierenden ehemaligen Ministerpräsidenten (Roland Koch) und seine Arbeit. Die vierte Hypothese soll Aufschluss geben über die Einschätzung der Journalisten zum in diesem Fall intervenierenden Politiker. Hier ist es interessant, ob sie ihn als einzelne Person oder als Vertreter der gesamten Politik kritisieren.

Um die Hypothesen beantworten zu können, ist zuerst zu ermitteln, welche Bewertungen und Meinungen der Analyse dienen sollen. Benötigt wird daher eine Inhaltsanalyse; dafür bietet sich die Häufigkeitsanalyse am besten an. Zu diesem Zweck wurden den vier Hypothesen Leitfragen für das Verständnis zugeteilt. Auch wurde ein Kategoriensystem erstellt, das die Bewertung von Aussagen in den Artikeln eingrenzen soll. Durch die Auswertung lässt sich darstellen, wie, mit welcher Wortwahl und was die Journalisten ausdrücken möchten.

2 Der Rundfunk in Deutschland

2.1 Der Begriff Rundfunk

Der Begriff Rundfunk besteht aus einer technischen Definition und verschiedenen Auslegungen dieses Begriffs und deren Interpretationen.

Zunächst ist der Rundfunk die Verbreitung, durch elektromagnetische Wellen, von Bild und Ton und meist drahtlos. Dieses soll über Fernsprech- und Starkstromleitungen für eine unbegrenzte Anzahl an Personen zugänglich sein.⁴ Legt man jedoch die Definition nur auf die technischen Grundlagen aus, würde der Begriff eher zur Geschichte der Rundfunk-Technik gehören. Zwar hat die technische Entwicklung in den letzten Jahren das Medium geprägt, jedoch ist nicht außen vorzulassen, dass die Finanzierung ein weiterer Bestandteil des heutigen Rundfunk-Begriffes ist.⁵ Zur allein stehenden Definition des Rundfunkbegriffes ist darauf zu achten, nicht nur die Geschichte des Angebots, sondern auch deren Nutzung und Wirkung auf Rezipienten miteinfließen zu lassen.⁶ Somit lässt sich sagen, dass der Kontext in keiner Weise ignoriert werden darf, jedoch in dieser Arbeit keiner weiteren Anwendung und Erklärung bedarf.⁷ Eine allgemein genutzte Definition gibt es nicht, auch das Bundesverfassungsgericht und das Grundgesetz verzichten hierzu auf eine eindeutige Begriffserklärung.⁸

2.2 Der Rundfunk und dessen Chronologie

Dieses Kapitel soll einen knappen und dennoch klaren Eindruck der Entwicklung des Rundfunks geben. Für die Verständlichkeit und einen Überblick der Jahreszahlen greift die Autorin die Methode der Aufzählung auf.

Zwar nimmt am 29. Oktober 1923 der regelmäßige Sendebetrieb des Rundfunks seinen Lauf, doch liegen seine Anfänge noch etwas mehr als 60 Jahre weiter zurück.⁹

⁴ Vgl. RITTERSHOFER, 2007, Seite 552

⁵ Vgl. DUSSEL, 2010, Seite 11

⁶ Vgl. *ebd.*, 2010, Seite 12

⁷ Vgl. *ebd.*, 2010, Seite 12

⁸ Vgl. BVerfGE, 1973, Seite 118

⁹ Vgl. DUSSEL, 2010, Seite 14

Über den britischen Physiker James Maxwell, den Deutschen Heinrich Hertz und den Italiener Guglielmo Marconi führten die ersten Entwicklungsschritte und die Weiterentwicklung der vorhandenen Technik zum erstmaligen Einsatz der Telegrafie und der bald darauf bekannten „Telefunken“. In den darauffolgenden Jahren entwickelte sich der heute bekannte Rundfunk.

- Die Voraussetzung für die spätere (Rund-)Funktechnik schuf 1887 Heinrich Hertz durch elektromagnetische Wellen.
- Die ersten drahtlosen Experimente in Deutschland führten 1897 Adolf Slaby und Georg Graf von Arco durch.
- 1917, also während des Ersten Weltkriegs, erprobte Telefunken-Direktor Hans Bredow den ersten Röhrensender. Damit konnte er Soldaten mit Musikdarbietungen unterhalten.
- 1919 trat die Reichsverfassung der Weimarer Republik in Kraft.
- Der Sender Königs Wusterhausen konnte 1920 das erste drahtlose Konzert verbreiten.
- 1922 wurde die Rundfunkgesellschaft der „Deutschen Stunde“, Gesellschaft der drahtlosen Belehrung und Unterhaltung, in Berlin gegründet. In München wurde im selben Jahr die „Deutsche Stunde“ als erste Bezirksgesellschaft gegründet, die Aufteilung in große Sendebezirke erfolgte nach Einteilung der Reichspost. Der „Wirtschaftsrundspruch“ begann als erste Art des Nachrichtendienstes auf Sendung zu gehen.
- Bei der Schallplattenfirma Vox in Berlin wurde am 29. Oktober 1923 die „Deutsche Stunde“ mit einem Konzertprogramm eine Stunde lang ausgestrahlt.
- In den übrigen Sendebezirken wurden bis Oktober 1924 weitere Sendegesellschaften gegründet: Südwestdeutsche Rundfunkdienst AG, Frankfurt am Main, Radio-Stunde AG, Berlin (Sie löste die „Deutsche Stunde“, Berlin ab und wurde bald in Funk-Stunde AG umbenannt.), Ostmarken-Rundfunk AG, Königsberg, Nordische Rundfunk AG, Hamburg, Mitteldeutsche Rundfunk AG, Leipzig, Süd-deutsche Rundfunk AG, Stuttgart, Schlesische Funkstunde AG, Breslau und Westdeutsche Funkstunde AG, Münster, später Köln.
- Als zentrale Rundfunkgesellschaft wurde 1924 die Deutsche Welle GmbH in Berlin gegründet. Diese sollte für die reichsweiten Bildungsprogramme verant-

wortlich sein. Des Weiteren fand in Berlin die erste große deutsche Funkausstellung statt.

- Damit die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen in den verschiedenen Sendebezirken sichergestellt werden konnte, wurde 1925 die zentrale Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH in Berlin gegründet. Damit den Ländern und dem Reich Beitragsrechte bei Programmfragen und Mehrheitsanteile an den einzelnen Sendegesellschaften gehörten, wurden durch die Reichsregierung die „Richtlinien über die Regelung des Rundfunks“ erlassen. Somit konnten Politische Überwachungsausschüsse und Kulturbeiträge eingerichtet werden und die Regierung konnte „Auflagennachrichten“ verbreiten lassen. Ferner wurde als zentrale Nachrichtenredaktion die Drahtlose Dienst AG zur Nachrichtenstelle des deutschen Rundfunks bestimmt. Hans Bredow wurde Rundfunkkommissar des Reichspostministers und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Damit gab er die bisherige Position als Staatssekretär im Reichspostministerium auf.
- 1929 ging erstmals der deutsche Weltrundfunksender über Kurzwelle in Betrieb. Die Verstaatlichung des Rundfunks trat durch neue „Richtlinien des Rundfunks“ 1932 in Kraft.
- 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Joseph Goebbels, Propagandaminister, übernahm die Überwachung des Rundfunks in den politischen, personellen, programmbezogenen und wirtschaftlichen Bereichen. Für 76 Mark kam als Gemeinschaftsprodukt von 28 Radiofirmen der „Volksempfänger 301“ (= 30.1., Tag der nationalsozialistischen Machtübernahme) auf den Markt.
- 1936 wurden die Olympischen Winterspiele aus Garmisch-Partenkirchen und die Olympischen Spiele aus Berlin übertragen. Aus 41 Ländern kamen 105 Berichterstatter, um fast 24 Stunden am Tag Berichte in die ganze Welt zu senden.¹⁰
- 1938 kam der Deutsche Kleinempfänger, im Volksmund „Goebbels-Schnauze“ genannt, auf den Markt.
- Das Abhören von Auslandssendern wurde mit Kriegsbeginn 1939 unter Strafe gestellt. Die Weiterentwicklung der Rundfunkgeräte wurde gestoppt.

¹⁰ Vgl. *FERNSEHMUSEUM (Hrsg.), 2015*

- 1940 wurden Regionalsendungen nur noch vormittags zugelassen und die Reichssender zu einem Reichsprogramm zusammengefügt.
- Am 2. Mai 1945 besetzte die Rote Armee das Berliner Funkhaus und nur zwei Tage später begann das britische Militär den Sendebetrieb aus Hamburg. Jegliche Tätigkeit im publizistischen Bereich wurde den Deutschen zunächst verboten.
- Die vier Militärregierungen richteten bis 1946 in ihren Besatzungszonen Rundfunkstationen ein: Radio Hamburg, Radio München, Berliner Rundfunk, Radio Stuttgart, Radio Frankfurt, Sender Leipzig (Mitteldeutscher Rundfunk), Sender Köln (als Filiale des NWDR), Radio Koblenz, Radio Bremen und Radio Saarbrücken. Da die Amerikaner im sowjetisch besetzten Berlin nicht genug berücksichtigt wurden, gründeten sie den Drahtfunk im amerikanischen Sektor (DIAS).
- Am 21. November 1947 befahl die amerikanische Militärregierung eine Einrichtung, die frei vom Einfluss der Regierung sein sollte. Dr. Hans Bredow war an den Gesetzentwürfen maßgeblich beteiligt.
- Als erste Rundfunkanstalt des öffentlichen Rechts ging 1948 aus einer Anordnung der Briten der Nordwestdeutsche Rundfunk hervor.
- Die Landtage von Bayern, Hessen, Bremen und Baden-Württemberg verabschiedeten im Juli 1949 Gesetze über öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten in ihrem Gebiet. Im selben Jahr wurde das Grundgesetz verabschiedet und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die der DDR vollzogen. Die Kontrollfunktion über den Rundfunk wurde vom sowjetischen Militär an die neue Regierung übergeben.
- Am 10. Juni 1950 schlossen sich die westdeutschen Rundfunkanstalten zur ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland) zusammen.
- 1953 begann die Deutsche Welle, deutschsprachige Sendungen in das außer-europäische Ausland zu senden.
- Als Reaktion auf die nächtlichen Sendungen des DDR-Rundfunks begannen die ARD-Rundfunkanstalten 1959 mit einem Hörfunk-Nachtprogramm. Des Weiteren wurde der Saarländische Rundfunk gegründet.
- 1967 wurde das deutsche Rundfunkmuseum eröffnet.

- 1970 wurden erstmals seit 1924 die Rundfunkgebühren angehoben.
- Im Zeichen „50 Jahre Deutscher Rundfunk“ wurde 1973 die Internationale Funkausstellung veranstaltet.
- Die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen 1976 die Einrichtung von Kabelpilotprojekten in Berlin, Dortmund, München und Ludwigshafen-Mannheim.
- 1984 verabschiedete der niedersächsische Landtag als Erstes ein Landesrundfunkgesetz zur Zulassung von privatwirtschaftlichem Rundfunk.
- Das Bundesverfassungsgericht wies 1986 den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Grundversorgung zu.
- Der „Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens“ wurde 1987 verabschiedet. In diesem Regelwerk sind die Grundlagen für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk in einem „dualen System“ enthalten.
- Als letztes Bundesland erhielt Bremen 1989 ein Landesmediengesetz, das den privatwirtschaftlichen Rundfunk zulässt.
- 1991 traten der Mitteldeutsche Rundfunk und der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg der ARD bei.
- 1993 kamen der Deutschlandfunk, RIAS und DS-Kultur zu einer bundesweiten Hörfunkanstalt zusammen. ZDF und ARD sind Träger des Deutschlandradios.
- Der Südwestrundfunk (SWR) schloss sich 1997 aus den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zusammen.¹¹

Was in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts noch nicht ersichtlich war, waren die Möglichkeiten, die Nutzung und den Stand der Technik weiterzuentwickeln. Das Medium ist bis heute noch nicht vollends ausgereift. Nach dem Ersten Weltkrieg jedoch entwickelten sich die ersten Überlegungen zur weiteren Nutzung des Rundfunks. Noch vor und während des Ersten Weltkriegs befand sich die deutsche Funktechnik in einer Erprobungsphase und ließ die Kriegsführung durch den Funk neue strategische Dimensionen annehmen. Zu erwähnen sind hierbei die Anwendungsmöglichkeiten des

¹¹ Vgl. *DEUTSCHES RUNDFUNK ARCHIV (Hrsg.)*, 2015

U-Boot- und des Luftkrieges. Auch entwickelten und vergrößerten sich die Nachrichtentruppen immens.¹² Der neu entdeckte Funk verlieh die Qualität, der Öffentlichkeit in ungeheurer Schnelligkeit wichtige Informationen zukommen zu lassen. Das Ziel des Mediums war es in dieser Zeit, nicht nur aus einem Sender und einem Empfänger zu bestehen, sondern kugelförmig Informationen an mehrere Empfänger leiten zu können.

Die Vermittlung von Informationen durch den Rundfunk wurde jedoch nicht immer als etwas Demokratisches und Nützliches angesehen, sondern auch als Bedrohung. So wurde der Rundfunk zum Problem und musste unter die Überwachung der Politik gestellt werden.¹³ Zentrale Größen in der Diskussion über das Medium waren damals der Staatssekretär im Postministerium Hans Bredow und der Vorstand der „Deutschen Stunde“ Ernst Ludwig Voss.¹⁴ Schon zu Bredows Zeiten wurde die staatliche Kontrollpflicht für den Rundfunk als selbstverständlich gesehen. Hierbei sollte die maßgebliche Instanz das Innenministerium sein. Am 29. Oktober 1923 lief von 20 bis 21 Uhr das erste Abendprogramm des regelmäßigen Sendedienstes in Berlin.¹⁵

2.3 Grundvorstellung des staatsfernen Rundfunks

Bereits im Grundgesetz wird dem Grundgedanken des staatsfernen Rundfunks in drei wesentlichen Teilen Ausdruck verliehen. Unter diese drei verfassungsrechtlichen Prinzipien fallen das Prinzip der Pressefreiheit, das Demokratieprinzip und das Pluralismus-Prinzip.¹⁶ Bevor jedoch diese Grundgedanken erklärt werden, geht es zunächst einen Schritt zurück zur Entstehung der Rundfunkurteile.

Nachdem sich die alliierten Besatzungsmächte einig waren, ein neues Modell für den deutschen Rundfunk zu entwickeln, damit eine zentrale staatliche Einrichtung (Reichspropagandaministerium) nicht mehr entstehen konnte, entschied man sich letztendlich für das britische Modell.¹⁷ Die regionale Struktur und die öffentlich-rechtliche Organisation sollten dabei zwei entscheidende Merkmale des deutschen Rundfunksystems

¹² Vgl. DUSSEL, 2010, Seite 21 ff.

¹³ Vgl. ebd., 2010, Seite 23 ff.

¹⁴ Vgl. ebd., 2010, Seite 24 ff.

¹⁵ Vgl. ebd., 2010, Seite 24

¹⁶ Vgl. LUCHT, 2006, Seite 98 ff.

¹⁷ Vgl. ebd., 2006, Seite 96; die Überlegung hinter dieser Struktur war, die Prozesse der Abstimmung von 10 Bundesländern und Westberlin durchzuführen und somit eine Einflussnahme des Staates und seiner Interessengruppen zu erschweren.

werden.¹⁸ Bis heute haben diese grundlegenden rechtlichen Entscheidungen noch Bestand. So ist es weiterhin die Aufgabe der Rundfunkanstalten, die Landes- und Bundesgesetze, aber auch die Staatsverträge in ihren Grundlagen zu beachten. Ferner sind ihnen die Selbstverwaltungs-Befugnisse anvertraut und sie sind von den behördlichen Fachkontrollen freigestellt. Hierbei muss jedoch erwähnt werden, dass dies nicht die staatliche Rechtsaufsicht ausschließt. Des Weiteren finanzieren sich die Rundfunkanstalten durch Gebühren und heute auch zum Teil aus Werbeeinnahmen.¹⁹ Als die Bundesregierung unter Konrad Adenauer beabsichtigte, ein privatwirtschaftlich organisiertes zweites Programm (Deutschland-Fernsehen GmbH) zu etablieren, musste die rechtliche Konstruktion Ende der Fünfzigerjahre zum ersten Mal einem Gegenangriff standhalten. Die Regierung wollte den Rundfunk ausschließlich durch Bundesgesetze regeln und die Besitzanteile sollten zu 51 % an den Bund und zu 49 % an die Bundesländer gehen. Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen, die SPD-regierten Bundesländer, klagten jedoch vor dem Bundesverfassungsgericht. Aus dem Urteil von 1961 entstand das erste Fernsehurteil für den heutigen Rundfunk.²⁰

Aus diesem Urteil ging hervor, dass Rundfunk als ein kulturelles Gut anzusehen sei und den alleinigen Gesetzgebungskompetenzen der Länder unterliegen dürfe. Des Weiteren sei der Bund lediglich für den sendetechnischen Betrieb durch das Post- und Fernmeldewesen zuständig. Einen weiteren Grund sahen die Richter in dem Verstoß gegen die Staatsferne und dass die Bundesregierung einen dominanten Einfluss ausüben könnte.²¹ Am 6. Juni 1961 kam es schließlich zu der Gründung des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF). Grundlage hierfür ist ein Staatsvertrag der Bundesländer.²²

Prinzip der Pressefreiheit

Die Freiheit der Berichterstattung durch den Rundfunk wird in Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz (GG) festgelegt und garantiert. Dieses Verständnis der Kontrolle wird in den weiteren Rundfunk- und Fernsehurteilen bestätigt.²³ Das Gesetz zur Sicherung der Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG) weist dem Staat die Kontrolle für dessen

¹⁸ Vgl. LUCHT, 2006, Seite 96

¹⁹ Vgl. *ebd.*, 2006, Seite 96 ff.

²⁰ Vgl. *ebd.*, 2006, Seite 97

²¹ Vgl. *ebd.*, 2006, Seite 97

²² Vgl. *ebd.*, 2006, Seite 97

²³ Vgl. *ebd.*, 2006, Seite 98

Entfaltung zu.²⁴ „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“²⁵ Der Rundfunk soll allen gesellschaftlich relevanten Gruppen die Meinungsäußerung ermöglichen und einzelne Personen oder Gruppen dürfen keinen bestimmenden Einfluss erhalten.²⁶ Ein weiterer Bereich, der von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten garantiert werden soll und durch ein weiteres Urteil festgehalten wurde, ist das Ziel der Pluralität. Diese soll eine Vielfalt an Meinungen und Weltanschauungen sowie verschiedene Themen ermöglichen.²⁷ Denn es ist ersichtlich, dass der Rundfunk einen entscheidenden Faktor der Willensbildung in der Bevölkerung ausmacht.

Prinzip der Demokratie

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“²⁸ Ausgehend davon finden „die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung sowie die Öffentlichkeit der staatlichen Beratungs- und Entscheidungsprozesse“ den Weg in die verfassungsrechtlichen Regelungen.²⁹ Für die öffentliche Kontrolle der Staatsgewalt zugunsten der Bevölkerung ist es nach Auslegung des oben genannten Artikels Aufgabe der Massenmedien, für eben jene zu sorgen. Aus dieser Funktion ergibt sich ein weiteres Gebot der Staatsferne in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Wenn das Volk letztendlich die Staatsgewalt kontrollieren kann, tritt es auch souverän auf; konkret für den Rundfunk bedeutet dies: die Bürger ausreichend und ausgewogen zu informieren, um die Meinungsvielfalt widerspiegeln zu können.³⁰

Prinzip der Pluralität

Die Programmfreiheit und gleichzeitig auch die Pluralität der Programme sind ein weiteres Merkmal und ein Bestandteil der Rundfunkfreiheit. Die Landesgesetzgeber werden dazu verpflichtet, all denen das Medium Rundfunk zu ermöglichen, die es auch

²⁴ Vgl. *LUCHT*, 2006, Seite 98

²⁵ Zitat: *SCHRAG*, 2007, Seite 145

²⁶ Vgl. *LUCHT*, 2006, Seite 98 ff.

²⁷ Vgl. *ebd.*, 2006, Seite 99

²⁸ Zitat: *Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz*

²⁹ Vgl. *LUCHT*, 2006, Seite 102

³⁰ Vgl. *ebd.*, 2006, Seite 102

nutzen wollen. Bevor das duale Rundfunksystem eingeführt wurde, war es die Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die bestimmen konnten, was gesendet wurde. Dabei wurde nicht selten darauf geachtet, die Meinungsträger zu Wort kommen zu lassen. Ein Minimum an Sachlichkeit verlangte das Bundesverfassungsgericht daraufhin in seinem ersten Rundfunkurteil. Durch die Klarstellung, dass die Rundfunkfreiheit ein Individualrecht ist (3. Rundfunkurteil), ermöglichte das Bundesverfassungsgericht die Einführung von privaten Rundfunkanstalten. Dies führte letztendlich dazu, dass nicht mehr nur das Programm ausgewogen ist, sondern nun auch die Gesamtheit der Anbieter. Es wird jedoch auch angemerkt, dass der Kern des ersten Rundfunkurteils, also die Sicherung der Vielfalt, weiterhin als Aufgabe der Öffentlich-rechtlichen bestehen bleibt.³¹

2.3.1 Der Rundfunkstaatsvertrag

Grundsätzlich sind alle Bundesländer für die Regelung kultureller Angelegenheiten zuständig. Hierbei zählt der Rundfunk als Kulturgut. Durch die Fernsehurteile des Bundesverfassungsgerichts und die Rundfunkstaatsverträge der Länder wurde die Entwicklung des Hörfunks und des Fernsehens bestimmt. Ferner lieferte auch die technische Entwicklung weitere Übertragungsmöglichkeiten, mehr Alternativen und Chancen.³² Das Bundesverfassungsgericht erklärte bereits in seinen ersten drei Fernsehurteilen, dass sowohl privater als auch öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Als rundfunkrechtliche Gesamtregelung trat der Rundfunkstaatsvertrag (RStV) am 1. Januar 1992 in Kraft. Hierbei unterstehen die Teil-Rundfunkstaatsverträge dem Rundfunk, den Telemedien und dem Jugendschutz. Die Staatsverträge werden durch die Landesregierungen bestimmt und durch Landesgesetze in den Länderparlamenten unterzeichnet. Alle Fragen hinsichtlich der Finanzierung und des Auftrags sowie alle rechtlichen Grundlagen der Organe in den Rundfunkanstalten werden in den Rundfunkstaatsverträgen geregelt. Außerdem sind die Regelungen von Veranstaltungen, die Zulassungen, die Auflagen, die rechtlichen Grenzen und die Aufsicht der privaten Veranstalter in eben jenen festgehalten. Der Rundfunkstaatsvertrag regelt sich in verschiedenen Teilstaatsverträgen. Darunter fallen: der ARD-Staatsvertrag (ARD-StV; i. d. F. vom 01.06.2009), der ZDF-Staatsvertrag (ZDF-StV; i. d. F. vom 01.06.2009), der Rundfunkgebührenstaatsvertrag (RGeb-StV; i. d. F. vom 01.06.2009) und der

³¹ Vgl. LUCHT, 2006, Seite 103

³² Vgl. MEYN et al., 2012, Seite 113

Deutschlandradio-Staatsvertrag (DLR-StV; i. d. F. vom 01.06.2009) sowie der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMSch-StV; i. d. F. vom 01.04.2010).³³ Für diese wissenschaftliche Arbeit ist jedoch lediglich der ZDF-Staatsvertrag interessant. Alle weiteren finden hier keine Berücksichtigung.

ZDF-Staatsvertrag:

Der ZDF-Staatsvertrag ist die Rechtsgrundlage des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF). In diesem sind der Programmauftrag, die Programmbestimmungen, die Organisationsstruktur (Fernseh- und Verwaltungsrat sowie Intendanz) und die Organisation der Gremien sowie die Finanzierung der Rundfunkanstalt festgehalten.³⁴ Paragraph eins des ZDF-Staatsvertrages enthält die Trägerschaft, den Namen und den Sitz der Rundfunkanstalt. Die staatliche Regelung besagt, dass der Bestand und die Entwicklung sowie die finanziellen Grundlagen der öffentlich-rechtlichen Einrichtung zu sichern sind. Dies bedeutet, dass das ZDF die Möglichkeit erhalten soll, an neuen technischen Entwicklungen teilhaben zu können. Dies garantiert die Herstellung und Verbreitung sowie die Berechtigung zu Veranstaltungen im Fernsehen. Es ist bekannt, dass das ZDF seinen Sitz in Mainz hat und weitere Landesstudios in allen Bundesländern besitzt.³⁵ Die Gestaltung von Sendungen wird im Paragraphen fünf festgehalten. Danach muss „ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit vermittelt werden. Die Sendungen sollen eine freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung fördern.“³⁶ Ferner muss das ZDF die Vorschriften in Bezug auf die Achtung der Würde der Menschen einhalten. Durch ihre Sendungen soll diese Rundfunkanstalt dazu beitragen, „die Achtung von Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinung anderer zu stärken“³⁷. In Bezug auf die Berichterstattung legt der ZDF-Staatsvertrag fest, dass diese umfassend, wahrheitsgetreu und sachlich sein muss. Die Quellen und die Inhalte sind sorgfältig zu prüfen.³⁸ Laut Paragraph 19 bestehen die Organe des ZDF aus dem Fernsehrat, dem Verwaltungsrat und dem Intendanten.^{39, 40} Die Finanzierung des ZDF erfolgt durch die Fern-

³³ Vgl. *GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON* (Hrsg.), 2015

³⁴ Vgl. *ebd.*

³⁵ Vgl. *ZDF-StV*, § 1

³⁶ Zitat: *ZDF-StV*, § 5, Art. 1

³⁷ Zitat: *ZDF-StV*, § 5, Art. 3

³⁸ Vgl. *ZDF-StV*, § 6, Art. 1; 2

³⁹ Vgl. *ZDF-StV*, § 19

⁴⁰ Alle Aufgaben, welche die Organe in der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt innehaben und im Staatsvertrag festgehalten wurden, werden im Kapitel 3.1.2 ausführlich beschrieben. Um einer Wiederholung dieser Informationen entgegenzuwirken, verzichtet die Verfasserin auf die jetzige Darstellung.

sehgebühren nach der Regelung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages, des Weiteren durch Werbeeinnahmen und sonstige Erträge.⁴¹ Dass sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht unmittelbar an den Einschaltquoten orientieren müssen, ist eine Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzierung.⁴²

2.3.2 Die Rundfunkurteile

Es ist davon auszugehen, dass die Leitidee des staatsfernen Rundfunks maßgeblich durch die Rundfunkurteile und nicht zuletzt durch das Bundesverfassungsgericht vertreten wird. Aufgelistet folgen nun die bekannten Rundfunkurteile (Stand. 23.01.2015; die Reihenfolge kann eventuell von anderen Quellen abweichen).

1. **Rundfunkurteil:** „*Deutschland Fernsehen GmbH*“ (BVerfGE 12, 205 – vom 28. Februar 1961)
2. **Rundfunkurteil:** „*Mehrwertsteuer-Urteil*“ (BVerfGE 31, 314 – vom 27. Juli 1971)
3. **Rundfunkurteil:** „*FRAG-Urteil*“ (BVerfGE 57, 295 – vom 16. Juni 1981)
4. **Rundfunkurteil:** „*Niedersachsen-Urteil*“ (BVerfGE 73, 118 – vom 4. November 1986)
5. **Rundfunkurteil:** „*Baden-Württemberg-Beschluss*“ (BVerfGE 74, 297 – vom 24. März 1987)
6. **Rundfunkurteil:** „*WDR-Urteil*“ (BVerfGE 83, 238 – vom 5. Februar 1991)
7. **Rundfunkurteil:** „*Hessen-3-Beschluss*“ (BVerfGE 87, 181 – vom 6. Oktober 1992)
8. **Rundfunkurteil:** „*Gebührenurteil*“ (BVerfGE 90, 60 – vom 22. Februar 1994)
9. **Rundfunkurteil:** „*EG-Fernsehrichtlinien*“ (BVerfGE 92, 203 – vom 22. März 1995)

⁴¹ Vgl. ZDF-StV, § 29

⁴² Hinweis: Alle weiteren Paragraphen des ZDF-Staatsvertrages können im Anhang nach Bedarf nachgelesen werden.

- 10. Rundfunkurteil:** „Kurzberichterstattung“ (BVerfGE 97, 228 – vom 17. Februar 1998)
- 11. Rundfunkurteil:** „Extra-Radio“ (BVerfGE 97, 298 – vom 20. Februar 1998)
- 12. Rundfunkurteil:** „Gebührenurteil II“ (BVerfGE, NVwZ 2007, 128 ff. – vom 11. September 2007)
- 13. Rundfunkurteil:** „Parteienrundfunkbeteiligung“ (BVerfGE, NVwZ 2008, 658 ff. – vom 12. März 2008)
- 14. Rundfunkurteil:** „Urteil zur Staatsferne des ZDF-Fernsehrates“ (BVerfGE, 1 BvF 1/11 – vom 25. März 2014)⁴³

Wie oben schon erwähnt, ergriff das Gericht bereits im ersten Fernsehurteil Partei für die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Hierbei wurde es Konrad Adenauer verwehrt, ein zweites Programm, das staatlich beeinflusst werden sollte, zu gründen. Dieses Urteil von 1962 gilt als „Magna Charta“ der verfassungsrechtlichen Rundfunkordnung.⁴⁴ Erstmals wurde über die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Hinblick auf die Rundfunkgesetzgebung in der Weimarer Republik entschieden. Eine weitere Kernaussage dieses Urteils ist, dass der Rundfunk staatsfrei organisiert werden muss und das Gericht ihm eine Sonderstellung gegenüber anderen Massenmedien zusprach. Des Weiteren unterliegt die Organisation von Rundfunk den Mindestanforderungen unter Berücksichtigung der Meinungsvielfalt – sie soll individuell und öffentlich stattfinden. Die Regelungskompetenz des Staates soll sich alleine auf die technischen Aspekte der Übertragung konzentrieren, um so die Freiheit des Rundfunks von staatlichen Einflüssen zu sichern.⁴⁵

Im zweiten Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichtes, dem sogenannten „Mehrwertsteuer-Urteil“, beschloss das Gericht die Grundlage für die besondere Be-

⁴³ Vgl. *GRUNDVERSORGUNG 2.0* (Hrsg.), 2015

⁴⁴ Definition: Zu Deutsch bedeutet Magna Carta (auch Magna Charta) eine große Urkunde der Freiheiten. Erstmals wurde dieser Begriff 1215 durch den damaligen König Johann Ohneland zu Runnymede in England gebraucht. Hierbei bezieht sich der Begriff auf eine Vereinbarung zwischen ihm und dem revoltierenden englischen Adel. Sie enthält grundlegende politische Freiheiten und gilt als wichtigste Quelle des englischen Verfassungsrechts (vgl. *DEUTSCHE WELLE* (Hrsg.), 2015)

⁴⁵ Vgl. *BVerfGE* 12, 205 – vom 28.02.1961

handlung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Ausgangslage war die vom Staat ausgehende Tätigkeit der Rundfunkanstalten. Hierbei sollten diese in gewerbliche und berufliche Tätigkeiten eingestuft und somit mehrwertsteuerpflichtig werden. Acht Landesrundfunkanstalten erhoben Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht und erhielten den Zuspruch in diesem Urteil. Es bestätigt, dass der Rundfunk in öffentlicher Aufgabe handelt und die Rundfunkveranstaltungen nicht gewerblicher oder beruflicher Art sind. Außerdem bekräftigt das Urteil, dass der Rundfunk durch seine Sonderfunktion weder dem Staat noch den gesellschaftlich relevanten Gruppen ausgesetzt werden darf.⁴⁶

Eine weitere Dekade verging, bevor das dritte Rundfunkurteil, das „FRAG-Urteil“ beschlossen wurde. Sachverhalt war die vom Saarland übernommene Regelung der Ausstrahlungen von Inhalten durch private Rundfunkunternehmen. Damit hat das Saarland als erstes Bundesland den privaten Rundfunk grundsätzlich zugelassen. Grund für die Entscheidung war die Konkurrenzstellung zwischen den privaten Rundfunkanstalten und der öffentlich-rechtlichen. Das Bundesverfassungsgericht schuf die Grundlage für die duale Rundfunkordnung. Angesichts der erhöhten Kapazitäten und der sich langfristig andeutenden Erhöhung der Nutzungsmöglichkeiten erkannte das Gericht den privaten Rundfunk grundsätzlich an. Dieses Urteil verpflichtete nun den Gesetzgeber zur Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit und des Grundgesetzes. Hierbei war eine positive Ordnung zu schaffen; zudem entwickelte das Gericht Mindestanforderungen an die Meinungsvielfalt. Ferner wurde die Möglichkeit eines binnenpluralistischen und außenpluralistischen Rundfunkmodells beschrieben. Da jedoch das Saarländische Rundfunkgesetz den Anforderungen nicht entsprach, wurde es als verfassungswidrig erklärt. Hierbei war die Begrenztheit der Übertragungswege ein weiteres Hindernis, das zuerst geändert werden musste.⁴⁷

Nachdem das Gericht unter Vorgabe des „FRAG-Urteils“ den privaten Rundfunk als verfassungsgemäß anerkannt hatte, ordnete das Bundesverfassungsgericht in seinem 4. Rundfunkurteil an, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Aufgabe der sogenannten Grundversorgung zuteilwerde. Gleichzeitig sicherte es die weitere Existenz, seine Finanzierung sowie die Ausstattung in Bezug auf technische, organisatorische und personelle Bereiche. Wie im 3. Urteil schon angemerkt, unterliegen die privaten Rundfunkanstalten lediglich bestimmten Mindestanforderungen der Meinungsvielfalt.

⁴⁶ Vgl. *BVerfGE*, 31, 314 – vom 27.07.1971

⁴⁷ Vgl. *BVerfGE*, 57, 295 – vom 26.06.1981

Dieses durch das Bundesverfassungsgericht ausgestaltete Urteil konkretisiert die heutige duale Rundfunkordnung.⁴⁸

Ausgangslage des „Baden-Württemberg-Beschlusses“ war die von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten SDR (Süddeutscher Rundfunk) und SWF (Südwestfunk) erhobene Verfassungsbeschwerde. In dieser ging es um Teile des baden-württembergischen Landesmediengesetzes (1985), welche die Rundfunkfreiheit verletzten. Es untersagte den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die zusätzliche Ausstrahlung von regionalen und lokalen Programmen, auch das Anbieten und Abrufen von Onlinediensten. Hinsichtlich der privaten Sender galt dies als Schutz. Allerdings bestimmte das Bundesverfassungsgericht, dass die Grundversorgung sich nicht auf die Minimalversorgung beschränken darf und daher auch die neueren Dienste einen Versorgungsauftrag mit sich bringen. Das Gericht ließ hierbei offen, ob der Rundfunkbegriff dynamisch und entwicklungsoffen zu verstehen ist und weitere (technische) Entwicklungen folgen können. Das 5. Rundfunkurteil macht deutlich, dass der Grundversorgungsauftrag keine klaren Linien zwischen den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten zieht. Ferner hielt das Gericht die vorherige Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen und deren Wechsel der Position bei den privaten für einen Widerspruch gegenüber dem Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes.⁴⁹

Im 6. Rundfunkurteil („WDR-Urteil“) bemängelten Bundestagsabgeordnete die festgeschriebene Übermacht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die privaten Sender. Das Bundesverfassungsgericht wurde gebeten, die nordrhein-westfälischen Landesrundfunkgesetze zu überprüfen. Hierbei gelangte das Gericht zu dem Urteil, dass neben der Bestandsgarantie auch eine Entwicklungsgarantie den öffentlich-rechtlichen Grundversorgungsauftrag schützen müsse. Ferner wurde über die weitere Finanzierung entschieden: Es sei verfassungsgemäß, sich auch durch Werbung und nicht nur Gebühren zu finanzieren, denn dies Sorge auch für eine erhöhte Unabhängigkeit. Des Weiteren sei eine Kooperation zwischen den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten möglich, solange die Grundversorgung nicht gefährdet werde. Im Hinblick auf die Kontrollgremien betonte das Gericht, dass diese als Sachwalter der Allgemeinheit und nicht im Interesse von gesellschaftlich relevanten Gruppen handeln dürften. Sie müssten weiterhin unabhängig von den Staatsorganen sein, um eine Einflussnahme zu verhindern.⁵⁰

⁴⁸ Vgl. *BVerfGE*, 73, 118 – vom 04.11.1986

⁴⁹ Vgl. *BVerfGE*, 74, 297 – vom 24.03.1987

⁵⁰ Vgl. *BVerfGE*, 83, 238 – vom 05.02.1991

Sachverhalt des 7. Rundfunkurteils war die Verfassungsbeschwerde des Hessischen Rundfunks. Hierbei handelte es sich um eine geltende Ausnahme, da der Hessische Rundfunk durch das Werbeverbot in eine finanzielle Notlage geraten war. Zu den Grundsätzen der Finanzierung äußerte sich das Bundesverfassungsgericht in diesem Urteil. So hieß es, dass der Gesetzgeber die Rundfunkfinanzierung nach seinen Vorstellungen ausgestalten dürfe, solange er die Rundfunkfreiheit nicht gefährde. Festgehalten wurde, dass das Werbeverbot eine grundsätzliche Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit darstelle, sofern die Finanzierung durch den Staat gesichert werde. Hierbei müsste er zur Erfüllung der Aufgaben die erforderlichen finanziellen Mittel durch die Schaffung eines funktionsgerechten Finanzierungsmodells zur Verfügung stellen.⁵¹

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich mit der grundsätzlichen Frage zu beschäftigen, ob das Gebührenfestsetzungsverfahren (mittels eines Staatsvertrages) einen Eingriff in die Rundfunkfreiheit darstellte. Bayerische Rundfunkteilnehmer klagten auf Rückzahlung von Rundfunkgebühren. Teile dieser Rundfunkgebühren flossen in ein Kabelpilotprojekt und nach Annahme der Kläger diene dies nicht zur Erfüllung des Grundversorgungsauftrages von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. In diesem 8. Rundfunkurteil konkretisierte das Bundesverfassungsgericht die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hierbei war sich das Gericht sicher, dass zum einen eine funktionierende Finanzierung gewährleistet werden müsse und zum anderen die Staatsfreiheit sowie die Programmautonomie garantiert werden. Da das bisherige Gebührenfestsetzungsverfahren nicht mehr den Anforderungen entsprach, entwickelte das Bundesverfassungsgericht ein gestuftes bzw. kooperatives Verfahren zur Gebührenfestsetzung.⁵² Das dreistufige Verfahren enthielt die Bedarfsanmeldung, die fachliche Prüfung durch die KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs) und die Gebührenfestsetzung durch den Landtag. Ebenfalls wurde die bereits 1975 gegründete KEF neu strukturiert und staatsferner ausgestaltet.⁵³

Laut dem Freistaat Bayern und weiteren acht Bundesländern ist die EG-Fernsehrichtlinie ein nicht anwendbares Recht. Grund sei, dass die Gesetzgebungskompetenzen der Länder verletzt worden seien. Daher beriefen sie sich auf ihre Kulturhoheit. Das Bundesverfassungsgericht erließ das Urteil, dass allein der Bund handlungsbefugt sei und die Länder innerstaatliche Zuständigkeit besäßen. Der Staat

⁵¹ Vgl. *BVerfGE*, 87, 181 – vom 06.10.1992

⁵² Hinweis: Diese Vorgabe dient den Ländern bis heute als Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag (RFinStV) und der Gebührenfinanzierung.

⁵³ Vgl. *BVerfGE*, 90, 60 – vom 22.02.1994

gelte gegenüber der EG lediglich als Sachwalter. Des Weiteren erwachse dem Bund eine Pflicht zu bundesstaatlicher Zusammenarbeit und Rücksichtnahme auf die Länder.⁵⁴

Anlässlich des 10. Rundfunkurteils bezüglich der Sicherung von unentgeltlichen Kurzberichterstattungen fasste das Bundesverfassungsgericht alle Regelungen am 17.02.1998 zusammen. Ziel des Gerichtes war es, ein Informationsmonopol zu verhindern, um eine umfassende Berichterstattung zu sichern. Hierbei waren sowohl die öffentlich-rechtlichen als auch die privaten Rundfunkanbieter im Wettstreit. Den freien Informationszugang für die gesamte Öffentlichkeit und die Pluralität von Informationsquellen gelte es zu gewährleisten. Ferner sieht das Bundesverfassungsgericht die Kommerzialisierung von Informationen durch Veranstalter und Medien bedroht. All das sind Gründe des Gemeinwohls, sodass sie eine Beschränkung der Berufsfreiheit rechtfertigen und unerlässlich in dem Urteil verankert sind. Eine unverhältnismäßige Beschränkung der Berufsfreiheit stellt die Unentgeltlichkeit der Kurzberichterstattung dar. Diese Vergünstigungen kommen nicht nur ausschließlich der Allgemeinheit, sondern auch anderen Fernsehsendern zugute, denen die Erstverwertungsrechte nicht zustehen. Die angemessene Zahlung eines Entgeltes hielt das Bundesverfassungsgericht somit für zumutbar.⁵⁵

Eine Kooperation zwischen dem privaten Radiosender „Extra-Radio“ und dem Sender „Radio Euroherz“ ging als Sachverhalt dem 11. Rundfunkurteil voraus. Hierbei hatten jedoch die Kläger die Befürchtung, in einer gemeinsamen Gesellschaft in die Minderheit zu geraten und ihre programmlichen Vorstellungen nicht mehr umsetzen zu können. Das Bayerische Verfassungsgericht kam zu dem Ergebnis, dass private Rundfunksender nicht selbst Träger der Rundfunkfreiheit seien, und so legte der Sender „Extra-Radio“ eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Das Bundesverfassungsgericht entschied wie folgt: Es beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Grundrechtsträgerschaft. Hierbei kam es zu dem Ergebnis, dass alle tatsächlich zugelassenen Anbieter von Rundfunk sich auf das Grundrecht der Rundfunkfreiheit berufen können. Träger des Grundrechts ist somit jeder, der sein Programm selbst gestaltet und daher in seiner Programmfreiheit geschützt werden muss. Hierbei wurde hinzugefügt, dass sich auch die Bewerber im Zulassungsverfahren für die Rundfunklizenzen auf das Grundrecht der Rundfunkfreiheit berufen können. Dies

⁵⁴ Vgl. BVerfGE, 92, 203 – vom 22.03.1995

⁵⁵ Vgl. BVerfGE, 97, 228 – vom 17.02.1998

war ein Grund, da bereits während des Auswahlverfahrens die Gefahr bestand, einen Rundfunkanbieter anhand seiner Programmvorstellung auszuwählen.⁵⁶

Die Ausgangslage für das 12. Rundfunkurteil besteht in dem oben genannten Gebührenerurteil, bei dem das Gericht ein dreistufiges Verfahren zur Gebührenermittlung einführte. Hierbei klagten die Rundfunkanstalten mit einer Verfassungsbeschwerde, bei dem die gewünschte Erhöhung der Rundfunkgebühren zunächst nicht erfolgte. Die Anmeldung eines höheren Bedarfs war vorgelegt worden, doch wurde dieser von der Kommission zu Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) nach unten korrigiert. Das Bundesverfassungsgericht bekräftigte in seinem Urteil, dass die Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gewährleistet werden müsse. Weiterhin stehe der öffentlich-rechtliche Rundfunk für die Meinungsbildung und Demokratie und werde als unverzichtbar angesehen. Abweichungen zwischen der Bedarfsermittlung der Anstalten, des Gesetzgebers und der Empfehlung der KEF sind möglich. Hierbei nennt das Gericht die Gründe der angemessenen Belastung des Gebührenzahlers und des freien Informationszuganges für dessen Entscheidung. Um eine medienpolitische Einflussnahme zu verhindern, muss der Vorschlag der KEF jedoch mehr als eine bloße Entscheidungshilfe sein.⁵⁷

Das hessische Privatrundfunkgesetz sieht vor, dass keine Zulassung von Rundfunkanstalten möglich ist, wenn politische Parteien an eben jener beteiligt sind. Nachdem 232 Mitglieder des Bundestages einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle stellten, entschied sich das Bundesverfassungsgericht im 13. Rundfunkurteil für folgende Regelungen: Die Rundfunkordnung kann von den Gesetzgebern (Ländern) ausgestaltet werden. Die Beteiligung von Parteien kann verhindert werden, wenn eine politische Einflussnahme droht. Hierbei lässt sich jedoch das Bundesverfassungsgericht offen, ein vollständiges Verbot zu äußern, da dies nicht mehr vom Ausgestaltungsvorbehalt gedeckt werde.⁵⁸

Das 14. Rundfunkurteil, das auch Grundlage für diese Arbeit ist, findet in diesem Kapitel keine Berücksichtigung. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird es jedoch Anwendung finden.

⁵⁶ Vgl. *BVerfGE*, 97, 298 – vom 20.02.1998

⁵⁷ Vgl. *BVerfGE*, NVwZ 2007, 128 ff. – vom 11.09.2007

⁵⁸ Vgl. *BVerfGE*, NVwZ 2008, 658 ff. – vom 13.03.2008

3 Der Untersuchungsgegenstand: Causa Nikolaus Brender

3.1 Das Unternehmen ZDF

3.1.1 Beschreibung des Unternehmens

Das am 28. Februar 1961 in Kraft getretene Rundfunkurteil schaffte die Grundlage für eine zweite, von den Bundesländern getragene, Fernsehanstalt. Gemeinsam mit der ARD und deren Landesrundfunkanstalten sowie dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Allein die Länder sind für Organisations- und Programmfragen zuständig und verantwortlich. Am 6. Juni wurde von den Ministerpräsidenten der Bundesländer der Staatsvertrag für die Rundfunkanstalt unterzeichnet. In zweijährigen Perioden wechseln sich die Länder bei der Aufsicht über das ZDF ab. Als erster Intendant wurde Professor Dr. Karl Holzammer vom Fernsehrat gewählt. Bis 1977 leitete er die Fernsehanstalt und wurde in zwei Wiederwahlen in seinem Amt bestätigt. Auf ihn folgte 1977 Karl-Günther von Hase, dieser wurde 1982 von Dieter Stolte abgelöst. Markus Schächter war seit 2002 Intendant des ZDF und wurde 2012 durch Dr. Thomas Bellut ersetzt. Anlässlich der 25. Deutschen Funkausstellung in Berlin sendete das ZDF am 25. August 1967 sein erstes Farbfernsehen aus. Die Nachrichtensendung „heute“, die den Sendeplatz um 19 Uhr erhielt, gibt es schon seit dem 1. Oktober 1973.⁵⁹ Formale wie inhaltliche Vielfalt in den Bereichen Information, Beratung, Kultur und Unterhaltung umfassen den ZDF-Programmauftrag mit Sitz in Mainz (erste Inbetriebnahme: 6. Dezember 1984). Dieser soll den Fernsehteilnehmern in Deutschland einen objektiven Überblick über das Weltgeschehen und ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit vermitteln. Das ZDF ist durch sein Programm dazu verpflichtet, folgende Grundsätze zu wahren: Sachlichkeit, Objektivität, Ausgewogenheit, Unabhängigkeit und Fairness. Dies bezieht sich auf alle publizistischen, ethisch-moralischen sowie gesellschaftlichen Standards und rechtlichen Vorgaben. Das ZDF hat rund 3.600 feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an den Standorten in Mainz und Berlin sowie in 16 Inlands- und 18 Auslandsstudios für das Programm tätig sind. Hinzu kommen circa 4.500 freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hauptsächlich wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch den Rundfunkbeitrag finanziert. Hinzu kom-

⁵⁹ Vgl. ZDF (Hrsg.), 2015, (ZDF1)

men heute jedoch auch Werbeeinnahmen und sonstige Erträge. Dies führt dazu, dass die Rundfunkteilnehmer weniger Beitragsbelastungen erbringen müssen.⁶⁰ 2009 überschritt das ZDF erstmals die Zwei-Milliarden-Euro-Grenze als eines der größten TV-Unternehmen Europas (2,048 Milliarden Euro). Damit das ZDF auch Minderheiten erreicht und wettbewerbsfähig bleibt, bietet es weitere Programmformate an und unterhält Kooperationen zu anderen Anstalten. Zur ZDF-Familie gehören: ZDFneo (Unterhaltung und Information für ein junges Publikum), ZDFinfo (Informationen und Wissen), ZDFkultur (Theater) und die ZDFmediathek. 3sat (Kultur gemeinsam mit ORF, SRG und ARD), ARTE (deutsch-französisches Programm, gemeinsam mit ARD und France Télévisions), KiKA (Kinderkanal, gemeinsam mit ARD), PHOENIX (Informationsprogramm, gemeinsam mit ARD) und das Deutschlandradio (Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur und DRadio Wissen) sind die Partnerkanäle des ZDF.⁶¹

3.1.2 Organisationsstruktur des Unternehmens

Das ZDF ist in seiner Aufsichtsstruktur in die gängige öffentlich-rechtliche Dreiteilung aufgebaut. Darunter fallen der Intendant, der Fernsehrat und ein Verwaltungsrat.

Der ZDF-Intendant

„Der Intendant vertritt das ZDF nach außen und ist für alle Geschäfte der Fernsehanstalt einschließlich der Gestaltung der Programme verantwortlich.“⁶² Er gilt somit als Verwaltungsspitze der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Für den hier zu untersuchenden Fall sind vor allem das Recht und die Pflicht des Intendanten, einen Chefredakteur im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat zu benennen, interessant. Des Weiteren schlägt der Intendant nicht nur den Chefredakteur, sondern auch die Programmdirektoren und den Verwaltungsdirektor vor.⁶³ Zu Zeiten Nikolaus Brenders war der damalige Intendant Markus Schächter der gesamtverantwortliche Geschäftsführer.⁶⁴ Außerdem vertritt er die Rundfunkanstalt gerichtlich und außergerichtlich. Ferner ist er für die Gestaltung der Programme zuständig und wird vom Fernsehrat in diesen Belangen beraten.^{65, 66} Gewählt wird der Intendant durch den Fernsehrat auf die Dauer

⁶⁰ Vgl. *ZDF (Hrsg.)*, 2015, (ZDF2)

⁶¹ Vgl. *ZDF (Hrsg.)*, 2015, (ZDF3)

⁶² Vgl. *ZDF (Hrsg.)*, 2015, (ZDF4)

⁶³ Vgl. *ZDF-StV*, § 27 Art. 2

⁶⁴ Vgl. *ZDF (Hrsg.)*, 2015, (ZDF5)

⁶⁵ Vgl. *ZDF-StV*, § 27 Art. 1

⁶⁶ Vgl. *ZDF-StV*, § 20 Art. 1

von fünf Jahren. Für die Wahl ist eine Dreifünftelmehrheit erforderlich; Wiederwahlen sind dabei zulässig.⁶⁷ Im ZDF-Staatsvertrag darf die Aufgabe des Intendanten nur wahrnehmen, wer seinen ständigen Wohnsitz in Deutschland hat, unbeschränkt geschäftsfähig ist, uneingeschränkt strafrechtlich verfolgt werden und öffentliche Ämter ausüben kann sowie die Grundrechte nicht verletzt hat.⁶⁸ Im § 28 sind alle weiteren zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte des Intendanten aufgelistet; hierbei benötigt er die Zustimmung des Verwaltungsrates.⁶⁹ Nur mit Zustimmung des Fernsehrates kann der Verwaltungsrat den Intendanten entlassen. Auch hier gilt die Dreifünftelmehrheit der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder. Der Intendant ist jedoch vor dem Beschluss anzuhören.⁷⁰

Der ZDF-Fernsehrat

Der Fernsehrat ist das Kontrollorgan des ZDF. Mit 77 Mitgliedern ist der Fernsehrat das größte Aufsichtsgremium der öffentlich-rechtlichen Anstalten.⁷¹ Die Zusammensetzung dieser 77 Mitglieder wird im § 21 Art. 1 des ZDF-Staatsvertrages festgehalten. Das Plenum tagt viermal pro Jahr und genehmigt unter anderem den Haushaltsplan sowie den Jahresabschluss und regelt die Absetzung des Intendanten auf Vorschlag des Verwaltungsrates.⁷² Ferner übernimmt der Fernsehrat die Aufgabe der Überwachung und Einhaltung der Richtlinien und der im Staatsvertrag aufgestellten Grundsätze.⁷³ Laut ZDF-Staatsvertrag soll der Fernsehrat hinsichtlich der Berufung der Mitglieder auch angemessen die Frauen berücksichtigen.⁷⁴ In § 21 Art. 8 des ZDF-Staatsvertrages ist festgehalten, dass keinerlei Mitglieder, die nach § 21 Art. 1 (Buchstaben c bis r) bestimmt werden, einer Landes- oder Bundesregierung angehören dürfen. Jedwede Amtszeit eines Mitgliedes im Fernsehrat beträgt vier Jahre.⁷⁵ Jede Entscheidung kann durch die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder bestimmt werden. Hierbei ist der Fernsehrat beschlussfähig, sobald die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Vorsitzende entscheidet, sobald eine Abstimmung mit Stimmgleichheit

⁶⁷ Vgl. ZDF-StV, § 26 Art. 1

⁶⁸ Vgl. ZDF-StV, § 26 Art. 2

⁶⁹ Vgl. ZDF-StV, § 28; Hinweis: Im Anhang sind eben jene Zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte aufgelistet.

⁷⁰ Vgl. ZDF-StV, § 26 Art. 3

⁷¹ Vgl. ZDF (Hrsg.), 2015, (ZDF6)

⁷² Vgl. ZDF-StV, § 20 Art. 3

⁷³ Vgl. ZDF-StV, § 20 Art. 1

⁷⁴ Vgl. ZDF-StV, § 21 Art. 5

⁷⁵ Vgl. ZDF-StV, § 21 Art. 10

endet.⁷⁶ Dieser Vorsitzende wird aus dem Kreis der 77 Mitglieder in einer geheimen Wahl bestimmt.⁷⁷ Bei dieser ist auch der Intendant des ZDF anwesend.⁷⁸ Weitere Aufgaben des Fernsehrats sind unter anderem die Überprüfung des Programmprofils durch die Selbstverpflichtungserklärung, acht Mitglieder des Verwaltungsrates zu wählen und über Änderungen der ZDF-Satzung zu entscheiden.⁷⁹

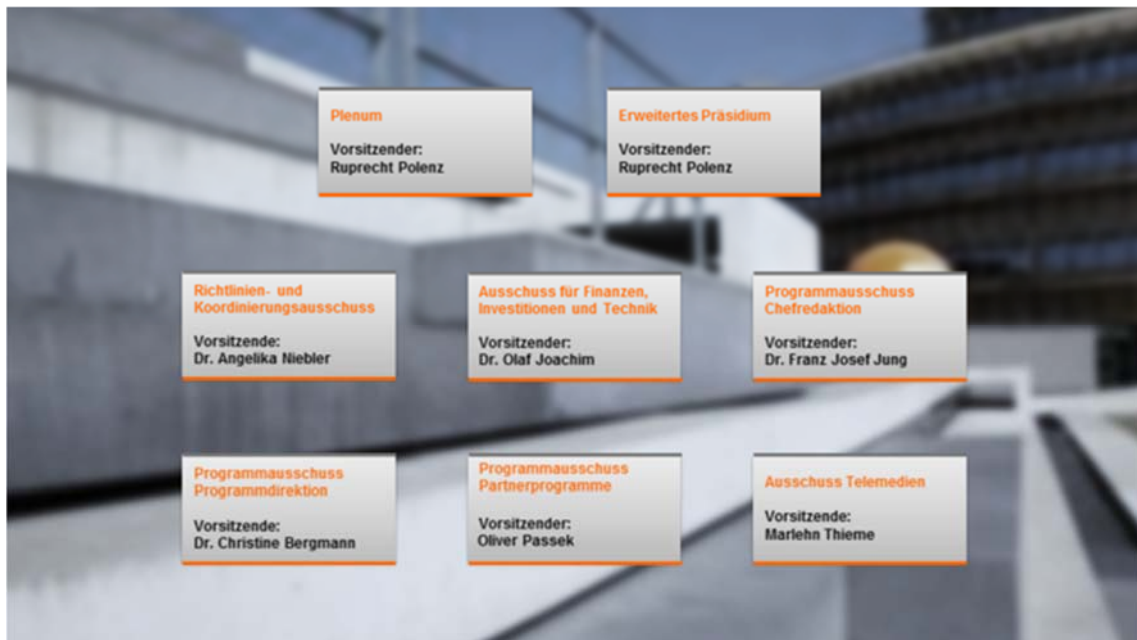


Abbildung 1: Die Ausschüsse des Fernsehrates⁸⁰

Der ZDF-Verwaltungsrat

„Der Verwaltungsrat überwacht die Tätigkeit des Intendanten vor allem in Haushaltsfragen.“⁸¹ Der Verwaltungsrat bildet die dritte Säule der Aufsichtsgremien des ZDF und setzt sich aus 14 Mitgliedern zusammen. Acht davon, wie oben schon erwähnt, werden vom Fernsehrat gewählt. Diese dürfen jedoch weder der Exekutive noch der Legislative angehören. Dazu kommen fünf Vertreter der Länder und ein Vertreter des Bundes. Kurt Beck, ehemaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (SPD, 1994 – 2013), ist Vorsitzender des Verwaltungsrates.⁸² Weitere Mitglieder der Länder sind: Matthias

⁷⁶ Vgl. ZDF-StV, § 22 Art. 1

⁷⁷ Vgl. ZDF-StV, § 22 Art. 2

⁷⁸ Vgl. ZDF-StV, § 22 Art. 4

⁷⁹ Vgl. ZDF (Hrsg.), 2015, (ZDF7)

⁸⁰ Bildquelle: ZDF (Hrsg.), 2015, (ZDF8)

⁸¹ Zitat: ZDF (Hrsg.), 2015, (ZDF9)

⁸² Vgl. ZDF (Hrsg.), 2015, (ZDF10)

Platzeck (Ministerpräsident a. D.), Olaf Scholz (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg), Horst Seehofer (Ministerpräsident des Landes Bayern) und Stanislaw Tillich (Ministerpräsident des Landes Sachsen). Bernd Neumann, Staatsminister a. D., ist Vertreter des Bundes, und die acht vom Fernsehrat gewählten Mitglieder lauten: Ilse Brusi (Staatsministerin a. D.), Dr. Reinhard Göhner (Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages), Hildegund Holzheid (Präsidentin a. D. des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München), Hans Georg Koch (Ministerialdirigent a. D.), Prof. Michael Schmid-Ospach, Prof. Dr. Barbara Thomaß und Prof. Dr. Gerd Zimmermann.⁸³ Die Amtszeit der Mitglieder in diesem Gremium beläuft sich auf fünf Jahre.⁸⁴ Der Verwaltungsrat hat das Recht, Änderungen in der Satzung des ZDF vorzuschlagen.⁸⁵ Ebenso wie der Fernsehrat wählt der Verwaltungsrat seinen Vorsitzenden aus den ausgewählten 14 Mitgliedern.⁸⁶ Auch die Beschlussfähigkeit ist der des Fernsehrates gleich; so gelten die einfache Mehrheit und die Beschlussfähigkeit (wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind).⁸⁷ Zwar übernimmt der Verwaltungsrat keine Aufgaben im Programmbereich; trotzdem muss der Intendant bei der Besetzung der drei wichtigsten Posten das Einvernehmen herstellen.

⁸³ Vgl. *ZDF (Hrsg.)*, 2015, (ZDF11)

⁸⁴ Vgl. *ZDF-StV*, § 24 Art. 3

⁸⁵ Vgl. *ZDF-StV*, § 23 Art. 3

⁸⁶ Vgl. *ZDF-StV*, § 25 Art. 1

⁸⁷ Vgl. *ZDF-StV*, § 25 Art. 2

3.2 Chronologie der Causa

3.2.1 Der Chefredakteur

Um der Personalie eine persönliche Note zu verleihen, wird nachfolgend ein Kurzporträt von Nikolaus Brender erstellt. Der ehemalige Chefredakteur wurde am 24. Januar 1949 in Freiburg im Breisgau geboren. Er studierte Rechts- und Politikwissenschaften an den Universitäten in Freiburg, München und Hamburg. Nach seinem Studium sammelte Brender ab 1978 erste journalistische Erfahrungen durch ein Volontariat und als freier Mitarbeiter beim SWF (Südwestfunk) in Baden-Baden und bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Hamburg. Für die Landes- und die Abendschau Baden-Württemberg arbeitete er ab 1980 als Redakteur und Reporter für den SWF. Eine erste verantwortliche Redakteursstelle erhielt Brender bei der ARD 1982 in der „Tagesthemen“-Redaktion. Auch bewies er als ARD-Fernsehkorrespondent in Argentinien (Buenos Aires) 1984 sein Gespür für Nachrichten aus aller Welt, ehe er 1989 WDR-Auslandschef und Moderator des „Weltspiegels“ wurde. Als weitere Station in seinem Lebenslauf machte die Position des Chefredakteurs im Programmbereich Politik und Zeitgeschehen (1994) auf sich aufmerksam. Diese Position war der Sprung zum Fernsehprogrammchef des WDR 1997, womit ihm die Gesamtverantwortung für das WDR-Fernsehen oblag. Ab April 2000 war er dann als Chefredakteur beim ZDF tätig. Diese Position hatte er bis zum 31. März 2010 inne. Seit Anfang 2012 ist er nun als Journalist Gastgeber der N-TV-Interview-Sendung „Bei Brender!“. Nikolaus Brender erhielt in seinem Leben verschiedene Auszeichnungen, unter anderem den Internationalen Studentenpreis der Leipziger Film- und Dokumentationstage (1987), den Grimme-Preis in Gold für den Sektor Information (1988), den Bayerischen Fernsehpreis für die Fernsehreportage „El Espectador – der Tod schreibt mit“ (1990) und den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis (2009), den er für seine vorbildhafte Haltung gegenüber dem Journalismus erhielt.⁸⁸

⁸⁸ Vgl. *ARCHIVE (Hrsg.)*, 2015



Abbildung 2: Nikolaus Brender, ehemaliger Chefredakteur beim ZDF⁸⁹

Ein Jahr vor Ablauf seines Vertrages hat der Chefredakteur das Recht zu erfahren, ob er die Möglichkeit einer Verlängerung seiner Position erhält. In diesem spezifischen Fall wollte Nikolaus Brender vom damaligen Intendanten des ZDF Markus Schächter Gewissheit über seine Personalie erfahren. Der Intendant war gewillt, den Vertrag mit seinem Chefredakteur zu verlängern, und in der Verwaltungsratssitzung vom 27. März 2009 sollte eben jener Fall behandelt werden. In den auch im nächsten Kapitel aufgeführten Zeitungen stand jedoch zunächst, dass verschiedene Politiker gegen eine Verlängerung Brenders seien. Hierbei wird deutlich, dass es sich bei den meisten um CDU-Politiker unter der Führung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch handelte. Daraufhin entwickelte sich eine machtpolitische Demonstration in den Medien. Die SPD, FDP, die Grünen und auch die Linke äußerten daraufhin scharfe Kritik, dass diese Personalie die Einflussnahme von Politik auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten deutlich machen würde und diese unerlaubt sei. Auch intern schrieben 14 Journalisten des ZDF einen offenen Brief an ihren Intendanten, in dem sie sich für Brender und dessen Position aussprachen.⁹⁰ Einen Tag zuvor (20. Februar 2009) bekannte sich Markus Schächter öffentlich zu seinem Chefredakteur, doch auch Ro-

⁸⁹ Bildquelle: *FRANKFURTER RUNDSCHAU* (Hrsg.), 2015

⁹⁰ Vgl. *SPIEGEL ONLINE* (Hrsg.), 2015, (Spiegel1)

land Koch verteidigte seine Haltung. In einem FAZ-Interview begründete er seine Entscheidung, Brenders Vertrag nicht zu verlängern, mit den schlechten Quoten, die das ZDF zu jenem Zeitpunkt einfahren müsse. So äußert sich Koch hierzu: „Heute‘ hat seit 2002 26 Prozent seiner Zuschauer verloren. 2008 wurden wir erstmals von ‚RTL aktuell‘ überholt, liegen also hinter ‚Tagesschau‘ und der RTL-Sendung nur noch auf Platz 3.“⁹¹ Weiter führt er an, dass auch die Sendungen „Auslandsjournal“, „Länderspiegel“ und das „Heute Journal“ an Zuschauern verloren hätten. Der CDU-Politiker ließ außerdem verlauten, dass der oben angedeutete offene Brief der Journalisten vom ZDF von vielen nur unterschrieben wurde, „weil sie sich dem Solidaritätsdruck gebeugt haben“⁹². Des Weiteren ist zu vermuten, dass Koch den Journalisten drohte: „Ich glaube, keiner der Beteiligten hat sich durch diesen Brief einen Gefallen getan.“⁹³

Schließlich wird die auf den 27. März gelegte Verwaltungsratssitzung mit dem Thema der Vertragsverlängerung Brenders auf den 27. November verschoben. Etwa eine Woche vor der entscheidenden Sitzung verfassen 35 Verfassungsrechtler einen offenen Brief, in dem sie verlauten lassen, die Rundfunkfreiheit als „wichtige Säule unseres demokratischen Staatswesens“⁹⁴ werde bedroht. All diese Faktoren spielten für die Klage, welche die Grünen und Kurt Beck (SPD, ZDF-Verwaltungsratsvorsitzender) vom Verfassungsgericht überprüfen lassen wollten, eine enorme Rolle.⁹⁵

Am 27. November 2009 lehnte der Verwaltungsrat des Senders die Verlängerung des Vertrages von Nikolaus Brender ab. Von den 14 Mitgliedern waren sieben für und sieben gegen den Vorschlag vom Intendanten Markus Schächter. Die Mehrheit von neun Mitgliedern (Dreifünftelmehrheit), die laut dem Staatsvertrag nötig gewesen wäre, war daher nicht gegeben.⁹⁶ Markus Schächter verkündete nach der Wahl: „Ich bedauere das außerordentlich.“⁹⁷ Letztendlich wurde am 10. Dezember 2009 Peter Frey dem Verwaltungsrat als Nachfolger Brenders vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Frey sagte nach seiner Wahl zum Chefredakteur, dass es die „Hauptaufgabe des neuen Chefredakteurs sei, die Glaubwürdigkeit des Senders, die in der öffentlichen Wahrnehmung gelitten habe, wiederherzustellen.“⁹⁸ Frey war Leiter des Hauptstadtstudios in

⁹¹ Zitat: *FAZ (Hrsg.)*, 2015, (FAZ1)

⁹² Zitat: *FAZ (Hrsg.)*, 2015, (FAZ2)

⁹³ Zitat: *FAZ (Hrsg.)*, 2015, (FAZ3)

⁹⁴ Zitat: *FAZ (Hrsg.)*, 2015, (FAZ5)

⁹⁵ Vgl. *SPIEGEL ONLINE (Hrsg.)*, 2015, (Spiegel2)

⁹⁶ Vgl. *YOUTUBE (Hrsg.)*, 2015, (YouTube1)

⁹⁷ Zitat: *YOUTUBE (Hrsg.)*, 2015, (YouTube2)

⁹⁸ Zitat: *SPIEGEL ONLINE (Hrsg.)*, 2015, (Spiegel3)

Berlin, seine Nachfolge trat Bettina Schausten (bisherige Redaktionsleiterin für Innenpolitik) an.

Diese Entscheidungen verursachten die nächsten Kritikwellen in den Medien. Welche Einflüsse und Anregungen die Artikel lieferten, wird im Kapitel 3.3 einer umfangreichen Analyse unterzogen. Hierbei ist es interessant, welche Hypothesen, die in der Einleitung schon erwähnt wurden, bestätigt oder sogar widerlegt werden können.

3.2.2 Bewertung der Rundfunkfreiheit

„Die Pressefreiheit kann als Maßstab gelten, an dem man ablesen kann, wie es um die politische Freiheit in einem Land überhaupt bestellt ist.“⁹⁹

Eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie ist die Informations- und Rundfunkfreiheit.¹⁰⁰ Artikel 5 des Grundgesetzes schützt daher nicht nur einzelne Personen und deren Möglichkeit, eine Meinung zu bilden, sondern darüber hinaus auch die Presse als Einrichtung in ihrer Gesamtheit.¹⁰¹ Ferner verbietet das Grundgesetz jegliche Zensur.¹⁰² Das sind die Voraussetzungen für politische Debatten in den Medien und daher auch für politische Partizipation.¹⁰³ Medien erfüllen hierbei eine Informationsfunktion, sie stellen für politische Informationen eine Plattform dar. Diese darf jedoch aus Schutz der Selbstverwirklichung des Volkes nicht manipuliert oder beeinflusst werden.¹⁰⁴ Neben dieser Informationsfunktion wird den Medien auch die Kontrollfunktion auferlegt. So sollen sie die Machthaber des Volkes kontrollieren und auch öffentlich kritisieren können.¹⁰⁵ Dieses Recht der Medien und der Presse ist in den Gesetzen und Staatsverträgen der Bundesländer geregelt. Auch die Pressefreiheit wird in allen Pressegesetzen der Bundesländer bestätigt und geschützt. In den Satzungen der Landesrundfunkanstalten, deren Staatsverträgen und in den Landesrundfunk- und Landesmediengesetzen wird ebenfalls die Rundfunkfreiheit festgeschrieben.¹⁰⁶ Im Wesentlichen besitzt daher jedes Bundesland seine eigenen

⁹⁹ Zitat: MEYN *et al.*, 2012, Seite 19

¹⁰⁰ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 29

¹⁰¹ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 30

¹⁰² Hinweis: Zensur bedeutet aber nicht, dass Beiträge vor der Erscheinung einer vorherigen Prüfung von Verlegern, Intendanten, leitenden Redakteuren oder von Beauftragten der Rundfunkanstalten und Verlagen unterliegen.

¹⁰³ Vgl. PUPPIS, 2007, Seite 87

¹⁰⁴ Vgl. *ebd.*, 2007, Seite 82

¹⁰⁵ Vgl. *ebd.*, 2007, Seite 83

¹⁰⁶ Vgl. MEYN, 2012, Seite 31

Landespresse- und Landesmediengesetze (LPG/LMG), in denen alle Rechte und Pflichten für Journalisten und Medien sowie Einrichtungen festgelegt werden. In diesem Fall heißt das, dass die Pressestellen zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben verpflichtet sind. Jedoch neigen sie eher dazu, den Interessen von Regierungen und Behörden zu unterstehen als der Unterrichtung der Bevölkerung. Ferner wurden auch schon unangenehme Meldungen zurückgehalten und Ministerien sperrten sich oftmals gegen Recherchen von Journalisten. Dies führte unweigerlich zu der Einführung einer Auskunftspflicht gegenüber den Medien, jedoch galt dies nicht als Privileg, sondern als Möglichkeit zur Erfüllung ihrer journalistischen Aufgaben.¹⁰⁷ Hierbei sind auch die Behörden dazu verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, damit Vertreter der Presse ihre Aufgaben erfüllen können. Diese Definition der Landespressegesetze führt zwangsläufig zu Auseinandersetzungen zwischen Medien und Behörden. Daher befindet sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf einem schmalen Grad. Während die Gesellschaft offenkundig durch die Medien einer gewissen Willensbildung unterliegt und diese erfährt, sollten gerade solche Medien staatsfern bleiben. Jedoch gilt es, zu große Staatsferne zu verhindern, um das Prinzip der demokratischen Willensbildung nicht in Gefahr zu bringen. Andererseits besteht jedoch der Fernseh- und Verwaltungsrat in der Regel aus Politikerinnen und Politikern, die ganz vorne in der ersten Reihe Platz nehmen und die Gefahr der politischen Einflussnahme vergrößern.¹⁰⁸ Leider ist es aber systemwidrig, die Heraushaltung von Parteien und deren Politikern zu fordern, da die Bundesrepublik eine pluralistische Demokratie ist. Außerdem sind sie wichtig und relevant für die Gesellschaft und sollten mit ihrer Verantwortung die verschiedenen Bevölkerungsschichten repräsentieren.¹⁰⁹ Ein weiterer Punkt, der für eine Intervention von parteipolitischen Interessen spricht, sind die sogenannten Freundeskreise der Politiker. Beim ZDF gab es zwei, einen von SPD-Politikern und einen von CDU-Politikern geleiteten Freundeskreis.¹¹⁰ Freundeskreise bestehen aus Personen, die zwar nicht direkt einer Partei oder Regierung angehören, die jedoch parteipolitische Sympathien äußern. Diese sind als sehr einflussreiche Netzwerke nicht zu unterschätzen.¹¹¹ Ein weiterer Faktor ist, dass Politiker schwer ihre beiden Aufgaben unterscheiden können und so ein eventueller Interessenskonflikt entsteht. So kann ein Politiker in der Exekutive, der gleichzeitig auch im Aufsichtsgremium sitzt, nicht objektiv Kritik über einen Bericht zu seiner eigenen Person äußern.¹¹² Ferner sind die Personalpolitik und die Äußerung einer

¹⁰⁷ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 32

¹⁰⁸ Vgl. *NEHLS*, 2009, Seite 212

¹⁰⁹ Vgl. *MEYN et al.*, 2012, Seite 129

¹¹⁰ Vgl. *NEHLS*, 2009, Seite 198

¹¹¹ Vgl. *ebd.*, 2009, Seite 212

¹¹² Vgl. *MEYN et al.*, 2012, Seite 131

Wunschperson für eine bestimmte Position ein weiterer intervenierender Faktor. Daraus entsteht meist sogar ein Parteienproporz. Wenn also der Intendant von der einen Partei vorgeschlagen und gewählt wurde, gehört die nächste zu besetzende Personalentscheidung der anderen Partei. Zwar kann man abschließend nicht sagen, dass parteilose Journalisten die Besseren sind, jedoch kann man auch nicht behaupten, dass parteigebundene meist objektiv arbeiten können.¹¹³

Durch die oben angeführten Punkte, die Rechtsprechung und durch das duale Rundfunksystem sowie den Binnenpluralismus in den internen Aufsichtsgremien scheint die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Theorie zu funktionieren. Es ergibt sich daher die Frage, wieso sich weiterhin verschiedene Problematiken und Situationen auftun, die eben über jene Freiheit eine Diskussion aufkommen lassen. Zwar ist es empirisch nicht nachzuprüfen, wie groß der Einfluss von Politikern und Parteien in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten tatsächlich war und auch heute noch ist,¹¹⁴ doch wurde politische Intervention immer wieder von gesellschaftlichen Gruppen und den Medien unterstellt. Folgend wird nun anhand einer Analyse versucht, die Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anhand der Berichterstattung einzugrenzen. Hierbei wird sich auf den Fall von Nikolaus Brender und Roland Koch konzentriert.

¹¹³ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 132

¹¹⁴ Vgl. *LUCHT*, 2006, Seite 179

3.3 Empirische Analyse

Wie schon in der Einleitung erwähnt, kommt bei der folgenden Forschung die Häufigkeitsanalyse zum Einsatz. Hierbei werden bestimmte Elemente des Materials ausgewählt und in ihrer Häufigkeit ausgewertet. Dabei vergleicht man andere auftretende Elemente.¹¹⁵ Das Arbeiten mit einem Kategoriensystem erleichtert die Aufgabe, alle im Text relevanten Aspekte zu sammeln und auszuwerten.¹¹⁶

Das Ablaufmodell von Mayring dient hierbei als Vorbild:

- Fragestellung formulieren
- Materialstichprobe bestimmen
- Kategoriensystem erstellen
- Kategoriensystem definieren
- Kodierung
- Feststellung und Vergleich der Häufigkeiten
- Ergebnisdarstellung und -interpretation¹¹⁷

Zunächst wird jedoch zum Verständnis die allgemeine Berichterstattung definiert und auch die verwendeten Zeitungen und Zeitschriften werden vorgestellt.

3.3.1 Berichterstattung zur Causa

Die heutige Struktur der Zeitungen hat verschiedene Merkmale. Hierzu gehören:

- Nahezu alle im privaten Besitz
- Erscheinen am Morgen
- Lokale Bindung vieler Tageszeitungen
- Starke Position der Regionalzeitungen
- Wenige überregionale Qualitätszeitungen
- Wenige Kaufzeitungen wie z. B. Bild
- Fast nicht vorhandene Parteipresse
- Überparteilichkeit im Anspruch
- Anzeigenunabhängigkeit

¹¹⁵ Vgl. MAYRING, Seite 13

¹¹⁶ Vgl. *ebd.*, Seite 14

¹¹⁷ Vgl. *ebd.*, Seite 15

- Hohe Leser-Blatt-Bindung
- Starke Pressekonzentration
- Beteiligung der Zeitungsverleger an anderen Medien („Cross-Ownership“)
- Weitgehende Marktsättigung; Markteintritt stark erschwert bis unmöglich¹¹⁸

In der heutigen Zeit besitzen die Medien eine Thematisierungsfunktion, auch als Agenda Setting bekannt. Dies bedeutet, dass alles, was in den Medien an Themen behandelt wird, für die Leser, Zuschauer und Hörer auch als wichtig angesehen wird. Welche Themen stehen auf der Tagesordnung und in welcher Reihenfolge sind diese zu sehen? Journalisten haben hierbei die Möglichkeit, weitgehend festzulegen, was man liest, sieht und hört.¹¹⁹ „Für andere ist öffentliche Meinung nur das Urteil der politischen Elite.“¹²⁰ Dabei sollten die öffentliche Meinung und deren Wissensdurst sich weitgehend über geäußerte Personen definieren.¹²¹ Öffentliche Meinung sollte sich daher auch bemühen, die Regierenden zu unterstützen und den Bürgern die Isolation vorzuenthalten, um sich weiterhin in der Gesellschaft zurechtzufinden.¹²² Einerseits soll die Presse also der Allgemeinheit dienen und das wird ihr auch als öffentliche Aufgabe in den Landespressegesetzen zuerkannt, andererseits ist sie dennoch darauf aus, Gewinne zu machen. Hermann Meyn beschreibt dies als „Doppelcharakter“, den die Presse in der heutigen Zeit innehat.¹²³

Im Fall Nikolaus Brender rief die Berichterstattung eine umfangreiche Darstellung dieses Themas hervor. Der Beginn der unten folgenden Aufstellung der Artikelanzahl ist hierbei der 1. Februar 2009, als bekannt wurde, dass der Vertrag von Nikolaus Brender nicht verlängert werden soll. Die Grafik zeigt auf, dass besonders im November 2009 viel publiziert wurde. Dies lässt sich sicherlich auf die Verwaltungsratssitzung zurückführen, bei der die Wahl stattfand. Des Weiteren ist zu erkennen, dass in den Monaten Februar und März 2009 (Aufkommen des Themas), Juni 2009 (angestrebtes Normenkontrollverfahren) und Dezember 2009 (Nachwirkungen der Entscheidung) sowie Februar und März 2010 (Amtsende des Chefredakteurs und Nachfolge durch Peter Frey) viele Ergebnisse zu diesem Thema zu finden sind. Zwar lässt sich nach der ersten Durchsicht dieser Artikel auch sagen, dass nicht alle speziell für das Thema Vertrags-

¹¹⁸ Vgl. MEYN *et al.*, 2012, Seite 59 ff.

¹¹⁹ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 17

¹²⁰ Zitat: *ebd.*, 2012 Seite 18

¹²¹ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 17

¹²² Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 18

¹²³ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 60

verlängerung und politische Einflussnahme interessant sind, jedoch kann man vermuten, wie sehr dieses Thema in den Medien zum Politikum wurde.

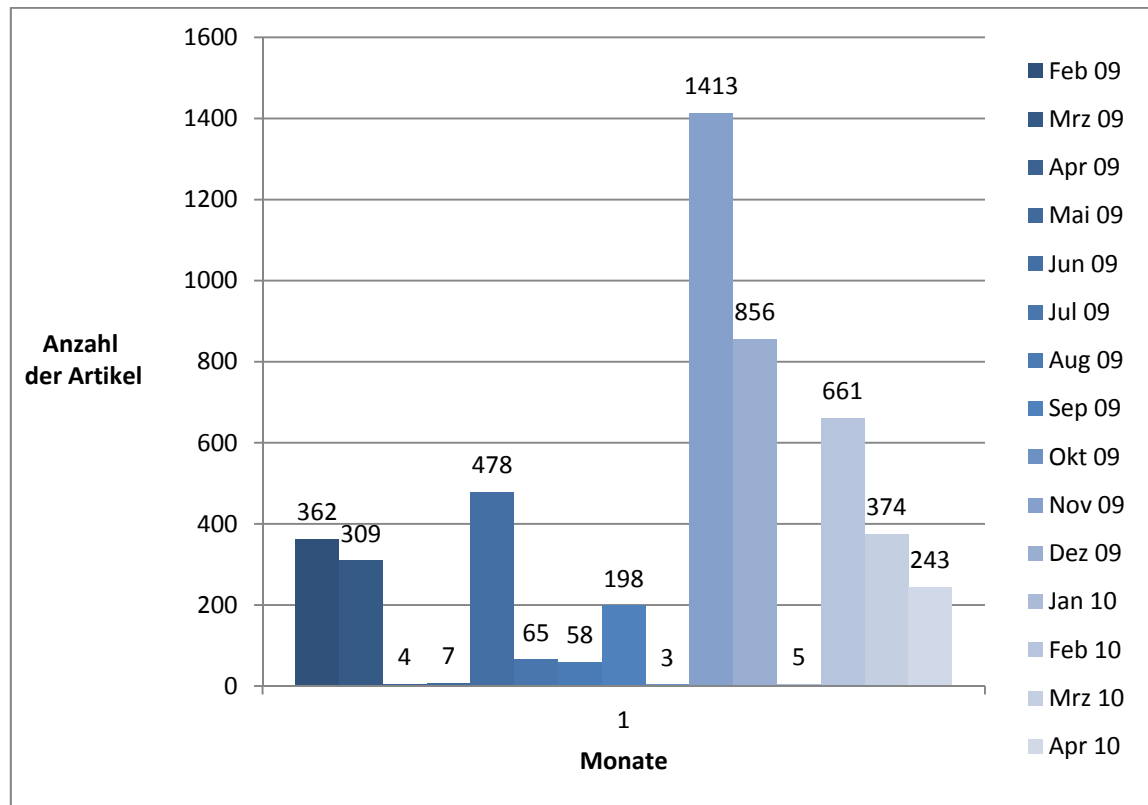


Abbildung 3: Anzahl der Artikel zum Stichwort „Nikolaus Brender + ZDF“ über Google-Suchfunktion¹²⁴

Eine weitere Grafik wurde erstellt, da auch das Rundfunkurteil vom 25. März 2014, die Personalie und die Frage nach der Rundfunkfreiheit in den Medien behandelt wurden.

¹²⁴ Vgl. *Google.de*; Such-Term „Nikolaus Brender + ZDF“

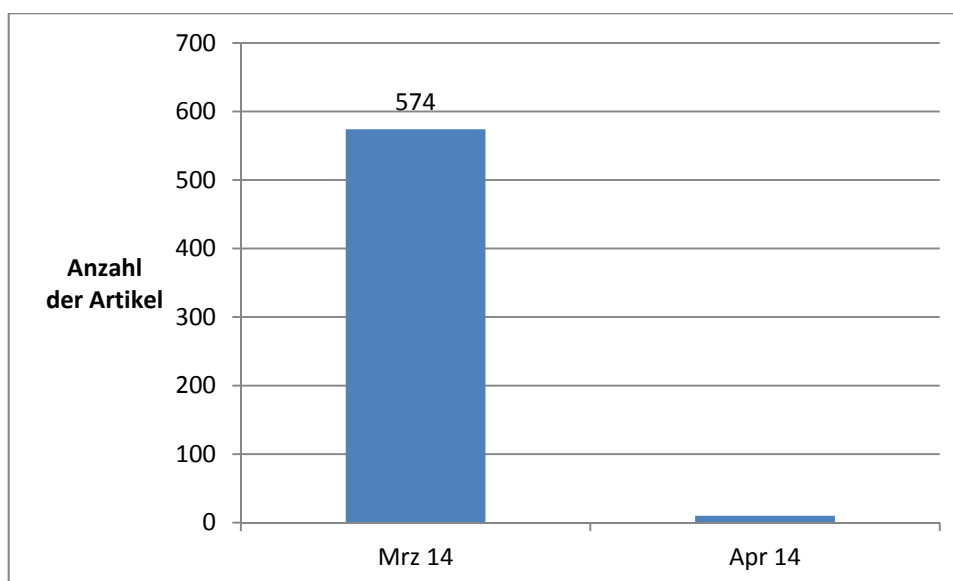


Abbildung 4: Anzahl der Artikel zur Causa nach dem Rundfunkurteil 2014¹²⁵

Es ist allerdings bei beiden Grafiken zu beachten, dass es sich hierbei nicht ausschließlich um Artikel in der Printpresse handelt, sondern auch um von Online-Diensten veröffentlichte Beiträge. Der Untersuchungszeitraum für diese Arbeit erstreckt sich von den Anfängen des Themas (Februar 2009) bis zum Ende der Amtszeit von Nikolaus Brender (März/April 2010). Auch der Zeitraum des 14. Rundfunkurteils und den daraus entstehenden Folgen, wird in der Forschung behandelt. Hierfür sollen die Online-Angebote von drei Tageszeitungen, davon eine regionale und zwei überregionale, sowie die Printartikel von einer Zeitschrift und einer regionalen Tageszeitung untersucht werden.

Für die folgende Analyse wurde fünf Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt.

Süddeutsche Zeitung (SZ)

Seit 1945 erscheint diese in München und gehört der Südwestdeutschen Medienholding an. Sie zeichnet sich durch einen breiten, überregionalen Nachrichten- und Meinungsteil, sowie eine umfangreiche Auslandsberichterstattung aus. Die Süddeutsche Zeitung möchte die liberalen und sozialen Gesellschaftsformen nach ihren Grundsätzen schützen. Sie gilt als liberale Zeitung und ist, obwohl das Hauptverbreitungsgebiet in Bayern liegt, meist einer der größten Kritiker der CSU-Regierung in München. Gelobt wird oft die journalistische Arbeit in Glossen und Reportagen. Als einzige überregionale

¹²⁵ Vgl. *Google.de*; Such-Term „Nikolaus Brender + ZDF“

Qualitätszeitung konnte die SZ ihre Auflage in den letzten Jahren nicht nur halten, sondern auch steigern.¹²⁶ Die Auflage der Süddeutschen Zeitung beträgt 455.423 Stück. Hier wurde der Wert der Zeitung an den Tagen Montag bis Samstag genommen.¹²⁷

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Seit 1949 erscheint diese in Frankfurt am Main. Sie zeichnet sich durch ihr weltweites Korrespondenten-Netz aus. Dieses ermöglicht es, unabhängig von Nachrichtenagenturen zu berichten, vor allem im Wirtschaftsteil. Überwiegend lesen die FAZ leitende Mitarbeiter von Behörden und Betrieben sowie Selbstständige. Durch die „FAZIT“-Stiftung ist die Mehrheitsgesellschaft dazu verpflichtet, alle Einnahmen für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Es gibt keinen Chefredakteur an sich, sondern das Prinzip des Herausgebergremiums findet hier Anwendung. In den letzten Jahren hat es bei der Aufmachung der Zeitung viele Modernisierungen gegeben, auch wurde 2012 ein Relaunch durchgeführt.¹²⁸ Die Druckauflage der FAZ beträgt 357.222 Stück (Mo.-Sa.).¹²⁹

Der Spiegel

Die Zeitschrift ist dem amerikanischen Nachrichtenmagazin TIME nachgebildet und hat in der deutschen Presselandschaft keine Vorgänger. Bemüht ist Der Spiegel darin, Nachrichten als Geschichten darzustellen und Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Gründer Rudolf Augustin, der 2002 starb, prägte das Magazin über Jahrzehnte. Während die einen loben, dass das Magazin seine Kritik- und Kontrollfunktion in der Presse ernst nehme und auch unpopuläre Themen aufgreife, kritisieren andere, dass die Informationen nur einseitig seien und Klischeevorstellungen fördern würden.¹³⁰ Viele Journalisten nutzen den Spiegel regelmäßig, daher gilt er als „wichtiges Orientierungsmedium, als innerjournalistischer Meinungsführer und als klassisches Leitmedium“¹³¹. Der Spiegel bestimme die Haltung, welche Themen die Medien aufgreifen. Die Mitarbeiter der Zeitschrift sind an ihr zur Hälfte beteiligt und haben bei verlagsinternen Fragen die Möglichkeit, mitzureden. Dieses Modell ist im Medienbereich einzigartig. Seine Monopolstellung verlor Der Spiegel jedoch 1993, als der Focus durch den

¹²⁶ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 71 ff.

¹²⁷ Vgl. *IVW (Hrsg.)*, 2015, (IVW1)

¹²⁸ Vgl. *MEYN et al.*, 2012, Seite 71

¹²⁹ Vgl. *IVW (Hrsg.)*, 2015, (IVW2)

¹³⁰ Vgl. *MEYN et al.*, 2012, Seite 78

¹³¹ Vgl. *ebd.*, 2012, Seite 79

Münchner Burda-Verlag herausgegeben wurde.¹³² Die Auflagenzahl liegt bei 878.260.¹³³

Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)

15 Lokalredaktionen sowie eine überregionale Redaktion arbeiten gemeinsam mit HNA.de an der Herstellung von aktuellen Nachrichten. HNA betreibt mit Radio HNA sogar einen eigenen Internetradiosender. Ihr Schwerpunkt liegt meist auf den lokalen Berichterstattungen aus Nordhessen und Südniedersachsen.¹³⁴ Die gedruckte Ausgabe der HNA besitzt eine Auflage von 220.584.¹³⁵ Über den Verlag Dierichs GmbH & Co. KG wird die Zeitung vertrieben.

Die Rheinpfalz

Die Rheinpfalz ist die größte Tageszeitung von Rheinland-Pfalz. Ihren Sitz hat sie in Ludwigshafen am Rhein. Seit 1945 erscheint sie in zwei Haupt- und zehn Regionalausgaben. Sie verfügt heute über 19 Lokalredaktionen und erscheint in der Rheinpfalz Verlag und Druckerei GmbH und Co. KG; diese gehört zur Medien Union GmbH.¹³⁶ Die Druckauflage der Rheinpfalz beträgt täglich 241.466.¹³⁷

3.3.2 Materialstichprobe

Zu Beginn der Arbeit waren fünf Zeitungen und Zeitschriften angekündigt. Jedoch musste man im Laufe der Bearbeitung feststellen, dass diese Zahl zunächst die Größe der Arbeit sprengen würde, und leider hat die HNA nicht genug selbstständig verfasste Artikel in ihrem Online-Angebot. Hierbei wurde stets auf die Nachrichtenagenturen (z. B. dpa) zurückgegriffen. Diese sind jedoch für die Analyse nicht relevant.

Wie oben schon genannt, wurden nun vier Zeitungen und Zeitschriften ausgesucht, um ein Forschungsergebnis zu erhalten. Hierbei konzentrieren sich die Artikel der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf die Online-Angebote. Die Zeitschrift Spiegel und Die Rheinpfalz jedoch ermöglichen eine Auswahl der Artikel im Printbereich. Nach der ersten Durchsicht der Artikel stehen nun 92 Beiträge zur Ver-

¹³² Vgl. MEYN, 2012, Seite 80 ff.

¹³³ Vgl. DWDL (Hrsg.), 2015

¹³⁴ Vgl. HNA (Hrsg.), 2015

¹³⁵ Vgl. IVW (Hrsg.), 2015, (IVW3)

¹³⁶ Vgl. RHEINPFALZ (Hrsg.), 2015

¹³⁷ Vgl. IVW (Hrsg.), 2015, (IVW4)

fügung (gleiche Artikel wurden entfernt). Hierbei muss jedoch auf Interviews und Leserbriefe verzichtet werden, um eine objektive Sicht der Medien zu erhalten. Des Weiteren soll „der Stichprobenumfang nach Repräsentativitätsüberlegungen und ökonomischen Erwägungen festgelegt“¹³⁸ und ferner auch nach einem bestimmten Modell gezogen werden, in diesem Fall anhand eines Zeitraums.¹³⁹

Folgend nun eine Auflistung aller Artikel für den Zeitraum 01.02.2009 bis 30.04.2010 (Zeitraum 1) und 01.03.2014 bis 30.04.2014 (Zeitraum 2) nach der ersten Suche. Die Verfasserin hat hierbei die Online-Angebote der Zeitungen anhand des Such-Terms „Nikolaus Brender und ZDF“ durchsucht. Alle Artikel wurden hierbei in einer Excel-Liste mit Datum und Autor gesichert.

FAZ Artikel		
Titel	Datum	Autor
Wo stehst du politisch?	22.02.2009	Frank Schirmmacher
Im Gespräch: Roland Koch/ Was haben sie gegen Brender?	24.02.2009	Stefan Niggemeier
Brender-Koch-Debatte/ Der wahre Skandal	08.03.2009	Harald Staun
Der Fall Brender/ Angriff auf das ZDF	09.03.2009	Frank Schirmmacher
Nikolaus Brender/ Ein Journalist mit Haltung	27.03.2009	Ulrich Wickert
ZDF gibt Boxen auf/ Technischer K.o.	07.05.2009	o.A.
Charte für Pressefreiheit/ gegen staatliche Verfolgung	26.05.2009	Hendrik Ankenbrand
Fall Brender/ Der Intendant muss klagen	08.07.2009	Hartmann von der Tann
Laudatio auf Nikolaus Brender/ Der politischen Klasse ins Lesebuch	16.10.2009	Frank Schirmmacher
35 Top-Juristen stellen sich Koch in den Weg	21.11.2009	o.A.
Offener Brief zur Brender-Debatte/ "Prüfstein für die Rundfunkfreiheit"	22.11.2009	o.A.
Protest der Staatsrechtler/ Für die Rundfunkfreiheit	23.11.2009	Michael Hanfeld
Brenders Nachfolger/ Peter Frey wird neuer ZDF-Chefredakteur	10.12.2009	Michael Hanfeld
Die Reform des ZDF ist gescheitert/ Kurt Beck beklagt sich selbst	25.03.2010	Michael Hanfeld
Zum Abschied Nikolaus Brender/ Wahrhaftigkeit ist sein Charakter	30.03.2010	Fritz Pleitgen
Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten/ Dinosaurier in der Pflicht	26.04.2010	Rheinhard Müller
ARD und ZDF/ Geht's jetzt ans Eingemachte?	25.03.2014	Michael Hanfeld
Karlsruher Urteil zum Staatsvertrag/ Ein guter Tag für das ZDF	06.04.2014	Michael Hanfeld
Gesamt 18 Artikel		

Tabelle 1: Artikelauswahl der FAZ¹⁴⁰

Nach erster Recherche ergeben sich insgesamt 18 Artikel der FAZ, die für die Analyse verwendet werden. Nicht beachtet wurden dabei die Leserbriefe und Artikel, die Nikolaus Brender nur erwähnt hatten. Für den ersten Untersuchungszeitraum fallen nur zwei Artikel weg, da sie erst nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfasst wurden.

¹³⁸ Zitat: MAYRING *et al.*, Seite 53

¹³⁹ Vgl. *ebd.*, Seite 53

¹⁴⁰ Eigene Darstellung

Süddeutsche Artikel		
Titel	Datum	Autor
Reform des ZDF/ Zwei zu eins	21.03.2010	Claudia Tieschky
Karlsruhe: Causa Brender/ Parteientricks im ZDF - Kurt Beck klagt	25.03.2010	o.A.
Zum Abschied von Nikolaus Brender/ Der Maßstab Brender	31.03.2010	Peter Frey
Politische Einflussnahme im ZDF/ Unter Kontrolle	30.12.2010	Christopher Keil
Medienpreis für Sprachkultur/ Mariette Slomka und Stefan Niggemeier ausgezeichnet	15.05.2012	o.A.
Anruf beim ZDF/ CSU will Bericht über SPD-Parteitag verhindern	04.10.2012	Detlef Esslinger
Politischer Einfluss auf ARD und ZDF/ Mit voller Kraft	07.10.2012	Claudia Tieschky
Klage gegen ZDF-Staatsvertrag/ "Konzentrierte politische Einflussnahme"	05.11.2013	o.A.
ZDF-Staatsvertrag/ Wider den politischen Einfluss	04.03.2014	Claudia Tieschky
ZDF-Staatsvertrag verfassungswidrig/ Irrsinn hinter Tapetentüren	25.03.2014	Claudia Tieschky
Zu großer Einfluss von Staat und Politik	25.03.2014	o.A.
Nikolaus Brender und das ZDF/ Vergnügt im Triumph	29.03.2014	Claudia Tieschky
Fall Brender/ Im Selbstbedienungsladen - Union missbraucht ZDF		H.-J. Jakobs
ARD-Programmmchef Herres im Gespräch/ "In die Jahre gekommen"		H.-J. Jakobs und C.M. Berr
Nikolaus Brender "Wir halten an unserem Qualitätskonzept fest"		Christopher Keil
ZDF: Fall Brender/ Intendant weiß nicht von IM "Schwarzfuß"		o.A.
ZDF: Streit um Brender/ Was nun, Roland Koch?		o.A.
Außenansicht zum ZDF-Fall Brender/ Der Köder des Herrn Koch		Wolfgang Hoffmann-Riem
Union gegen ZDF-Mann Brender/ "Schwerwiegender Eingriff in die Rundfunkfreiheit"		Hans Leyendecker
ZDF: Kurt Beck/ Das Staatsschauspiel		Claudia Tieschky
Debatte um ZDF-Chefredakteur "Massive Einmischung der Politik"		o.A.
Vorschlag zu Rechtsform des ZDF" Es könnte so einfach sein		Werner Hahn
Hessischer Rundfunk/ Roland Kochs Spielwiese		Christoph Hickmann
Nebentätigkeit von Moderatoren/ Böse Scheine		Hans Leyendecker
ZDF Chefredakteur Brender/ Verweigerung ist auch eine Haltung		Hans Leyendecker
ZDF: Streit um Brender/ Attacke nach Plan		Hans Leyendecker
Gut so, schlecht so (7)/ Beute und Meute		H.-J. Jakobs
Frey wird ZDF-Chefredakteur/ Brenders Erbe		Claudia Tieschky
ZDF: Streit um Brender/ Ein Brief voll Kritik		o.A.
Gesamt 29 Artikel		

Tabelle 2: Artikelauswahl der Süddeutschen Zeitung¹⁴¹

Bei der Süddeutschen sind es schon wesentlich mehr Artikel, die in den zwei Zeiträumen verfasst wurden. Insgesamt wurden 29 Artikel gefunden, die dem Such-Term entsprachen. Bei manchen Artikeln lassen sich jedoch, wegen einer Sicherheitsfunktion des Anbieters, keine Rückschlüsse mehr zum verfassten Datum ziehen. Hier war es nun auch Aufgabe, die Artikel durch ihren Inhalt einer gewissen Zeitspanne zuzuordnen.

¹⁴¹ Eigene Darstellung

Spiegel Artikel		
Titel	Ausgabe	Autor
Kleber stützt Brender	09_2009	o.A.
Meins bleibt meins	10_2009	Markus Brauck et al.
Schächter vor dem Rücktritt?	11_2009	o.A.
Schmutziges Geheimnis	42_2009	Markus Brauck
Raus da!	48_2009	Markus Brauck et al.
"Wer hat die Macht?"	48_2009	o.A.
"Nicht noch so eine Pleite"	49_2009	o.A.
Zweifel an ZDF-Gremien ausräumen	50_2009	o.A.
Was wird eigentlich...	53_2009	Markus Brauck et al.
"Das ZDF ist beschädigt"	08_2010	Markus Brauck et al.
Grüne machen Druck	09_2010	o.A.
Beck geht notfalls selbst nach Karlsruhe	11_2010	o.A.
"Wir haben uns nicht gebückt"	14_2010	Markus Brauck et al.
Warum Brender nicht stur blieb	13_2010	o.A.
"Das Urteil ist ausbalanciert"	14_2014	o.A.
Gesamt 15 Artikel		

Tabelle 3: Auswahl der Spiegel-Artikel¹⁴²

Die Zeitschrift Der Spiegel bietet ihre veröffentlichten Artikel online zum Nachlesen an. Hierbei wurden insgesamt 15 Beiträge gefunden und für die Analyse verwertet. Interessant ist, dass entweder kein Autor oder Markus Brauck (et al.) die Artikel verfasst hat. Des Weiteren ist hier die Auflistung nicht nach dem Erscheinungsdatum sortiert, sondern nach Ausgabe. Nur ein Artikel wurde nach der Rechtsprechung verfasst, alle anderen wurden in dem ersten Zeitraum analysiert.

¹⁴² Eigene Darstellung

Die Rheinpfalz		
Titel	Datum	Autor
Rundfunk: "IM" Journalist	21.02.2009	o.A.
Kanonenkugeln aus dem Kanzleramt	26.02.2009	Karin Dauscher
Die Schwarzfunker	28.02.2009	Andreas Bahner
Zeitspiel auf dem Lerchenberg	14.03.2009	Karin Dauscher
Leute: Nikolaus Brender	30.03.2009	o.A.
Medien und die Politik	05.05.2009	Michael Garthe
Tom Buhrow unter Druck	22.06.2009	o.A.
"Wir haben das Wohnzimmer umdekoriert"	28.07.2009	Thomas Gehringer
Kein Diener der Politik	27.10.2009	Michael Garthe
Kompromiss im Streit um ZDF-Chefredakteur Brender?	17.11.2009	Reiner Peter et al.
Rot und Schwarz	26.11.2009	Karin Dauscher
ZDF-Chefredakteur muss posten räumen	28.11.2009	Karin Dauscher
Beck warnt vor Klage	29.11.2009	o.A.
Wie man dem ZDF seine Freiheit nimmt	01.12.2009	Michael Garthe
Beck will Einfluss der Politik auf das ZDF einschränken	05.12.2009	o.A.
Endlich: Politik fürs ZDF	05.12.2009	Michael Garthe
Stichwort: ZDF-Verwaltungsrat	05.12.2009	o.A.
Leute: Nikolaus Brender	10.12.2009	o.A.
ZDF: Peter Frey wird Chefredakteur	11.12.2009	o.A.
ZDF-Fernsehrat schmettert Reformdebatte ab	12.12.2009	Karin Dauscher
CDU zeigt sich gesprächsbereit	23.12.2009	o.A.
Grüne ziehen mit Klage gegen ZDF-Gremien vor Gericht	04.02.2010	o.A.
Beraten, klagen oder vertagen	25.02.2010	Karin Dauscher
Von Lauschern, Spitzeln und Detektiven	02.03.2010	Michael Garthe
"Der Bund ist für das ZDF nicht zuständig"	25.03.2010	Karin Dauscher
Beck zieht wegen ZDF vor das Verfassungsgericht	26.03.2010	o.A.
Korrekturen fürs neue Nachrichtenstudio	01.04.2010	o.A.
Nimmt Karlsruhe die Politik vom Sender	25.03.2014	Ursula Knapp
In ZDF-Gremien dürfen nicht mehr so viele Politiker sitzen	26.03.2014	Ursula Knapp
In die Schranken gewiesen	26.03.2014	Karin Dauscher
Gesamt 30 Artikel		

Tabelle 4: Auswahl der Rheinpfalz-Artikel¹⁴³

Die Rheinpfalz hat mit 30 Artikeln die meisten Beiträge geliefert. Drei Artikel werden im Zusammenhang mit dem zweiten Zeitraum analysiert, alle weiteren mit dem ersten.

Nach einer zweiten Durchsicht der Artikel konnten nur noch 69 den Weg in die Forschung finden. Hierbei sind Interviews, Kurznachrichten und nicht themenrelevante Artikel gelöscht worden. Da für die Forschung nur von Journalisten geäußerte Meinungen interessant sind, konnten die geführten Interviews von Brender, Koch etc. leider nicht verwendet werden. Es folgt nun eine finale Auflistung der verwendeten Artikel von allen Anbietern.

¹⁴³ Eigene Darstellung

FAZ Artikel			
Artikelnr.	Titel	Datum	Autor
1	Wo stehst du politisch?	22.02.2009	Frank Schirrmacher
2	Brender-Koch-Debatte/ Der wahre Skandal	08.03.2009	Harald Staun
3	Der Fall Brender/ Angriff auf das ZDF	09.03.2009	Frank Schirrmacher
4	Nikolaus Brender/ Ein Journalist mit Haltung	27.03.2009	Ulrich Wickert
5	Charta für Pressefreiheit/ gegen staatliche Verfolgung	26.05.2009	Hendrik Ankenbrand
6	Fall Brender/ Der Intendant muss klagen	08.07.2009	Hartmann von der Tann
7	Laudatio auf Nikolaus Brender/ Der politischen Klasse ins Lesebuch	16.10.2009	Frank Schirrmacher
8	35 Top-Juristen stellen sich Koch in den Weg	21.11.2009	o.A.
9	Protest der Staatsrechtler/ Für die Rundfunkfreiheit	23.11.2009	Michael Hanfeld
10	Brenders Nachfolger/ Peter Frey wird neuer ZDF-Chefredakteur	10.12.2009	Michael Hanfeld
11	Die Reform des ZDF ist gescheitert/ Kurt Beck beklagt sich selbst	25.03.2010	Michael Hanfeld
12	Zum Abschied Nikolaus Brender/ Wahrhaftigkeit ist sein Charakter	30.03.2010	Fritz Pleitgen
13	Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten/ Dinosaurier in der Pflicht	26.04.2010	Rheinhard Müller
14	ARD und ZDF/ Geht's jetzt ans Eingemachte?	25.03.2014	Michael Hanfeld
15	Karlsruher Urteil zum Staatsvertrag/ Ein guter Tag für das ZDF	06.04.2014	Michael Hanfeld
Gesamt 15 Artikel			

Tabelle 5: Finale Auflistung der FAZ-Artikel¹⁴⁴

Süddeutsche Artikel			
Artikelnr.	Titel	Datum	Autor
1	Reform des ZDF/ Zwei zu eins	21.03.2010	Claudia Tieschky
2	Karlsruhe: Causa Brender/ Parteientricks im ZDF - Kurt Beck klagt	25.03.2010	o.A.
3	Zum Abschied von Nikolaus Brender/ Der Maßstab Brender	31.03.2010	Peter Frey
4	ZDF-Staatsvertrag/ Wider den politischen Einfluss	04.03.2014	Claudia Tieschky
5	ZDF-Staatsvertrag verfassungswidrig/ Irrsinn hinter Tapetentüren	25.03.2014	Claudia Tieschky
6	Zu großer Einfluss von Staat und Politik	25.03.2014	o.A.
7	Nikolaus Brender und das ZDF/ Vergnügt im Triumph	29.03.2014	Claudia Tieschky
8	Fall Brender/ Im Selbstbedienungsladen - Union missbraucht ZDF		H.-J. Jakobs
9	ZDF: Fall Brender/ Intendant weiß nicht von IM "Schwarzfuß"		o.A.
10	ZDF: Streit um Brender/ Was nun, Roland Koch?		o.A.
11	Außenansicht zum ZDF-Fall Brender/ Der Köder des Herrn Koch		Wolfgang Hoffmann-Riem
12	Union gegen ZDF-Mann Brender/ "Schwerwiegender Eingriff in die Rundfunkfreiheit"		Hans Leyendecker
13	ZDF: Kurt Beck/ Das Staatsschauspiel		Claudia Tieschky
14	Debatte um ZDF-Chefredakteur "Massive Einmischung der Politik"		o.A.
15	Vorschlag zu Rechtsform des ZDF" Es könnte so einfach sein		Werner Hahn
16	Hessischer Rundfunk/ Roland Kochs Spielwiese		Christoph Hickmann
17	ZDF Chefredakteur Brender/ Verweigerung ist auch eine Haltung		Hans Leyendecker
18	ZDF: Streit um Brender/ Attacke nach Plan		Hans Leyendecker
19	Gut so, schlecht so (7)/ Beute und Meute		H.-J. Jakobs
20	Frey wird ZDF-Chefredakteur/ Brenders Erbe		Claudia Tieschky
21	ZDF: Streit um Brender/ Ein Brief voll Kritik		o.A.
Gesamt 21 Artikel			

Tabelle 6: Finale Auflistung der Artikel der Süddeutschen Zeitung¹⁴⁵¹⁴⁴ Eigene Darstellung¹⁴⁵ Ebd.

Spiegel Artikel			
Artikelnr.	Titel	Ausgabe	Autor
1	Kleber stützt Brender	09_2009	o.A.
2	Mainz bleibt meins	10_2009	Markus Brauck et al.
3	Schächter vor dem Rücktritt?	11_2009	o.A.
4	Schmutziges Geheimnis	42_2009	Markus Brauck
5	Raus da!	48_2009	Markus Brauck et al.
6	"Wer hat die Macht?"	48_2009	o.A.
7	Zweifel an ZDF-Gremien ausräumen	50_2009	o.A.
8	Was wird eigentlich...	53_2009	Markus Brauck et al.
9	Grüne machen Druck	09_2010	o.A.
10	Beck geht notfalls selbst nach Karlsruhe	11_2010	o.A.
11	Warum Brender nicht stur blieb	13_2010	o.A.
Gesamt 11 Artikel			

Tabelle 7: Finale Auflistung der Spiegel-Artikel¹⁴⁶

Die Rheinpfalz			
Artikelnr.	Titel	Datum	Autor
1	Rundfunk: "IM" Journalist	21.02.2009	o.A.
2	Kanonenkugeln aus dem Kanzleramt	26.02.2009	Karin Dauscher
3	Die Schwarzfunker	28.02.2009	Andreas Bahner
4	Zeitspiel auf dem Lerchenberg	14.03.2009	Karin Dauscher
5	Medien und die Politik	05.05.2009	Michael Garthe
6	Kein Diener der Politik	27.10.2009	Michael Garthe
7	Rot und Schwarz	26.11.2009	Karin Dauscher
8	ZDF-Chefredakteur muss posten räumen	28.11.2009	Karin Dauscher
9	Beck warnt vor Klage	29.11.2009	o.A.
10	Wie man dem ZDF seine Freiheit nimmt	01.12.2009	Michael Garthe
11	Beck will Einfluss der Politik auf das ZDF einschränken	05.12.2009	o.A.
12	Endlich: Politik fürs ZDF	05.12.2009	Michael Garthe
13	ZDF: Peter Frey wird Chefredakteur	11.12.2009	o.A.
14	ZDF-Fernsehrat schmettert Reformdebatte ab	12.12.2009	Karin Dauscher
15	CDU zeigt sich gesprächsbereit	23.12.2009	o.A.
16	Grüne ziehen mit Klage gegen ZDF-Gremien vor Gericht	04.02.2010	o.A.
17	Beraten, klagen oder vertagen	25.02.2010	Karin Dauscher
18	Von Lauschern, Spitzeln und Detektiven	02.03.2010	Michael Garthe
19	Beck zieht wegen ZDF vor das Verfassungsgericht	26.03.2010	o.A.
20	Nimmt Karlsruhe die Politik vom Sender	25.03.2014	Ursula Knapp
21	In ZDF-Gremien dürfen nicht mehr so viele Politiker sitzen	26.03.2014	Ursula Knapp
22	In die Schranken gewiesen	26.03.2014	Karin Dauscher
Gesamt 22 Artikel			

Tabelle 8: Finale Auflistung der Rheinpfalz-Artikel¹⁴⁷¹⁴⁶ Eigene Darstellung¹⁴⁷ Ebd.

So ergibt sich folgende Auflistung:

Zusammensetzung der Stichprobe			
Zeitung/Zeitschrift	Anzahl Artikel		Gesamt
	Zeitraum 1	Zeitraum 2	
FAZ	13	2	15
SZ	17	4	21
Rheinpfalz	11	0	11
Spiegel	19	3	22
Gesamt	60	9	69

Tabelle 9: Finale Zusammensetzung aller verwendeten Artikel¹⁴⁸

3.3.3 Kategorienbildung

Fragestellung: Wie berichten überregionale Zeitungen gegenüber regionalen über die politische Einflussnahme beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Fall Nikolaus Brender?

Anhand der Fragestellung der Arbeit wurden, wie zu Beginn erwähnt, vier Hypothesen abgeleitet, die diese Fragestellung widerlegen oder bestätigen sollen. Hierbei ist anzumerken, dass Thesen zugespitzt und idealerweise kontroverse Behauptungen sind. Anhand der Hypothesen wird die Berichterstattung in folgenden Punkten überprüft:

- Welche Bewertungen und Meinungen werden verwendet?
- Werden Alternativen aufgezeigt und angemahnt?

Des Weiteren können aus diesen vier Hypothesen vier Leitfragen abgeleitet werden, um die Forschung weiter zu konkretisieren.

Hypothese 1: Medien kritisieren tendenziell die Unabhängigkeit und Staatsferne in der Zusammensetzung der Gremien.

Die erste Hypothese beschäftigt sich mit dem Gesamtsystem und dessen Verständnis für die Medien. Hierbei werden Autoren entweder die Aufsichtsstruktur generell vertei-

¹⁴⁸ Eigene Darstellung

digen oder infrage stellen. Eine Leitfrage kann also lauten: *„Kritisieren oder verteidigen die Medien die Aufsichtsstruktur der öffentlichen Medien?“ (Leitfrage 1)*

Hypothese 2: Medien kritisieren tendenziell die Politiker und die staatliche Einflussnahme im Allgemeinen.

Die zweite Hypothese lässt vermuten, dass Autoren die Politiker und die Staatsferne im öffentlich-rechtlichen Rundfunk infrage stellen oder unterstützen. Die 2. Leitfrage kann daher also so aussehen: *„Kritisieren oder verteidigen die Medien die Politiker und die Staatsferne im Allgemeinen?“*

Hypothese 3: Medien kritisieren tendenziell den intervenierenden ehemaligen Ministerpräsidenten (Roland Koch) und seine Arbeit.

Die dritte Hypothese bezieht sich spezifisch auf den intervenierenden Politiker Roland Koch. Hierbei könnten die Medien ihn als Person und seine Arbeit entweder unterstützen oder angreifen. Die 3. Leitfrage lautet daher: *„Kritisieren oder verteidigen die Medien Roland Koch und seine Arbeit?“*

Hypothese 4: Medien verteidigen tendenziell den ehemaligen Chefredakteur Nikolaus Brender und seine Arbeit.

Die vierte Hypothese setzt sich mit dem betroffenen Chefredakteur Nikolaus Brender auseinander. Hier ist es interessant, zu erfahren, wie ihn die Medien darstellen. Die vierte Leitfrage lautet demnach: *„Wie werden Nikolaus Brender und seine Arbeit in den Medien dargestellt?“*

Damit die qualitative Inhaltsanalyse nachvollziehbar und intersubjektiv überprüfbar wird, muss diese in verschiedene Interpretationsschritte zerlegt werden. Es müssen Kodiereinheiten (kleinste Materialbestandteile), Kontexteinheiten (größte Textbestandteile) und die Auswertungseinheit festgelegt werden, um die Präzision einer Inhaltsanalyse zu erhöhen.¹⁴⁹ Kategorienbildung steht dabei im Zentrum der Analyse und für deren Konstruktion in einem System.¹⁵⁰ Zunächst wird nun ein Kategoriensystem erstellt, das die Bewertung der Artikel unterstützt.

¹⁴⁹ Vgl. MAYRING et al., Seite 59

¹⁵⁰ Vgl. ebd., Seite 30

Hypothese 1:	Medien kritisieren tendenziell die Unabhängigkeit und Staatsferne in der Zusammensetzung der Gremien.
Leitfrage 1:	Kritisieren oder verteidigen die Medien die Aufsichtsstruktur der öffentlichen Medien?
Kategorie 1a:	<i>Aufsichtsstruktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt des Gesamtsystems</i>
Definition:	Konkurrenz zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Zusammensetzung der Gremien, duales Rundfunksystem, Gremienkontrolle, Rundfunkorganisation im Allgemeinen.
Kategorie 1b:	<i>Änderungsvorschläge</i>
Definition:	Gremienkontrolle, was und wie soll/muss sich die Aufsichtsstruktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ändern?
Kategorie 1c:	<i>Änderungen durch das Urteil in der Struktur</i>
Definition:	Was hat sich geändert? Welche Folgen gibt es nun für die Politiker? Welche Folgen/Auswirkungen hat dies für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten?
Hypothese 2:	Medien kritisieren tendenziell die Politiker und die staatliche Einflussnahme im Allgemeinen.
Leitfrage 2:	Kritisieren oder verteidigen die Medien die Politiker und die fehlende Staatsferne im Allgemeinen?
Kategorie 2:	<i>Staatsferne: Theoretische Gedanken und praktische Umsetzung</i>
Definition:	Rundfunkurteile, Legislative, Umsetzung in den Gremien, gesetzliche Grundlagen, Medienpolitik, Bewertungen der Arbeit von Politikern, Einflussnahme (Programm etc.), Entscheidungen (Personal, Finanzen etc.), geschichtliche Wiederholungen.
Hypothese 3:	Medien kritisieren tendenziell den intervenierenden ehemaligen Ministerpräsidenten (Roland Koch) und seine Arbeit.
Leitfrage 3:	Kritisieren oder verteidigen die Medien Roland Koch und seine Arbeit?
Kategorie 3:	<i>Person und Arbeit des intervenierenden Politikers</i>
Definition:	Charakter, historische Ereignisse, Lebenslauf, Ausblicke, Adjektive, Bewertung der Arbeit, Bewertung der Vorgehensweise und Argumente von Roland Koch.

Hypothese 4:	Medien verteidigen tendenziell den ehemaligen Chefredakteur Nikolaus Brender und seine Arbeit.
Leitfrage 4:	Wie werden Nikolaus Brender und seine Arbeit in den Medien dargestellt?
Kategorie 4:	<i>Nikolaus Brender als Betroffener</i>
Definition:	Charakter, historische Ereignisse, Lebenslauf, Ausblicke, Adjektive, Bewertung der Arbeit, Bewertung der Vorgehensweise und Argumente gegen seine Person.

Somit ergeben sich sechs verschiedene Kategorien, mit deren Hilfe die Berichterstattung im Fall Nikolaus Brender analysiert werden soll.

- 1a) Aufsichtsstruktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt/Gesamtsystem
- 1b) Änderungsvorschläge
- 1c) Änderungen durch das Urteil in der Struktur
- 2) Staatsferne: Theoretische Gedanken und praktische Umsetzung
- 3) Person und Arbeit des intervenierenden Politikers
- 4) Nikolaus Brender als Betroffener

Anhand der Aussagen mussten jedoch die Kategorien und deren Exemplifikation nochmals abgeändert und erneuert werden. Anhand dessen ergibt sich folgende Auflistung.

	Kategorie	Explikation
1a	Aufsichtsstruktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten/Gesamtsystem	Konkurrenz zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Zusammensetzung der Gremien, duales Rundfunksystem, Gremienkontrolle, Rundfunkorganisation im Allgemeinen, Rundfunkorganisation des ZDF, historische Beispiele, Unabhängigkeit, Arbeit beim ZDF, Programm
1b	Änderungsvorschläge	Gremienkontrolle, Gremienzusammenstellung, was soll/muss sich ändern und wie?
1c	Änderungen der Struktur durch das Urteil	Was hat sich geändert? Welche Auswirkungen/Folgen hat dies für die Politiker? Was für Auswirkungen/Folgen hat es für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten?
2	Staatsferne: theoretische Gedanken und praktische Umsetzung	Rundfunkurteile, Legislative, Umsetzung in den Gremien, gesetzliche Grundlagen, Medienpolitik, Bewertungen der Arbeit von Politikern (allgemein), Einflussnahme (Programm etc.), Entscheidungen (Personal, Finanzen etc.), geschichtliche Wiederholungen
3	Person und Arbeit des intervenierenden Politikers	Charaktereigenschaften, historische Ereignisse, Lebenslauf, Ausblicke, Adjektive, Bewertung der Arbeit, Bewertung der Vorgehensweise, Argumente gegen seine Person

4	Nikolaus Brender als Betroffener	Charaktereigenschaften, historische Ereignisse, Lebenslauf, Ausblicke, Adjektive, Bewertung der Arbeit, Bewertung der Vorgehensweise, Argumente gegen seine Person
---	----------------------------------	--

Tabelle 10: Auflistung des Kategoriensystems¹⁵¹

3.3.4 Kodierung

Um eine möglichst reliable und valide Erhebung vorzunehmen, ist es zunächst nötig, Kodierregeln aufzustellen. Anhand dieser Kodierregeln wird die Erhebung durchgeführt.

- 1) Die ausgewählten Artikel aller Zeitungen/Zeitschriften werden nach Äußerungen des Journalisten durchsucht. Hierbei ist es wichtig, darauf zu achten, dass diese auch in eine Kategorie einzuordnen sind. Äußerungen, die in keine Kategorie passen, werden für die Erhebung nicht berücksichtigt.
- 2) Als Äußerung gilt jegliche Bedeutung, Bewertung und Meinung eines Autors in Bezug auf die Kategorie. In den verschiedenen Sätzen ist es möglich, mehrere Äußerungen in verschiedene Kategorien einzuordnen. Hierbei wird für jede Kategorie eine Äußerung hinzugefügt.
- 3) Auch mehrere gleiche Äußerungen, die in eine Kategorie passen, sind möglich, daher werden sie jeweils als eigenständig angesehen und mehrfach in die Kategorie einsortiert.
- 4) Äußerungen in Form von Zitaten werden bei der Erhebung nicht berücksichtigt.
- 5) Ausnahmeregelungen finden hier keinerlei Anwendung, da keine Unterkategorien erfasst wurden und eine Dopplung von Aussagen somit nicht entstehen kann.

Als Kodierer wurde ausschließlich der Autor vorgesehen. Dies dient zwar nicht der Überprüfbarkeit der Ergebnisse, ist jedoch anhand der Artikelanzahl zu bemessen. Ferner wäre die Größenordnung dieser Arbeit in Gefahr und auch die zeitlichen Möglichkeiten spielten bei der Entscheidung eine Rolle.

¹⁵¹ Eigene Darstellung

3.3.5 Erhebung

Die Untersuchung konzentriert sich insbesondere auf wertende Aussagen der Autoren. Hier wird das geschriebene Wort als Meinung wahrgenommen. Die von den Journalisten verwendeten Zitate von Dritten werden in dieser Forschung nicht veranschaulicht, da dies in keinem realistischen Rahmen für diese Arbeit steht. (Es sei allerdings angemerkt, dass Zitate für eine weitere Analyse der Berichterstattung ein interessantes eigenständiges Untersuchungsthema ergeben würden.) Nach Abschluss der Analyse ergeben sich 1.722 Sätze und Wertungen, die in die verschiedenen Kategorien einsortiert werden. Hierbei fällt auf, dass Aussagen auf mehrere Explikationen zutreffen und daher auch doppelt gezählt werden. Es würde sich anbieten, die Kategorien in weitere Unterkategorien aufzuteilen, um eine spezifischere Untersuchung zu erhalten. Im Kontext dieser Arbeit ist dies jedoch nicht möglich. (Anmerkung: Auch hier gilt, dass die Untersuchung sicherlich noch weitere Forschungen ermöglichen kann.) Des Weiteren lässt sich durch die Kategorien nicht eindeutig darauf schließen, ob die Aussagen negativ oder positiv geäußert wurden. Hierfür findet sich im Anhang eine Auflistung aller Aussagen mit der jeweiligen Zuordnung. Es wird deutlich, dass anhand der ersten Zuordnung die jeweiligen Kategorien umformuliert und präziser dargestellt werden können, um ein noch genaueres Ergebnis zu erhalten. Hinsichtlich dieser Arbeit wäre der Aufwand jedoch zu groß; dennoch ist eine erste Einschätzung durchaus gegeben, um die einleitende Fragestellung beantworten zu können. Die Aussagen beider Zeiträume lassen sich auf die Kategorien wie folgt verteilen:

FAZ-Artikel							
(Aussagen insgesamt)							
Artikelnr.	Kategorien						
	1a	1b	1c	2	3	4	
1	2	1	0	18	3	22	46
2	5	0	0	2	0	0	7
3	4	2	0	10	16	2	34
4	8	3	11	10	11	22	65
5	0	0	0	12	0	3	15
6	30	8	0	5	6	22	71
7	6	5	1	14	0	10	36
8	1	0	0	3	1	0	5
9	5	6	0	12	8	5	36
10	21	0	0	10	3	0	34
11	9	2	0	19	0	0	30
12	6	0	0	3	5	35	49
13	2	0	0	28	0	0	30
14	5	0	2	15	1	3	26
15	16	1	14	7	2	0	40
Gesamt	120	28	28	168	56	124	524

Tabelle 11: Aussagen der Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung¹⁵²

Aus den 15 Artikeln der FAZ ergeben sich nach der ersten Untersuchung 524 Aussagen. Diese wurden in die verschiedenen Kategorien aufgeteilt. Hierbei stehen die buntgefärbten Zellen für die Kategorien. Anhand der Artikelnummer und der Kategorie lässt sich nun erschließen, welcher Artikel zu welcher Hypothese Stellung bezieht. Evident wird, dass die Kategorie der Staatsferne in den Artikeln der FAZ am häufigsten bewertet wurde. Dieser Kategorie folgen die Aufsichtsstruktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (120 Aussagen) und die Person Nikolaus Brender (124 Aussagen). Prozentual lassen sich die FAZ-Artikel so darstellen:

¹⁵² Eigene Darstellung

FAZ-Artikel						
	(Aussagen in %)					
Artikelnr.	Kategorien					
	1a	1b	1c	2	3	4
1	4,3%	2,2%	0,0%	39,1%	6,5%	47,8%
2	71,4%	0,0%	0,0%	28,6%	0,0%	0,0%
3	11,8%	5,9%	0,0%	29,4%	47,1%	5,9%
4	12,3%	4,6%	16,9%	15,4%	16,9%	33,8%
5	0,0%	0,0%	0,0%	80,0%	0,0%	20,0%
6	42,3%	11,3%	0,0%	7,0%	8,5%	31,0%
7	16,7%	13,9%	2,8%	38,9%	0,0%	27,8%
8	20,0%	0,0%	0,0%	60,0%	20,0%	0,0%
9	13,9%	16,7%	0,0%	33,3%	22,2%	13,9%
10	61,8%	0,0%	0,0%	29,4%	8,8%	0,0%
11	30,0%	6,7%	0,0%	63,3%	0,0%	0,0%
12	12,2%	0,0%	0,0%	6,1%	10,2%	71,4%
13	6,7%	0,0%	0,0%	93,3%	0,0%	0,0%
14	19,2%	0,0%	7,7%	57,7%	3,8%	11,5%
15	40,0%	2,5%	35,0%	17,5%	5,0%	0,0%
Gesamt	22,9%	5,3%	5,3%	32,1%	10,7%	23,7%

Tabelle 12: Prozentualer Anteil der Aussagen (Frankfurter Allgemeine Zeitung)¹⁵³¹⁵³ Eigene Darstellung

Die Süddeutsche Zeitung hebt in ihren Artikeln eher die Person Nikolaus Brender hervor. Es fällt sofort ein Artikel ins Auge, der mit 103 Aussagen die meisten besitzt. Dieser war „Der Maßstab Brender“, geschrieben von seinem Nachfolger Peter Frey.

Süddeutsche Artikel							
(Aussagen insgesamt)							
Artikelnr.	Kategorien						
	1a	1b	1c	2	3	4	
1	4	4	0	14	3	1	26
2	2	4	0	9	1	2	18
3	5	0	0	1	0	103	109
4	1	1	1	4	0	0	7
5	2	0	16	12	3	8	41
6	9	0	5	9	2	0	25
7	8	0	7	9	1	31	56
8	18	5	0	29	7	13	72
9	4	0	0	6	1	17	28
10	3	0	0	2	2	1	8
11	9	5	0	9	8	1	32
12	6	0	0	11	2	16	35
13	6	7	0	6	2	0	21
14	8	0	0	1	9	1	19
15	4	14	0	3	1	0	22
16	8	0	0	10	6	0	24
17	8	0	0	3	13	51	75
18	9	2	0	0	1	3	15
19	3	1	0	2	5	12	23
20	5	0	0	2	10	1	18
21	3	0	0	2	2	0	7
Gesamt	125	43	29	144	79	261	681

Tabelle 13: Aussagen der Artikel der Süddeutschen Zeitung¹⁵⁴

Angesichts von insgesamt 681 Aussagen wird ebenso deutlich, dass die Süddeutsche in ihren Artikeln stark die journalistische Meinung sowie Wertungen einfließen lässt. Jedoch kann dies auch in keiner Weise als Vergleich mit den anderen Artikeln gewertet werden, da die Anzahl der Artikel auch die des Spiegels und der FAZ übersteigt. Nur die Rheinpfalz hat einen Artikel mehr verfasst.

¹⁵⁴ Eigene Darstellung

Süddeutsche Artikel						
(Aussagen in %)						
ArtikelNr.	Kategorien					
	1a	1b	1c	2	3	4
1	15,4%	15,4%	0,0%	53,8%	11,5%	3,8%
2	11,1%	22,2%	0,0%	50,0%	5,6%	11,1%
3	4,6%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	94,5%
4	14,3%	14,3%	14,3%	57,1%	0,0%	0,0%
5	4,9%	0,0%	39,0%	29,3%	7,3%	19,5%
6	36,0%	0,0%	20,0%	36,0%	8,0%	0,0%
7	14,3%	0,0%	12,5%	16,1%	1,8%	55,4%
8	25,0%	6,9%	0,0%	40,3%	9,7%	18,1%
9	14,3%	0,0%	0,0%	21,4%	3,6%	60,7%
10	37,5%	0,0%	0,0%	25,0%	25,0%	12,5%
11	28,1%	15,6%	0,0%	28,1%	25,0%	3,1%
12	17,1%	0,0%	0,0%	31,4%	5,7%	45,7%
13	28,6%	33,3%	0,0%	28,6%	9,5%	0,0%
14	42,1%	0,0%	0,0%	5,3%	47,4%	5,3%
15	18,2%	63,6%	0,0%	13,6%	4,5%	0,0%
16	33,3%	0,0%	0,0%	41,7%	25,0%	0,0%
17	10,7%	0,0%	0,0%	4,0%	17,3%	68,0%
18	60,0%	13,3%	0,0%	0,0%	6,7%	20,0%
19	13,0%	4,3%	0,0%	8,7%	21,7%	52,2%
20	27,8%	0,0%	0,0%	11,1%	55,6%	5,6%
21	42,9%	0,0%	0,0%	28,6%	28,6%	0,0%
Gesamt	18,4%	6,3%	4,3%	21,1%	11,6%	38,3%

Tabelle 14: Prozentualer Anteil der Aussagen (Süddeutsche Zeitung)¹⁵⁵

Auch der prozentuale Anteil der Aussagen lässt bei den Artikeln der Süddeutschen Zeitung erkennen, dass die Journalisten gern die Personen und Gesellschaften beschreiben, sich jedoch nicht oft auf Änderungsvorschläge einlassen. Des Weiteren wird ersichtlich, dass lediglich vier Artikel nach dem Urteilsspruch verfasst wurden und die Aussagen die Kategorie der Änderungen in der Struktur betreffen.

¹⁵⁵ Eigene Darstellung

Spiegel Artikel							
(Aussagen insgesamt)							
Artikelnr.	Kategorien						
	1a	1b	1c	2	3	4	
1	1	0	0	0	1	10	12
2	16	0	0	14	9	15	54
3	4	0	0	1	5	0	10
4	21	1	0	7	0	22	51
5	14	1	0	30	0	2	47
6	6	0	0	19	0	3	28
7	1	0	0	1	4	0	6
8	0	0	0	1	0	4	5
9	2	1	0	1	0	0	4
10	2	0	0	6	1	0	9
11	0	0	0	0	0	2	2
Gesamt	67	3	0	80	20	58	228

Tabelle 15: Aussagen der Spiegel-Artikel¹⁵⁶

Spiegel Artikel							
(Aussagen in %)							
Artikelnr.	Kategorien						
	1a	1b	1c	2	3	4	
1	8,3%	0,0%	0,0%	0,0%	8,3%	83,3%	
2	29,6%	0,0%	0,0%	25,9%	16,7%	27,8%	
3	40,0%	0,0%	0,0%	10,0%	50,0%	0,0%	
4	41,2%	2,0%	0,0%	13,7%	0,0%	43,1%	
5	29,8%	2,1%	0,0%	63,8%	0,0%	4,3%	
6	21,4%	0,0%	0,0%	67,9%	0,0%	10,7%	
7	16,7%	0,0%	0,0%	16,7%	66,7%	0,0%	
8	0,0%	0,0%	0,0%	20,0%	0,0%	80,0%	
9	50,0%	25,0%	0,0%	25,0%	0,0%	0,0%	
10	22,2%	0,0%	0,0%	66,7%	11,1%	0,0%	
11	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%	
Gesamt	29,4%	1,3%	0,0%	35,1%	8,8%	25,4%	

Tabelle 16: Prozentualer Anteil der Aussagen (Der Spiegel)¹⁵⁷¹⁵⁶ Eigene Darstellung¹⁵⁷ Ebd.

Der Spiegel gilt, wie oben erwähnt, als Zeitschrift, die oft die Geschichten der Personen darstellt; auch bei der Auswertung lässt sich diese Art erkennen. So erzielen die Aussagen, welche die Kategorie Nikolaus Brender (25,4 %), die Staatsferne (35,1 %) und die Aufsichtsstruktur in den Rundfunkanstalten (29,4 %) betreffen, die höchsten Ergebnisse. Andererseits finden die Änderungsvorschläge (1,3 %) hier eher weniger Anwendung. Nach dem Urteilsspruch durch das Bundesverfassungsgericht gab es lediglich im Online-Dienst der Zeitschrift Artikel.

Für die Rheinpfalz ergeben sich folgende Erhebungen:

Reinpfalz Artikel						
(Aussagen insgesamt)						
Artikelnr.	Kategorien					
	1a	1b	1c	2	3	4
1	0	0	0	0	1	1
2	5	0	0	4	5	2
3	2	0	0	4	6	4
4	7	0	0	1	5	2
5	3	0	0	6	4	0
6	4	0	0	0	0	0
7	2	0	0	2	8	12
8	4	0	0	2	2	2
9	1	0	0	2	0	2
10	9	0	0	7	0	1
11	6	9	0	0	2	0
12	0	2	0	2	2	0
13	1	0	0	1	0	1
14	7	0	0	0	0	2
15	1	0	0	0	3	1
16	8	0	0	5	0	1
17	2	14	0	0	1	0
18	6	2	0	3	1	7
19	1	4	0	2	1	0
20	6	0	0	7	5	2
21	6	0	14	14	2	2
22	3	0	0	7	0	1
Gesamt	84	31	14	69	48	43

Tabelle 17: Aussagen der Rheinpfalz-Artikel¹⁵⁸

¹⁵⁸ Eigene Darstellung

Die Rheinpfalz veröffentlichte zwar die meisten Artikel, hat jedoch die geringste Anzahl an Aussagen in den Artikeln. Dies lässt sich auf die Größe der Artikel sowie die Objektivität der Wortwahl zurückzuführen. Zwar wurden auch hier größtenteils Aussagen zu der Aufsichtsstruktur der Rundfunkanstalten (84) und der Staatsferne (69) getroffen, jedoch stehen diese im Zusammenhang zu der Anzahl der Artikel in keinem großen Verhältnis.

Reinpfalz Artikel						
(Aussagen in %)						
ArtikelNr.	Kategorien					
	1a	1b	1c	2	3	4
1	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	50,0%	50,0%
2	31,3%	0,0%	0,0%	25,0%	31,3%	12,5%
3	12,5%	0,0%	0,0%	25,0%	37,5%	25,0%
4	46,7%	0,0%	0,0%	6,7%	33,3%	13,3%
5	23,1%	0,0%	0,0%	46,2%	30,8%	0,0%
6	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
7	8,3%	0,0%	0,0%	8,3%	33,3%	50,0%
8	40,0%	0,0%	0,0%	20,0%	20,0%	20,0%
9	20,0%	0,0%	0,0%	40,0%	0,0%	40,0%
10	52,9%	0,0%	0,0%	41,2%	0,0%	5,9%
11	35,3%	52,9%	0,0%	0,0%	11,8%	0,0%
12	0,0%	33,3%	0,0%	33,3%	33,3%	0,0%
13	33,3%	0,0%	0,0%	33,3%	0,0%	33,3%
14	77,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	22,2%
15	20,0%	0,0%	0,0%	0,0%	60,0%	20,0%
16	57,1%	0,0%	0,0%	35,7%	0,0%	7,1%
17	11,8%	82,4%	0,0%	0,0%	5,9%	0,0%
18	31,6%	10,5%	0,0%	15,8%	5,3%	36,8%
19	12,5%	50,0%	0,0%	25,0%	12,5%	0,0%
20	30,0%	0,0%	0,0%	35,0%	25,0%	10,0%
21	15,8%	0,0%	36,8%	36,8%	5,3%	5,3%
22	27,3%	0,0%	0,0%	63,6%	0,0%	9,1%
Gesamt	29,1%	10,7%	4,8%	23,9%	16,6%	14,9%

Tabelle 18: Prozentualer Anteil der Aussagen (Die Rheinpfalz)¹⁵⁹

¹⁵⁹ Eigene Darstellung

Im folgenden Kapitel werden die erhobenen Aussagen von Journalisten dem jeweiligen Zeitraum zugeordnet. Ferner findet eine von der Verfasserin geäußerte Bewertung dieser Anwendung statt.

3.3.6 Bewertung der Untersuchung: Zeitraum 1

Vereinzelte Titel haben eine auffallende Sonderrolle bei der Berichterstattung. Hierunter fallen zum Beispiel das Interview im Spiegel mit Brender und das in der FAZ erschienene Interview mit Roland Koch.¹⁶⁰ Diese finden jedoch bei dieser Forschung keinerlei Berücksichtigung.¹⁶¹ Des Weiteren fällt auf, dass viele der analysierten Artikel Gastkommentare und Interviews waren.

Der Zeitraum für die hier folgende Analyse erstreckt sich vom 1. Februar 2009 bis Ende April 2010.

„Kein Mitglied des Verwaltungsrates, kein Christdemokrat in diesem Gremium, will diese Grundstruktur verändern. Es kann und wird nicht um parteipolitische Fragen gehen. Es geht um eine positive Entwicklung des ZDF.“¹⁶² Die Aussage von Roland Koch lässt jedoch in den weiteren Artikeln der FAZ erkennen, dass es doch auch um parteipolitische Fragen geht. Hierbei wird der betroffene Journalist Nikolaus Brender in seinen Charaktereigenschaften oft als renommierter und angesehener Chefredakteur bewertet. Es steht nun die Frage im Raum, welche Aussagen von Journalisten die Kritik des Herrn Koch unterstützen. Interessant ist hierbei, dass zwar viele der Journalisten die negativen Charaktereigenschaften des Nikolaus Brender beschreiben, wie z. B., dass er ein Choleriker sei oder sogar streitsüchtig, jedoch kein Autor sich gegen den ehemaligen Chefredakteur des ZDF stellt. Alle beurteilen seine Arbeit als Erfolg für die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt. Die vierte Hypothese lässt sich also wie folgt beantworten: Zwar umschreiben die Journalisten die Person Nikolaus Brender als einen nicht einfachen Chefredakteur, der nur allzu gern provoziert, jedoch werden ihm keinerlei Fehler von den Journalisten und Medien unterstellt. Alle sehen ihn als Betroffenen einer parteipolitischen Machtdemonstration, bei der er immer den Kürzeren ziehen würde.

¹⁶⁰ Anmerkung: Stefan Niggemeier hier als Autor

¹⁶¹ Anmerkung: Für das Thema im Allgemeinen sind diese für das Verständnis jedoch interessant.

¹⁶² Zitat: FAZ (Hrsg.), 2015, (FAZ4)

Interessant ist auch, dass die Medien zwar den intervenierenden ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten in jedem Artikel erwähnen, jedoch beziehen sich die meisten auf dieselbe Aussage, dass „die der Union angehörenden nahestehenden Mitglieder im Verwaltungsrat unter der Führung von Roland Koch und Edmund Stoiber nicht bereit sind, ihn wiederzuwählen“¹⁶³. Ferner wird er auch nicht oft kritisch in seiner Person dargestellt, sondern öfters nur seine Arbeit und die Vorgehensweise. Doch einzelne Aussagen wie „Ministerpräsident Koch führt – unterfüttert mit fadenscheinigen Argumenten – einen Feldzug gegen den Chefredakteur des ZDF“¹⁶⁴ und „die brutalstmögliche Entmachtung des Chefredakteurs durch den hessischen Ministerpräsidenten“ lassen einen faden Beigeschmack gegenüber Roland Koch entstehen. Die dritte Hypothese wird somit zwar bejaht und in ihrem Grundgedanken auch unterstützt, jedoch fällt das Urteil der Journalisten eher objektiv kritisch aus.

Wie man an der Anzahl der gesamten Aussagen erkennen kann, lassen sich die Journalisten gern zu Äußerungen gegen die fehlende Staatsferne hinreißen (461 Aussagen). Hierbei ist vor allem die FAZ Spitzenreiter. Viele stellen die Rundfunkurteile und die Staatsferne infrage. Äußerungen wie „Der Journalismus wird zum Beute- und Kompromissobjekt politischer Parteien, in einer völlig neuartigen Weise“¹⁶⁵ oder „Die Rundfunkfreiheit erlebt ihren Showdown“¹⁶⁶ kommen nicht selten vor. Klar wird, egal ob Fernsehen oder Zeitung, egal ob privat oder öffentlich-rechtlich, die Causa Nikolaus Brender wurde zu einer Grundsatzfrage aller Journalisten und deren Freiheiten. Die zweite Hypothese kann daher mit einem entschiedenen „Ja“ beantwortet werden. Die Medien kritisieren nicht nur die Politiker im Allgemeinen, sondern auch die staatliche Einflussnahme auf ihren Berufszweig.

Nur allzu oft werden in den untersuchten Medien die Aufsichtsgremien des ZDF zum Thema. Hierbei lassen sich jedoch nur wenige auf eine klare Meinung ein. Bei den meisten Artikeln werden bis zuletzt nur objektive Beobachtungen geäußert. Der Spiegel hat jedoch den einen oder anderen Hieb gegen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten parat, „dass da ein Sender im Würgegriff der Politik zu ersticken droht: Egal. Egal. Egal“¹⁶⁷. Oder: „Im Hinterzimmer soll dann ein Chefredakteurnachfolger für Brender ausgekungelt werden.“¹⁶⁸ Zwar entstehen diese sarkastischen Äußerungen

¹⁶³ Zitat: FAZ (Hrsg.), 2015, (FAZ6)

¹⁶⁴ Zitat: FAZ (Hrsg.), 2015, (FAZ7)

¹⁶⁵ Zitat: FAZ (Hrsg.), 2015, (FAZ8)

¹⁶⁶ Zitat: DER SPIEGEL (Hrsg.), 2015, (SpiegelZeitschrift1)

¹⁶⁷ Zitat: DER SPIEGEL (Hrsg.), 2015, (SpiegelZeitschrift2)

¹⁶⁸ Zitat: DER SPIEGEL (Hrsg.), 2015, (SpiegelZeitschrift3)

immer im Zusammenhang mit den einflussnehmenden Politikern, jedoch lassen die Autoren das ZDF oftmals als naiv erscheinen. Die erste Hypothese wird durch die Äußerungen mit „Ja“ beantwortet. Die Journalisten kritisieren grundsätzlich die eingeschränkte Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt und deren Zusammensetzung in den Gremien.

3.3.7 Bewertung der Untersuchung: Zeitraum 2

Die neun Artikel der vier Anbieter lassen sich schnell zusammenfassen. Lediglich Der Spiegel hatte in seiner Zeitschrift keinen Bericht über das Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts veröffentlicht. Grundsätzlich nehmen alle Journalisten wieder die Vergangenheit auf und äußern sich zu Beginn ihrer Artikel über den Sachverhalt. Hier sind fast keinerlei Äußerungen zu Nikolaus Brender und Roland Koch mehr zu bewerten. Jedoch nehmen viele die Aussage „ein Treffen mit einem, der gerade den Rundfunk verändert hat“¹⁶⁹ auf und geben diese mit unterschiedlicher Wortwahl wieder. Hierbei geht keiner der Journalisten auf kritische Charaktereigenschaften mehr ein, sondern unterstützt die Haltung von Brender und seine Motive. Lediglich ein paar nutzen nochmals die Möglichkeit, um die Politiker und ihre Einflussnahme zu kritisieren. Darüber hinaus behandeln alle Artikel die Änderungen der Kontrollgremien. „Der Spruch aus Karlsruhe ist ein Auftrag zur Selbstentmachtung“¹⁷⁰ oder „Ironie der Geschichte: Das System hat seine Abschaffung selbst befördert“¹⁷¹, in dieser Art lauten viele der Aussagen. Die Journalisten lassen erkennen, wie sehr sie sich über diese Entscheidung freuen, da diese für jeden Einzelnen etwas Positives ist und die Arbeit als Journalist gegenüber politischer Einflussnahme schützen soll.

¹⁶⁹ Zitat: *SÜDDEUTSCHE ZEITUNG* (Hrsg.), 2015, (SüddeutscheZeitung1)

¹⁷⁰ Zitat: *SÜDDEUTSCHE ZEITUNG* (Hrsg.), 2015, (SüddeutscheZeitung2)

¹⁷¹ Zitat: *SÜDDEUTSCHE ZEITUNG* (Hrsg.), 2015, (SüddeutscheZeitung3)

4 Fazit

„Die Politik sägt hier nicht nur am Stuhl des Chefredakteurs, sie legt eine Sprengladung an einen Grundpfeiler des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an die Unabhängigkeit.“¹⁷² Trotz der Intensität und der Bedeutung in der Berichterstattung war eines nicht zu verhindern: Nikolaus Brender musste seinen Platz als Chefredakteur beim ZDF räumen. Die allgemeine Einmütigkeit zeigt unweigerlich auf, dass Roland Koch in vielen Artikeln als Strippenzieher galt und die Selbstverteidigung des Systems und der einzelnen Journalisten größer zu bewerten ist als die politischen Färbungen und deren Beeinflussung.

Es ist bemerkenswert, wie sich die Ergebnisse in der Beantwortung der Hypothesen ähneln. So stand zu Beginn der Arbeit die Frage im Raum, ob Journalisten, die einer privaten Zeitung angehören, ihre Chancen nutzen und die öffentlich-rechtlichen, allen voran Nikolaus Brender, kritisieren. Letztlich ist festzuhalten, dass keinerlei Konkurrenzdenken die Berichterstattung beeinflusst hat und alle Autoren sich für die Unabhängigkeit gegenüber Politikern aussprechen. Des Weiteren war es interessant, zu erkennen, dass viele der Journalisten die Person Nikolaus Brender und seine Arbeit würdigen und loben. Hierbei ist anzumerken, welche Loyalität gegenüber dem Beruf entsteht, auch wenn viele der Journalisten mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung agieren. Zu Beginn der Arbeit war der Autorin nicht klar, welche Komplexität eine Inhaltsanalyse mit sich bringt. Zwar mussten hierfür vielerlei Kompromisse eingegangen werden, um den Rahmen einer Bachelorthesis realistisch zu gestalten, dennoch ist das Ziel, eine wissenschaftliche Forschung zu erarbeiten, so gut es ging verfolgt worden. Leider ist es nicht zu vermeiden, Grenzen zu ziehen; das ist auch in dieser Arbeit geschehen.

In vielerlei Hinsicht wären weitere Analysen zu diesem Thema interessant. So fiel auf, welche Bedeutung auch Kurt Beck in der Berichterstattung einnimmt. Darüber hinaus wäre eine weitere Hypothese zu Markus Schächter, dem Intendanten des ZDF, interessant gewesen. Ferner liegt es nahe, diese Arbeit zu erweitern und die Veränderungen durch das Rundfunkurteil Ende Juni 2014 zu untersuchen.

Sicherlich ist eine präzisere Methodik, die hier in dieser Art von der Verfasserin erstmalig durchgeführt wurde, auch mit viel Übung verbunden. Auch hier bietet es sich an, den Umfang einer Inhaltsanalyse richtig einzuschätzen, um größtmöglichen Nutzen

¹⁷² Zitat: *DER SPIEGEL* (Hrsg.), 2015, (SpiegelZeitschrift4)

und Erkenntnisse daraus zu ziehen. Letztendlich lässt sich sagen, dass die Durcharbeitung der Berichterstattung für eine angehende Journalistin ein interessantes Thema war, das zuletzt auch durch die Arbeit und Haltung von Nikolaus Brender geprägt wurde. „Ich taue nicht zur Ikone, zumal für die Unabhängigkeit des Senders viele streiten, jeden Tag aufs Neue.“¹⁷³ Dem lässt sich abschließend entgegen, dass die Autorin ihn in diesem Zusammenhang sehr wohl als Ikone ansieht.

¹⁷³ Zitat: *DER SPIEGEL* (Hrsg.), 2015, (SpiegelZeitschrift5)

Literaturverzeichnis

Bücher:

Dussel, K. (2010). *Deutsche Rundfunkgeschichte*. 3., überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Lucht, J. (2006). *Der öffentlich-rechtliche Rundfunk: ein Auslaufmodell? Grundlagen-Analysen-Perspektiven*. 1., Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften GWV Fachverlag GmbH.

Mayring, P. (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 11., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Meyn, H. & Tonnemacher, J. (2012). *Massenmedien in Deutschland*. 4., überarbeitete Neuauflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Nehls, S. (2009). *Mitbestimmte Medienpolitik. Gewerkschaften, Gremien und Governance in Hörfunk und Fernsehen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften GWV Fachverlag GmbH.

Puppis, M. (2007). *Einführung in die Medienpolitik*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Rittershofer, C. (2007). *Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft: 3600 aktuelle Begriffe von Abberufung bis Zwölfmeilenzone*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG.

Schrag, W. (2007). *Medienlandschaft Deutschland*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Internetadressen:

Archive.org. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *ZDF das Unternehmen. Nikolaus Brender*. URL: <https://web.archive.org/web/20100205060752/http://www.unternehmen.zdf.de/index.php?id=111>. (Archive1).

Deutsche Welle (Hrsg.). (2015, 08. Januar). *Der große Freibrief – Magna Carta vom 15. Juni 1215*. URL: <http://www.dw.de/der-gro%C3%9Fe-freibrief-magna-carta-vom-15-juni-1215/a-3858129>

Deutsches Rundfunk Archiv (2015, 07. Januar). *75 Jahre Radio in Deutschland*. URL: <http://www.dra.de/rundfunkgeschichte/75jahreradio/chronik/index.html>.

Die Rheinpfalz. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Impressum*. URL: <http://www.rheinpfalz.de/impressum/>. (Rheinpfalz1).

DWDL. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Print-Auflagen: „Bild“-Familie führt Verlierer-Liste an*. URL: http://www.dwdl.de/zahlenzentrale/48143/printauflagen_bildfamilie_fuehrt_verliererliste_an/. (DWDL1)

FAZ. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Im Gespräch: Roland Koch. Was haben Sie gegen Nikolaus Brender?*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-roland-koch-was-haben-sie-gegen-nikolaus-brender-1769495.html>. (FAZ1).

FAZ. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Im Gespräch: Roland Koch. Was haben Sie gegen Nikolaus Brender?*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-roland-koch-was-haben-sie-gegen-nikolaus-brender-1769495.html>. (FAZ2).

FAZ. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Im Gespräch: Roland Koch. Was haben Sie gegen Nikolaus Brender?*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-roland-koch-was-haben-sie-gegen-nikolaus-brender-1769495.html>. (FAZ3).

FAZ. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Im Gespräch: Roland Koch. Was haben Sie gegen Nikolaus Brender?*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-roland-koch-was-haben-sie-gegen-nikolaus-brender-1769495.html>. (FAZ4).

FAZ. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Offener Brief zur Brender-Debatte. Staatsrechtler: „Prüfstein für die Rundfunkfreiheit“*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/offener-brief-zur-brender-debatte-staatsrechtler-pruefstein-fuer-die-rundfunkfreiheit-1886805.html>. (FAZ5).

FAZ. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Der Fall Brender. Angriff auf das ZDF*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/der-fall-brender-angriff-auf-das-zdf-1919746.html>. (FAZ6).

FAZ. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Fall Brender. Der Intendant muss klagen*. URL: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/fall-brender-der-intendant-muss-klagen-1832098.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2. (FAZ7).

FAZ. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Protest für Staatsrechtler. Für die Rundfunkfreiheit*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/protest-der-staatsrechtler-fuer-die-rundfunkfreiheit-1577046.html>. (FAZ8).

Fernsehmuseum. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Geschichte des Rundfunks*. URL: <http://www.fernsehmuseum.info/geschichte-des-rundfunks.html>.

Frankfurter Rundschau. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Bildquelle*. URL: http://www.fr-online.de/image/view/3146892,2265026,highRes,Nikolaus+Brender+%2528media_654944%2529.jpg.

Gabler Wirtschaftslexikon. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Rundfunkstaatsverträge*. URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/rundfunkstaatsvertraege.html>.

Grundversorgung 2.0. (Hrsg.). (2015, 08. Januar). *Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts*. URL: <http://digitale-grundversorgung.de/bverg-rundfunkurteile/>.

HNA. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Über uns*. URL: <http://www.hna.de/ueber-uns/>.

IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.). (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Süddeutsche Zeitung (Mo-Sa). Titelanzeige*. URL: <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/1221>. (IVW1).

IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.). (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Frankfurter Allgemeine (Mo-Sa). Titelanzeige*. URL: <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/1056>. (IVW2).

IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.). (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *HNA Gesamtausgabe (Mo-Sa). Titelanzeige*. URL: <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/1914>. (IVW3).

IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.). (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Die Rheinpfalz Gesamt (Mo-Sa). Titelanzeige*. URL: <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/7590>. (IVW4).

Spiegel Online. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Brender-Nachfolge: ZDF-Aufseher wählen Frey zum Chefredakteur*. URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/brender-nachfolge-zdf-aufseher-waehlen-frey-zum-chefredakteur-a-666450.html>. (Spiegel3).

Spiegel Online. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *Streit um Politiker-Einfluss: Beck klagt gegen ZDF-Rundfunkstaatsvertrag*. URL: <http://www.spiegel.de/kultur/tv/streit-um-politiker-einfluss-beck-klagt-gegen-zdf-rundfunkstaatsvertrag-a-732011.html>. (Spiegel2).

Spiegel Online. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *ZDF-Brief im Wortlaut: „Gefährliche Einmischung der politischen Parteien*. URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/zdf-brief-im-wortlaut-gefaehrliche-einmischung-der-politischen-parteien-a-609133.html>. (Spiegel1).

Süddeutsche Zeitung. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Nikolaus Brender und das ZDF. Vergnügt im Triumph*. URL: <http://www.sueddeutsche.de/medien/nikolaus-brender-und-das-zdf-vergnuegt-im-triumph-1.1924421>. (SüddeutscheZeitung1).

Süddeutsche Zeitung. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Nikolaus Brender und das ZDF. Vergnügt im Triumph*. URL: <http://www.sueddeutsche.de/medien/nikolaus-brender-und-das-zdf-vergnuegt-im-triumph-1.1924421>. (SüddeutscheZeitung2).

Süddeutsche Zeitung. (Hrsg.). (2015, 11. Januar). *Nikolaus Brender und das ZDF. Vergnügt im Triumph*. URL: <http://www.sueddeutsche.de/medien/nikolaus-brender-und-das-zdf-vergnuegt-im-triumph-1.1924421>. (SüddeutscheZeitung3).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Der Intendant Dr. Thomas Bellut*. URL: <http://www.zdf.de/zdf-intendant-thomas-bellut-25145140.html>. (ZDF4).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Der ZDF-Verwaltungsrat*. URL: <http://www.zdf.de/zdf-verwaltungsrat-25164764.html>. (ZDF9).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Der ZDF-Verwaltungsrat*. URL: <http://www.zdf.de/zdf-verwaltungsrat-25164764.html>. (ZDF10).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Der ZDF-Verwaltungsrat*. URL: <http://www.zdf.de/zdf-verwaltungsrat-25164764.html>. (ZDF11).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Die Arbeit des Fernsehrates. Organisation, Aufgaben, Geschäftsstelle, Rechtsgrundlagen*. URL: <http://www.zdf.de/zdf-fernsehrat-arbeit-25138500.html>. (ZDF6).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Die Ausschüsse des ZDF-Fernsehates*. URL: <http://www.zdf.de/zdf-fernsehrat-ausschuesse-25141634.html>. (ZDF7).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Die Ausschüsse des ZDF-Fernsehates*. URL: <http://www.zdf.de/zdf-fernsehrat-ausschuesse-25141634.html>. (ZDF8).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Die ZDF-Familie*. URL: <http://www.zdf.de/programme-und-partnerprogramme-der-zdf-familie-25584854.html>. (ZDF3).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Fragen und Antworten zum ZDF*. URL: <http://www.zdf.de/fragen-und-antworten-zum-zdf-zuschauerfragen-27882516.html>. (ZDF2).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Geschichte des ZDF*. URL: <http://www.zdf.de/geschichte-des-zdf-26199326.html>. (ZDF1).

ZDF. (Hrsg.). (2015, 09. Januar). *Geschichte des ZDF*. URL: <http://www.zdf.de/geschichte-des-zdf-26199326.html>. (ZDF5).

Zeitschriften:

Der Spiegel. (Hrsg.). (08/2010). „*Das ZDF ist beschädigt*“. Markus Brauck et al. (Autor). (SpiegelZeitschrift5).

Der Spiegel. (Hrsg.). (48/2009). *Raus da!*. Markus Brauck et al. (Autor). (SpiegelZeitschrift1).

Der Spiegel. (Hrsg.). (48/2009). *Raus da!*. Markus Brauck et al. (Autor). (SpiegelZeitschrift2).

Der Spiegel. (Hrsg.). (48/2009). *Raus da!*. Markus Brauck et al. (Autor). (SpiegelZeitschrift3).

Der Spiegel. (Hrsg.). (48/2009). *Raus da!*. Markus Brauck et al. (Autor). (SpiegelZeitschrift4).

Videos:

YouTube. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *ZDF-Intendant Markus Schächter über die Entlassung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender*. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Q0sH95XHhrU>. (YouTube1).

YouTube. (Hrsg.). (2015, 10. Januar). *ZDF-Intendant Markus Schächter über die Entlassung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender*. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Q0sH95XHhrU>. (YouTube2).

Anlagen

Anlage 1: ZDF-Staatsvertrag

Anlage 2: URL der FAZ-Artikel

Anlage 3: URL der SZ-Artikel

Anlage 1:

**ZDF-Staatsvertrag vom 31. August 1991,
in der Fassung des Zwölften Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher
Staatsverträge
(Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
in Kraft seit 1. Juni 2009**

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt. Trägerschaft Programme

§ 1 Trägerschaft, Name, Sitz§ 2 Fernsehvollprogramm "Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)"§ 3 Programmerstellung, Verwertung§ 4 (aufgehoben)

Zweiter Abschnitt. Vorschriften für das Fernsehvollprogramm "Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)"

§ 5 Gestaltung der Sendungen§ 6 Berichterstattung§ 7 Kurzberichterstattung§ 8 Unzulässige Sendungen, Jugendschutz§ 9 Gegendarstellung§ 10 Verlautbarungsrecht§ 11 Anspruch auf Sendezeit§ 12 Verantwortung§ 13 Auskunftspflicht§ 14 Beweissicherung§ 15 Eingaben, Beschwerden

Dritter Abschnitt. Datenschutz

§ 16 Geltung von Datenschutzvorschriften§ 17 Datenverarbeitung für journalistisch-redaktionelle Zwecke§ 18 Datenschutzbeauftragter

Vierter Abschnitt. Organisation, Finanzierung, Haushalt

§ 19 Organe§ 20 Aufgaben des Fernsehrates§ 21 Zusammensetzung des Fernsehrates§ 22 Verfahren des Fernsehrates§ 23 Aufgaben des Verwaltungsrates§ 24 Zusammensetzung des Verwaltungsrates§ 25 Verfahren des Verwaltungsrates§ 26 Wahl und Amtszeit des Intendanten§ 27 Der Intendant§ 28 Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte des Intendanten§ 29 Finanzierung§ 30 Haushaltswirtschaft§ 30 a Jahresabschluss und Lagebericht

§ 31 Rechtsaufsicht§ 32 Unzulässigkeit eines Insolvenzverfahrens

Fünfter Abschnitt. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 33 Kündigung

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein- Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Erster Abschnitt. Trägerschaft, Programme**§ 1 Trägerschaft, Name, Sitz**

(1) Die Länder sind Träger der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen "Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)". Das ZDF veranstaltet Fernsehen nach Maßgabe dieses Staatsvertrages und des Rundfunkstaatsvertrages.

(2) Bestand und Entwicklung des ZDF werden gewährleistet. Dazu gehört seine Teilhabe an den neuen technischen Möglichkeiten in der Herstellung und zur Verbreitung sowie die Möglichkeit der Veranstaltung neuer Formen von Fernsehen. Die finanziellen Grundlagen des ZDF sind zu sichern.

(3) Das ZDF hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der nachfolgenden Bestimmungen.

(4) Das ZDF hat seinen Sitz in Mainz. Es unterhält in jedem Land ein Landessstudio.

§ 2 Fernsehvollprogramm "Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)"

(1) Das ZDF veranstaltet Fernsehprogramme nach Maßgabe dieses Staatsvertrages und des Rundfunkstaatsvertrages.

(2) Das ZDF veranstaltet das Fernsehvollprogramm "Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)".

(3) Vor Veränderung des Programmschemas im Fernsehvollprogramm soll der Intendant auf ein Einvernehmen mit den für das Erste Fernsehprogramm der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) Verantwortlichen hinwirken; dabei ist auf die Nachrichtensendun-

gen besondere Rücksicht zu nehmen.

§ 3 Programmerstellung, Verwertung

Das ZDF kann in Erfüllung seiner Aufgaben zum Erwerb, zur Herstellung und zur wirtschaftlichen Verwertung von Fernsehproduktionen und der damit zusammenhängenden Rechte mit Dritten zusammenarbeiten. Es kann sich zu diesem Zweck an Unternehmen beteiligen. Es darf jedoch Fernsehproduktionen nicht in erster Linie zum Zwecke der wirtschaftlichen Verwertung erwerben, herstellen oder herstellen lassen. Die Produktionen sollen möglichst angemessen auf Produktionsstandorte in den Ländern verteilt werden.

§ 4 (aufgehoben)

Zweiter Abschnitt. Vorschriften für das Fernsehvollprogramm "Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)"

§ 5 Gestaltung der Sendungen

(1) In den Sendungen des ZDF soll den Fernsehteilnehmern in Deutschland ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit vermittelt werden. Die Sendungen sollen eine freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung fördern.

(2) Das Geschehen in den einzelnen Ländern und die kulturelle Vielfalt Deutschlands sind angemessen im Programm darzustellen.

(3) Das ZDF hat in seinen Sendungen die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Es soll dazu beitragen, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinung anderer zu stärken. Die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten. Die Sendungen sollen dabei vor allem die Zusammengehörigkeit im vereinten Deutschland fördern sowie der gesellschaftlichen Integration in Frieden und Freiheit und der Verständigung unter den Völkern dienen und auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinwirken.

§ 6 Berichterstattung

(1) Die Berichterstattung soll umfassend, wahrheitsgetreu und sachlich sein. Herkunft und Inhalt der zur Veröffentlichung bestimmten Berichte sind sorgfältig zu prüfen.

(2) Nachrichten und Kommentare sind zu trennen; Kommentare sind als persönliche Stellungnahme zu kennzeichnen.

§ 7 Kurzberichterstattung

(1) Das Recht auf unentgeltliche Kurzberichterstattung über Veranstaltungen und Ereignisse, die öffentlich zugänglich und von allgemeinem Informationsinteresse sind, steht jedem in Europa zugelassenen Fernsehveranstalter zu eigenen Sendezwecken zu. Dieses Recht schließt die Befugnis zum Zugang, zur kurzzeitigen Direktübertragung, zur Aufzeichnung, zu deren Auswertung zu einem einzigen Beitrag und zur Weitergabe unter den Voraussetzungen der Absätze 2 bis 12 ein.

(2) Anderweitige gesetzliche Bestimmungen, insbesondere solche des Urheberrechts und des Persönlichkeitsschutzes, bleiben unberührt.

(3) Auf die Kirchen und auf andere Religionsgemeinschaften sowie deren Einrichtungen mit entsprechender Aufgabenstellung findet Absatz 1 keine Anwendung.

(4) Die unentgeltliche Kurzberichterstattung ist auf eine dem Anlass entsprechende nachrichtenmäßige Kurzberichterstattung beschränkt. Die zulässige Dauer bemisst sich nach der Länge der Zeit, die notwendig ist, um den nachrichtenmäßigen Informationsgehalt der Veranstaltung oder des Ereignisses zu vermitteln. Bei kurzfristig und regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen vergleichbarer Art beträgt die Obergrenze der Dauer in der Regel eineinhalb Minuten. Werden Kurzberichte über Veranstaltungen vergleichbarer Art zusammengefasst, muss auch in dieser Zusammenfassung der nachrichtenmäßige Charakter gewahrt bleiben.

(5) Das Recht auf Kurzberichterstattung muss so ausgeübt werden, dass vermeidbare Störungen der Veranstaltung oder des Ereignisses unterbleiben. Der Veranstalter kann die Übertragung oder die Aufzeichnung einschränken oder ausschließen, wenn anzunehmen ist, dass sonst die Durchführung der Veranstaltung in Frage gestellt oder das sittliche Empfinden der Veranstaltungsteilnehmer gröblich verletzt würden. Das Recht auf Kurzberichterstattung ist ausgeschlossen, wenn Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entgegenstehen und diese das öffentliche Interesse an der Information überwiegen. Unberührt bleibt im Übrigen das Recht des Veranstalters, die Übertragung oder die Aufzeichnung der Veranstaltung insgesamt auszuschließen.

(6) Für die Ausübung des Rechts auf Kurzberichterstattung kann der Veranstalter das allgemein vorgesehene Eintrittsgeld verlangen; im Übrigen ist ihm Ersatz seiner notwendigen Aufwendungen zu leisten, die durch die Ausübung des Rechts entstehen.

(7) Für die Ausübung des Rechts auf Kurzberichterstattung über berufsmäßig durchgeführte Veranstaltungen kann der Veranstalter ein dem Charakter der Kurzberichterstattung entsprechendes billiges Entgelt verlangen. Wird über die Höhe des Entgelts keine Einigkeit erzielt, soll ein schiedsrichterliches Verfahren nach §§ 1025 ff. der Zivilprozessordnung vereinbart werden. Das Fehlen einer Vereinbarung über die Höhe des Entgelts oder über die Durchführung eines schiedsrichterlichen Verfahrens steht der Ausübung des Rechts auf Kurzberichterstattung nicht entgegen; dasselbe gilt für einen bereits anhängigen Rechtsstreit über die Höhe des Entgelts.

(8) Die Ausübung des Rechts auf Kurzberichterstattung setzt eine Anmeldung des Fernsehveranstalters bis spätestens zehn Tage vor Beginn der Veranstaltung beim Veranstalter voraus. Dieser hat spätestens fünf Tage vor dem Beginn der Veranstaltung den anmeldenden Fernsehveranstaltern mitzuteilen, ob genügend räumliche und technische Möglichkeiten für eine Übertragung oder Aufzeichnung bestehen. Bei kurzfristigen Veranstaltungen und bei Ereignissen haben die Anmeldungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erfolgen.

(9) Reichen die räumlichen und technischen Gegebenheiten für eine Berücksichtigung aller Anmeldungen nicht aus, haben zunächst die Fernsehveranstalter Vorrang, die vertragliche Vereinbarungen mit dem Veranstalter oder dem Träger des Ereignisses geschlossen haben. Darüber hinaus steht dem Veranstalter oder dem Träger des Ereignisses ein Auswahlrecht zu. Dabei sind zunächst solche Fernsehveranstalter zu berücksichtigen, die eine umfassende Versorgung des Landes sicherstellen, in dem die Veranstaltung oder das Ereignis stattfindet.

(10) Fernsehveranstalter, die die Kurzberichterstattung wahrnehmen, sind verpflichtet, das Signal und die Aufzeichnung unmittelbar denjenigen Fernsehveranstaltern gegen Ersatz der angemessenen Aufwendungen zur Verfügung zu stellen, die nicht zugelas-

sen werden konnten.

(11) Trifft der Veranstalter oder der Träger eines Ereignisses eine vertragliche Vereinbarung mit einem Fernsehveranstalter über eine Berichterstattung, hat er dafür Sorge zu tragen, dass mindestens ein anderer Fernsehveranstalter eine Kurzberichterstattung wahrnehmen kann.

(12) Die für die Kurzberichterstattung nicht verwendeten Teile sind spätestens drei Monate nach Beendigung der Veranstaltung oder des Ereignisses zu vernichten; die Vernichtung ist dem betreffenden Veranstalter oder Träger des Ereignisses schriftlich mitzuteilen. Die Frist wird durch die Ausübung berechtigter Interessen Dritter unterbrochen.

§ 8 Unzulässige Sendungen, Jugendschutz

Die für das ZDF geltenden Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages finden Anwendung.

§ 9 Gegendarstellung

(1) Das ZDF ist verpflichtet, durch Fernsehen die Gegendarstellung der Person oder Stelle zu verbreiten, die durch eine vom ZDF in einer Sendung verbreitete Tatsachenbehauptung betroffen ist.

(2) Die Pflicht zur Verbreitung der Gegendarstellung besteht nicht, wenn

1. der Betroffene kein berechtigtes Interesse an der Verbreitung hat oder
2. die Gegendarstellung ihrem Umfang nach nicht angemessen ist, insbesondere den Umfang des beanstandeten Teils der Sendung wesentlich überschreitet.

(3) Die Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf keinen strafbaren Inhalt haben. Sie bedarf der Schriftform und muss von dem Betroffenen oder seinem gesetzlichen Vertreter unterzeichnet sein. Der Betroffene oder sein Vertreter kann die Verbreitung nur verlangen, wenn die Gegendarstellung unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten, dem ZDF zugeht. Die Gegendarstellung muss die beanstandete Sendung und die Tatsachenbehauptung bezeichnen.

(4) Die Gegendarstellung muss unverzüglich innerhalb des gleichen Programms und der gleichen Programmsparte wie die beanstandete Tatsachenbehauptung sowie zur gleichen Tageszeit oder, wenn dies nicht möglich ist, zu einer Sendezeit verbreitet werden, die der Zeit der beanstandeten Sendung gleichwertig ist. Die Verbreitung erfolgt ohne Einschaltungen und Weglassungen. Eine Erwiderung auf die verbreitete Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken.

(5) Die Verbreitung der Gegendarstellung erfolgt unentgeltlich. Dies gilt nicht, wenn sich die Gegendarstellung gegen eine Tatsachenbehauptung richtet, die in einer Werbesendung verbreitet worden ist.

(6) Für die Durchsetzung des Anspruchs ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Auf Antrag des Betroffenen kann das Gericht anordnen, dass das ZDF in der Form des Absatzes 4 eine Gegendarstellung verbreitet. Auf das Verfahren sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung über das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung entsprechend anzuwenden. Eine Gefährdung des Anspruchs braucht nicht glaubhaft gemacht zu werden. Ein Verfahren zur Hauptsache findet nicht statt.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten nicht für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen des Europäischen Parlaments, der gesetzgebenden Organe des Bundes, der Länder und der Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Gerichte sowie für Sendungen nach den §§ 10 und 11 dieses Staatsvertrages. Zu einer Gegendarstellung kann eine Gegendarstellung nicht verlangt werden.

§ 10 Verlautbarungsrecht

Der Bundesregierung und den Landesregierungen ist in Katastrophenfällen oder bei anderen vergleichbaren erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unverzüglich angemessene Sendezeit für amtliche Verlautbarungen unentgeltlich einzuräumen.

§ 11 Anspruch auf Sendezeit

(1) Parteien ist während ihrer Beteiligung an den Wahlen zum Deutschen Bundestag angemessene Sendezeit einzuräumen, wenn mindestens eine Landesliste für sie zugelassen wurde. Ferner haben Parteien und sonstige politische Vereinigungen während ihrer Beteiligung an den Wahlen der Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland für das Europäische Parlament Anspruch auf angemessene Sendezeit, wenn mindestens ein Wahlvorschlag für sie zugelassen wurde.

(2) Der Intendant lehnt die Ausstrahlung ab, wenn es sich inhaltlich nicht um Wahlwerbung handelt oder der Inhalt offenkundig und schwerwiegend gegen die allgemeinen Gesetze verstößt.

(3) Den Evangelischen Kirchen, der Katholischen Kirche und den Jüdischen Gemeinden sind auf Wunsch angemessene Sendezeiten für die Übertragung gottesdienstlicher Handlungen und Feierlichkeiten sowie sonstiger religiöser Sendungen, auch solcher über Fragen ihrer öffentlichen Verantwortung, zu gewähren. Andere über das gesamte Bundesgebiet verbreitete Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts können angemessen berücksichtigt werden.

(4) Wenn Vertretern der politischen Parteien, der Kirchen, der verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Richtungen und den Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Gelegenheit zur Aussprache gegeben wird, so ist ihnen die Möglichkeit der Rede und Gegenrede unter jeweils gleichen Bedingungen zu gewähren.

§ 12 Verantwortung

(1) Wer die Sendung eines Beitrages veranlasst oder zugelassen hat, trägt für dessen Inhalt und Gestaltung nach Maßgabe der Vorschriften des Grundgesetzes, der allgemeinen Gesetze und der besonderen Vorschriften dieses Staatsvertrages die Verantwortung. Verantwortlich ist auch, wer es unterlassen hat, in seinem Aufgabenkreis pflichtgemäß tätig zu werden.

(2) Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen nach §§ 10 und 11 dieses Staatsvertrages ist derjenige verantwortlich, dem die Sendezeit zugebilligt worden ist.

(3) Die Verantwortlichkeit anderer Personen, insbesondere des Verfassers, Herstellers oder Gestalters eines Beitrages, bleibt unberührt.

§ 13 Auskunftspflicht

Die Anstalt hat auf Verlangen Namen und Dienstanschrift des Intendanten oder der sonstigen für Sendungen Verantwortlichen mitzuteilen.

§ 14 Beweissicherung

(1) Von allen Fernsehsendungen, die das ZDF verbreitet, sind vollständige Ton- und Bildaufzeichnungen herzustellen und aufzubewahren. Bei der Sendung einer Aufzeichnung oder eines Films kann abweichend vom Satz 1 die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt werden. Die Aufbewahrungsfrist beträgt drei Monate. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, so ist die Aufzeichnung oder der Film aufzubewahren, bis die Beanstandung durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, durch gerichtlichen Vergleich oder auf andere Weise erledigt ist.

(2) Wer schriftlich glaubhaft macht, in seinen Rechten betroffen zu sein, kann von dem ZDF Einsicht in die Aufzeichnungen nach Absatz 1 verlangen und hiervon auf eigene Kosten vom ZDF Mehrfertigungen herstellen lassen.

(3) Soweit das ZDF Fernsehtext veranstaltet, stellt es in geeigneter Weise sicher, dass berechtigten Dritter auf Beweissicherung angemessen getragen wird.

§ 15 Eingaben, Beschwerden

(1) Jedermann hat das Recht, sich mit Eingaben und Anregungen zum Programm an das ZDF zu wenden.

(2) Das ZDF stellt sicher, dass Programmbeschwerden, in denen die Verletzung von Programmgrundsätzen behauptet wird, innerhalb angemessener Frist schriftlich entschieden werden. Das Nähere regelt die Satzung.

Dritter Abschnitt. Datenschutz

§ 16 Geltung von Datenschutzvorschriften

Soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, sind für den Datenschutz beim ZDF die jeweils geltenden Vorschriften des Landesgesetzes zum Schütze des Bürgers bei der Verarbeitung personenbezogener Daten des Landes Rheinland-Pfalz anzuwenden.

§ 17 Datenverarbeitung für journalistisch-redaktionelle Zwecke

(1) Soweit personenbezogene Daten durch das ZDF ausschließlich zu eigenen journalistisch-redaktionellen Zwecken verarbeitet werden, gelten nur die für das Datengeheimnis und für die Datensicherung maßgeblichen Vorschriften des Landesgesetzes zum Schütze des Bürgers bei der Verarbeitung personenbezogener Daten des Landes Rheinland-Pfalz in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Führt die journalistisch-redaktionelle Verwendung personenbezogener Daten zur Verbreitung von Gegendarstellungen des Betroffenen oder zu Verpflichtungs- erklä- rungen, Verfügungen oder Urteilen über die Unterlassung der Verbreitung oder über den Widerruf des Inhalts der Daten, so sind diese Gegendarstellungen, Unterlas- sungserklärungen oder Widerrufe zu den gespeicherten Daten zu nehmen und dort für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst sowie bei einer Übermittlung der Daten gemeinsam mit diesen zu übermitteln.

(3) Wird jemand durch eine Berichterstattung in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, kann der Betroffene Auskunft über die der Berichterstattung zu Grunde liegenden zu seiner Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit

1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Rundfunksendungen berufsmäßig journalistisch mitwirken oder mitgewirkt haben, geschlossen werden kann,
2. aus den Daten auf die Person des Einsenders oder des Gewährträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann,
3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe des ZDF durch Ausforschung des Informationsbestandes beeinträchtigt würde.

Der Betroffene kann die Berichtigung unrichtiger Daten oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen.

§ 18 Datenschutzbeauftragter

- (1) Das ZDF bestellt einen Beauftragten für den Datenschutz, der an die Stelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz tritt. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag des Intendanten durch den Verwaltungsrat für die Dauer von vier Jahren. Eine Wiederbestellung ist zulässig. Das Amt des Beauftragten für den Datenschutz kann neben anderen Aufgaben innerhalb des ZDF wahrgenommen werden.
- (2) Der Beauftragte für den Datenschutz ist in Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er untersteht der Dienstaufsicht des Verwaltungsrates.
- (3) Der Beauftragte für den Datenschutz überwacht die Einhaltung der Datenschutzvorschriften dieses Staatsvertrages, des Landesgesetzes zum Schutze des Bürgers bei der Verarbeitung personenbezogener Daten des Landes Rheinland-Pfalz und anderer Vorschriften über den Datenschutz bei der gesamten Tätigkeit des ZDF. Dem Beauftragten für den Datenschutz ist dabei
 1. insbesondere Auskunft zu Fragen sowie Einsicht in alle Unterlagen und Akten zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten stehen, namentlich in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme,
 2. jederzeit Zutritt zu allen Diensträumen zu gewähren.

Gesetzliche Geheimhaltungsvorschriften können einem Auskunfts- oder Einsichtsverlangen nicht entgegengehalten werden.

(4) Über das Ergebnis der Überwachung unterrichtet der Beauftragte für den Datenschutz den Intendanten. Damit kann er Vorschläge zur Verbesserung des Datenschutzes, insbesondere zur Beseitigung von festgestellten Mängeln bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, verbinden. Absatz 5 bleibt unberührt.

(5) Stellt der Beauftragte für den Datenschutz Verstöße gegen Vorschriften über den Datenschutz oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten

fest, so beanstandet er dies gegenüber dem Intendanten und fordert ihn zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist auf. Gleichzeitig unterrichtet er den Verwaltungsrat. Von einer Beanstandung kann abgesehen werden, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt oder wenn ihre unverzügliche Behebung sichergestellt ist.

(6) Die vom Intendanten nach Absatz 5 Satz 1 abzugebende Stellungnahme soll auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die aufgrund der Beanstandung des Beauftragten für den Datenschutz getroffen worden sind. Der Intendant leitet dem Verwaltungsrat gleichzeitig eine Abschrift der Stellungnahme gegenüber dem Beauftragten für den Datenschutz zu.

(7) Der Beauftragte für den Datenschutz erstattet dem Verwaltungsrat alle zwei Jahre, erstmals zum 1. Oktober 1992, einen Bericht über seine Tätigkeit, der auch dem Landesbeauftragten für den Datenschutz für Rheinland-Pfalz zu übersenden ist. Weitere Berichte im Einzelfall erstattet der Beauftragte für den Datenschutz auf Anforderung des Verwaltungsrates.

(8) Jedermann hat das Recht, sich unmittelbar an den Beauftragten für den Datenschutz zu wenden, wenn er der Ansicht ist, bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch das ZDF in seinen schutzwürdigen Belangen verletzt zu sein.

Vierter Abschnitt. Organisation, Finanzierung, Haushalt

§ 19 Organe

Die Organe des ZDF sind

1. der Fernsehrat,
2. der Verwaltungsrat,
3. der Intendant.

§ 20 Aufgaben des Fernsehrates

(1) Der Fernsehrat hat die Aufgabe, für die Sendungen des ZDF Richtlinien aufzustellen und den Intendanten in Programmfragen zu beraten. Er überwacht die Einhaltung der Richtlinien und der in §§ 5, 6, 8 bis 11 und 15 dieses Staatsvertrages aufgestellten Grundsätze.

(2) Der Fernsehrat beschließt über den vom Verwaltungsrat vorzulegenden Entwurf der Satzung; das Gleiche gilt für Satzungsänderungen. Sofern der Fernsehrat Satzungsänderungen beabsichtigt, ist der Verwaltungsrat vorher zu hören.

(3) Der Fernsehrat genehmigt den Haushaltsplan. Das Gleiche gilt für den Jahresabschluss und die Entlastung des Intendanten auf Vorschlag des Verwaltungsrates. Die Beteiligung an Programmvorhaben nach § 11 b des Rundfunkstaatsvertrages bedarf der Zustimmung des Fernsehrates.

§ 21 Zusammensetzung des Fernsehrates

(1) Der Fernsehrat besteht aus siebenundsiebzig Mitgliedern, nämlich

- a) je einem Vertreter der vertragsschließenden Länder, der von der zuständigen

Landesregierung entsandt wird,

b) drei Vertretern des Bundes, die von der Bundesregierung entsandt werden,

c) zwölf Vertretern der Parteien entsprechend ihrem Stärkeverhältnis im Bundestag, die von ihrem Parteivorstand entsandt werden,

d) zwei von der Evangelischen Kirche in Deutschland entsandten Vertretern,

e) zwei von der Katholischen Kirche entsandten Vertretern,

f) einem vom Zentralrat der Juden in Deutschland entsandten Vertreter,

g) je einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, von ver.di - Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. und des Deutschen Beamtenbundes,

h) zwei Vertretern der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, einem Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, einem Vertreter des Zentralausschusses der Deutschen Landwirtschaft und einem Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks,

i) zwei Vertretern des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger,

j) je einem Vertreter des Deutschen Journalistenverbandes e.V. und der ver.di - Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. - aus dem Fachbereich für Medien,

k) vier Vertretern der Freien Wohlfahrtsverbände, und zwar je einem des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Deutschen Caritasverbandes e.V., des Deutschen Roten Kreuzes und des Hauptausschusses der Deutschen Arbeiterwohlfahrt e.V.,

l) je einem Vertreter des Deutschen Städtetages, des deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages,

m) einem Vertreter des Deutschen Olympischen Sportbundes,

n) einem Vertreter der Europaunion Deutschland e.V.,

o) je einem Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. und des Naturschutzbundes Deutschland,

p) einem Vertreter des Bundes der Vertriebenen,

q) einem Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus,

r) 16 Vertretern aus den Bereichen des Erziehungs- und Bildungswesens, der Wissenschaft, der Kunst, der Kultur, der Filmwirtschaft, der Freien Berufe, der Familienarbeit, des Kinderschutzes, der Jugendarbeit, des Verbraucherschutzes und des Tierschutzes.

(2) Mitglieder des Personalrats nehmen an den Sitzungen des Fernsehrates teil und können zu Fragen, die nicht den Programmbereich betreffen, gehört werden.

(3) Die unter Absatz 1 Buchst. g) bis q) aufgeführten Vertreter werden auf Vorschlag der dort bezeichneten Verbände und Organisationen durch die Ministerpräsidenten

berufen. Die Verbände und Organisationen haben in ihre Vorschläge die dreifache Zahl der auf sie entfallenden Vertreter aufzunehmen. Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz bestimmt, bis zu welchem Zeitpunkt die Vorschlagsliste einzureichen ist.

(4) Die unter Absatz 1 Buchst. r) aufgeführten Vertreter werden von den Ministerpräsidenten aus den Angehörigen der dort aufgeführten Bereiche berufen.

(5) Bei den Entscheidungen nach Absatz 3 sollen Frauen angemessen berücksichtigt werden. Soweit dem Fernsehrat mindestens zwei Vertreter einer Organisation oder eines Verbandes angehören, soll jeweils auch eine Frau in den Fernsehrat berufen werden. Sätze 1 und 2 gelten für die Entsendung von Vertretern nach Absatz 1 Buchst. b) und c) entsprechend.

(6) Die Ministerpräsidenten werden sich bemühen, die Berufungen nach Absatz 3 und 4 möglichst einmütig vorzunehmen.

(7) Die Berufenen haben dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz binnen 14 Tagen nach Zugang der Mitteilung über die Berufung zu erklären, ob sie die Berufung annehmen. Die Amtszeit der Mitglieder des Fernsehrates beginnt mit dessen erstem Zusammentritt.

(8) Solange und soweit von dem Entsendungs- und Vorschlagsrecht kein Gebrauch gemacht wird, verringert sich die Zahl der Mitglieder entsprechend. Die unter Absatz 1 Buchst. c) bis r) aufgeführten Vertreter dürfen nicht Mitglieder einer Landes- oder Bundesregierung sein.

(9) Die Mitglieder des Fernsehrates sind an Weisungen nicht gebunden. Sie dürfen weder für die Anstalt noch für eine andere Rundfunkanstalt oder einen Zusammenschluss von Rundfunkanstalten, eine Landesmedienanstalt oder einen privaten Veranstalter gegen Entgelt tätig sein. Dies gilt nicht für eine gelegentliche Tätigkeit, die die Unabhängigkeit des Mitglieds nicht berührt. Die Mitglieder des Fernsehrates dürfen keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Fernsehrates zu gefährden. Tritt eine Interessenkollision ein, so scheidet das Mitglied aus dem Fernsehrat aus. Im Zweifel stellt der Fernsehrat fest, ob eine Interessenkollision vorliegt.

(10) Die Amtszeit der Mitglieder des Fernsehrates beträgt vier Jahre. Die unter Absatz 1 Buchst. a) bis f) genannten Mitglieder können von den entsendungsberechtigten Stellen abberufen werden. Scheidet ein Mitglied aus, so ist nach den für die Berufung des ausgeschiedenen Mitglieds geltenden Vorschriften ein Nachfolger für den Rest der Amtszeit zu berufen.

§ 22 Verfahren des Fernsehrates

(1) Der Fernsehrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht dieser Staatsvertrag anderes bestimmt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden mit Ausnahme der Beschlüsse nach § 20 Absatz 2.

(2) Der Fernsehrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter in geheimer Wahl. Er gibt sich eine Geschäftsordnung, in der auch die Bildung von Ausschüssen vorgesehen werden kann.

(2) Der Fernsehrat tritt mindestens alle drei Monate zu einer ordentlichen Sitzung

zusammen. Auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder oder des Intendanten muss er zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten. Die Einladungen ergehen durch den Vorsitzenden.

(4) Der Intendant nimmt an den Sitzungen des Fernsehrates teil. Ihm soll von dem Termin einer Sitzung rechtzeitig Kenntnis gegeben werden. Er ist auf seinen Wunsch zu hören.

§ 23 Aufgaben des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat beschließt über den Dienstvertrag mit dem Intendanten. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates vertritt das ZDF beim Abschluss des Dienstvertrages und zum Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte mit dem Intendanten sowie bei Rechtsstreitigkeiten zwischen dem ZDF und dem Intendanten.

(2) Der Verwaltungsrat überwacht die Tätigkeit des Intendanten.

(3) Der Verwaltungsrat legt dem Fernsehrat den Entwurf der Satzung des ZDF vor. Er hat das Recht, Änderungen der Satzung vorzuschlagen.

(4) Der Verwaltungsrat beschließt über den vom Intendanten entworfenen Haushaltsplan, der dem Fernsehrat gemäß § 20 zur Genehmigung zuzuleiten ist. Das Gleiche gilt für den Jahresabschluss.

§ 24 Zusammensetzung des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus vierzehn Mitgliedern, nämlich

a) fünf Vertretern der Länder, darunter einem Vertreter des Sitzlandes des ZDF, die von den Ministerpräsidenten gemeinsam berufen werden; die Ministerpräsidenten werden sich bemühen, die Berufungen einmütig vorzunehmen;

b) acht weiteren Mitgliedern, die vom Fernsehrat mit einer Mehrheit von drei Fünfteln seiner gesetzlichen Mitglieder gewählt werden; diese dürfen weder einer Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft angehören; wählbar sind auch die Mitglieder des Fernsehrates;

c) einem Vertreter des Bundes, der von der Bundesregierung berufen wird.

(2) Mitglieder des Fernsehrates scheiden mit ihrer Berufung oder der Annahme ihrer Wahl in den Verwaltungsrat aus dem Fernsehrat aus.

(3) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt fünf Jahre. § 21 Absatz 10 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(4) Solange und soweit von dem Recht der Entsendung kein Gebrauch gemacht wird, verringert sich die Zahl der Mitglieder entsprechend.

(5) § 21 Abs. 9 gilt für die Mitglieder des Verwaltungsrates entsprechend.

§ 25 Verfahren des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat wählt in geheimer Wahl aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter mit der Mehrheit der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner gesetzlichen Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Beschlüsse gemäß §§ 23 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, 26 Abs. 3 und § 27 Abs. 2 bedürfen der Mehrheit von drei Fünfteln der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder.

(3) Der Vorsitzende beruft den Verwaltungsrat ein. Auf Antrag von drei Mitgliedern muss er ihn einberufen.

(4) Die Mitglieder des Verwaltungsrates können an den Sitzungen des Fernsehrates teilnehmen. Sie haben das Recht, sich zu den Punkten der Tagesordnung zu äußern.

§ 26 Wahl und Amtszeit des Intendanten

(1) Der Intendant wird vom Fernsehrat auf die Dauer von fünf Jahren in geheimer Wahl gewählt. Für die Wahl sind mindestens drei Fünftel der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder erforderlich. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Aufgaben des Intendanten darf nur wahrnehmen, wer

- a) seinen ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland hat,
- b) unbeschränkt geschäftsfähig ist,
- c) unbeschränkt strafrechtlich verfolgt werden kann,
- d) die Fähigkeit besitzt, öffentliche Ämter zu bekleiden und die Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen sowie
- e) Grundrechte nicht verwirkt hat.

(3) Der Verwaltungsrat kann den Intendanten mit Zustimmung des Fernsehrates entlassen; der Beschluss des Fernsehrates bedarf der Mehrheit von drei Fünfteln der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder. Der Intendant ist vor der Beschlussfassung zu hören. Mit der Entlassung scheidet der Intendant aus seiner Stellung aus; die Bezüge sind ihm für die Dauer der Wahlzeit weiter zu gewähren.

§ 27 Der Intendant

(1) Der Intendant vertritt das ZDF gerichtlich und außergerichtlich. Er ist für die gesamten Geschäfte des ZDF einschließlich der Gestaltung der Programme verantwortlich.

(2) Der Intendant beruft im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat

- a) den Programmdirektor,
- b) den Chefredakteur,
- c) den Verwaltungsdirektor

und aus deren Mitte einen Vertreter für den Fall seiner Abwesenheit.

§ 28 Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte des Intendanten

Der Intendant bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates zu folgenden Rechtsgeschäften:

- 1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
- 2. Erwerb und Veräußerung von Unternehmungen und Beteiligungen an ihnen,
- 3. Aufnahme von Anleihen und Inanspruchnahme von Krediten,
- 4. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, einer Bürgschaft oder einer Garantie,
- 5. Abschluss von Tarifverträgen,
- 6. Abschluss von Anstellungsverträgen mit außertariflichen Angestellten nach näherer Bestimmung der Satzung mit Ausnahme der Bestimmung derjenigen außertariflichen Angestellten, die ausschließlich mit künstlerischen Aufgaben betraut sind,
- 7. Übernahme einer sonstigen Verpflichtung im Wert von mehr als 250 000 Euro außer bei Verträgen über Herstellung oder Lieferung von Programmteilen.

§ 29 Finanzierung

Das ZDF deckt seine Ausgaben durch Erträge aus der Fernsehgebühr nach Maßgabe des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages, durch Erträge aus der Werbung und sonstige Erträge.

§ 30 Haushaltswirtschaft

(1) Das ZDF ist in seiner Haushaltswirtschaft selbstständig, soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt oder zulässt.

(2) Die Haushaltswirtschaft richtet sich nach der Finanzordnung, die der Verwaltungsrat erlässt. Der Haushalt ist nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit aufzustellen.

(3) Die Haushalts- und Wirtschaftsführung unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof des Sitzlandes. Er prüft die Wirtschaftsführung bei solchen Unternehmen des privaten Rechts, an denen das ZDF unmittelbar, mittelbar oder zusammen mit anderen Rundfunkanstalten oder -körperschaften des öffentlichen Rechts mit Mehrheit beteiligt ist und deren Gesellschaftsvertrag oder Satzung diese Prüfungen durch den Rechnungshof des Sitzlandes vorsieht. Das ZDF ist verpflichtet, für die Aufnahme der erforderlichen Regelungen in den Gesellschaftsvertrag oder die Satzung der Unternehmen zu sorgen. Die Prüfungsberichte sind dem Intendanten, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, dem Vorsitzenden des Fernsehrates und den Landesregierungen zuzuleiten. Bei der Unterrichtung über die Ergebnisse von Prüfungen nach Satz 2 achtet der Rechnungshof darauf, dass die Wettbewerbsfähigkeit der geprüften Unternehmen nicht beeinträchtigt wird und insbesondere Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden.

§ 30 a Jahresabschluss und Lagebericht

(1) Der Intendant hat nach Abschluss des Geschäftsjahres den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu erstellen. Der Konzernlagebericht hat einen umfassenden Einblick in die Vermögens- und Ertragsverhältnisse des ZDF einschließlich seiner Beziehungen zu Unternehmen, an denen es unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu vermitteln.

(2) Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss sind nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und vor der Feststellung zu prüfen. Der Abschlussprüfer ist auch mit den Feststellungen und Berichten nach § 53 des Haushaltsgrundsätzgesetzes zu beauftragen.

(3) Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss, Konzernlagebericht und Prüfungsbericht werden vom Intendanten den Regierungen und dem Rechnungshof des Sitzlandes des ZDF übermittelt.

(4) Nach Genehmigung des Jahresabschlusses veröffentlicht der Intendant eine Gesamtübersicht über den Jahresabschluss und eine Zusammenfassung der wesentlichen Teile des Konzernlageberichts.

§ 31 Rechtsaufsicht

(1) Die Landesregierungen wachen über die ordnungsgemäße Durchführung der Bestimmungen des Staatsvertrages, des Rundfunkstaatsvertrages und über die Beachtung der allgemeinen Rechtsvorschriften. Sie üben diese Befugnis durch eine Landesregierung in zweijährigem Wechsel aus; der Wechsel richtet sich nach der alphabetischen Reihenfolge der Länder. Die rechtsaufsichtsführende Landesregierung ist jeweils zugleich zuständige Behörde nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Rundfunkstaatsvertrag.

(2) Rechtsaufsichtliche Maßnahmen sind erst zulässig, wenn die zuständigen Organe des ZDF die ihnen obliegenden Pflichten in angemessener Frist nicht oder nicht hinreichend erfüllen. Die rechtsaufsichtsführende Landesregierung ist berechtigt, dem ZDF im Einzelfall eine angemessene Frist zur Wahrnehmung seiner Pflichten zu setzen.

§ 32 Unzulässigkeit eines Insolvenzverfahrens

Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des ZDF ist unzulässig.

Fünfter Abschnitt. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 33 Kündigung

(1) Dieser Staatsvertrag gilt für unbestimmte Zeit. Er kann von jedem der vertrags-schließenden Länder zum Schluss des Kalenderjahres mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Die Kündigung kann erstmals zum 31. Dezember 2008 erfolgen. Wird der Staatsvertrag zu diesem Zeitpunkt nicht gekündigt, kann die Kündigung mit gleicher Frist jeweils zu einem zwei Jahre späteren Zeitpunkt erfolgen. Die Kündigung ist gegenüber dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz schriftlich zu erklären. Die Kündigung eines Landes lässt das Vertragsverhältnis der übrigen Länder zueinander unberührt, jedoch kann jedes der übrigen Länder den Vertrag binnen einer Frist von drei Monaten nach Eingang der Kündigungserklärung zum gleichen Zeitpunkt kündigen.

(2) Wird der Rundfunkstaatsvertrag nach seinem § 54 Abs. 1 gekündigt, gelten die auf das ZDF anwendbaren Vorschriften des Rundfunkstaatsvertrages für das ZDF fort, mit Ausnahme des § 15 Abs. 1 und 2. Im Falle einer Kündigung einzelner Vorschriften des Rundfunkstaatsvertrages nach seinem § 54 Abs. 5 finden die gekündigten Vorschriften auf das ZDF keine Anwendung.

Anlage 2**URL der FAZ-Artikel:**

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-roland-koch-was-haben-sie-gegen-nikolaus-brender-1769495.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/nikolaus-brender-ein-journalist-mit-haltung-1927412.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/der-fall-brender-angriff-auf-das-zdf-1919746.html>

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/laudatio-auf-nikolaus-brender-der-politischen-klasse-ins-lesebuch-1873817.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/laudatio-auf-nikolaus-brender-der-politischen-klasse-ins-lesebuch-1873817.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/zum-abschied-nikolaus-brenders-wahrhaftigkeit-ist-sein-charakter-1950513.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/fall-brender-der-intendant-muss-klagen-1832098.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/streit-um-zdf-chefredakteur-brender-35-top-juristen-stellen-sich-koch-in-den-weg-1881184.html>

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/medienpolitik-wo-stehst-du-politisch-1774503.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/brender-koch-debatte-der-wahre-skandal-1925382.html>

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/protest-der-staatsrechtler-fuer-die-rundfunkfreiheit-1577046.html>

http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/oeffentlich-rechtliche-rundfunkanstalten-dinosaurier-in-der-pflicht-1971230.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/brenders-nachfolger-peter-frey-wird-neuer-zdf-chefredakteur-1580093.html>

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/die-reform-des-zdf-ist-gescheitert-kurt-beck-beklagt-sich-selbst-1955475.html>

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/charta-fuer-pressefreiheit-gegen-staatliche-verfolgung-1796651.html>

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/karlsruher-urteil-zum-staatsvertrag-ein-guter-tag-fuer-das-zdf-12862861.html>

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/verfassungsrichter-pruefen-ard-und-zdf-12861797.html>

Anlage 3**URL der SZ-Artikel:**

<http://www.sueddeutsche.de/medien/nikolaus-brender-und-das-zdf-vergnuegt-im-triumph-1.1924421>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/fall-brender-im-selbstbedienungsladen-union-missbraucht-zdf-1.135638>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/zum-abschied-von-nikolaus-brender-der-massstab-brender-1.20137>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/karlsruhe-causa-brender-partieentricks-im-zdf-kurt-beck-klagt-1.12455>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/reform-des-zdf-zwei-zu-eins-1.9910>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/zdf-staatsvertrag-verfassungswidrig-irrsinn-hinter-tapetentueren-1.1921555>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/zdf-staatsvertrag-wider-den-politischen-einfluss-1.1904254>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/klage-gegen-zdf-staatsvertrag-konzentrierte-politische-einflussnahme-1.1810654>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/karlsruhe-causa-brender-partieentricks-im-zdf-kurt-beck-klagt-1.12455>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/zdf-fall-brender-intendant-weiss-nichts-von-im-schwarzfuss-1.69599>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/zdf-streit-um-brender-was-nun-roland-koch-1.394306>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/aussenansicht-zum-zdf-fall-brender-der-koeder-des-herrn-koch-1.130041>

<http://www.sueddeutsche.de/bayern/anruf-beim-zdf-csu-wollte-bericht-ueber-spd-parteitag-verhindern-1.1504207>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/medienpreis-fuer-sprachkultur-marietta-slomka-und-stefan-niggemeier-ausgezeichnet-1.1349466>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/politischer-einfluss-auf-ard-und-zdf-mit-voller-kraft-1.1507608>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/union-gegen-zdf-mann-brender-schwerwiegender-eingriff-in-die-rundfunkfreiheit-1.493021>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/politische-einflussnahme-im-zdf-unter-kontrolle-1.1041253>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/zdf-kurt-beck-das-staatsschauspiel-1.141251>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/debatte-um-zdf-chefredakteur-massive-einmischung-der-politik-1.468959>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/vorschlag-zur-reform-des-zdf-es-koennte-so-einfach-sein-1.56055>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/hessischer-rundfunk-roland-kochs-spielwiese-1.412661>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/nebentaetigkeiten-von-moderatoren-boese-scheine-1.90986>

<http://www.sueddeutsche.de/medien/zu-grosser-einfluss-von-staat-und-politik-zdf-staatsvertrag-ist-verfassungswidrig-1.1921195>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/zdf-chefredakteur-brender-verweigerung-ist-auch-eine-haltung-1.147585>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/zdf-streit-um-brender-attacke-nach-plan-1.148290>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/gut-so-schlecht-so-beute-und-meute-1.465625>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/frey-wird-zdf-chefredakteur-brenders-erbe-1.137493>

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/zdf-streit-um-brender-ein-brief-voll-kritik-1.129347>

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname, Nachname